

16. Jahrhundert wandert, sondern sich begnügt, die preussische Gewerbe-Ordnung von 1845 zu citieren. Das vormalige Regierungsorgan schreibt:

Die preussische allgemeine Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 enthielt in § 182 ein ausdrückliches Koalitionsverbot für die Arbeiter. Der Paragraph lautete:

„Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche entweder die Gewerbetreibenden selbst oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Angelegenheiten dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Gewerbetreibenden verabreden oder zu einer solchen Verabredung andre auffordern, sollen mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.“

Diese Bestimmung ist auch anzuwenden auf Arbeiter, welche bei Berg- und Hüttenwerken, Landstrassen, Eisenbahnen, Festungsbauten und andern öffentlichen Anlagen beschäftigt sind.“

Mit klaren Worten ist dadurch ein Koalitionsverbot für die Eisenbahnarbeiter ausgesprochen. Der § 182 ist in vollem Umfang bis zum Erlaß der Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 in Preußen in Kraft geblieben.“

Da nun diese neue Gewerbe-Ordnung die Eisenbahnarbeiter ausschließt, so bestünde noch jene alte Strafbestimmung von 1845. Die hervorragenden Kommentatoren der Gewerbe-Ordnung folgern... daß kein Hindernis besteht, den Kontraktbruch von Eisenbahnarbeitern landesrechtlich unter Strafe zu stellen.“

Wir wären sehr gespannt, von der „Nordd. Allg. Ztg.“ statt der „herorragendsten“ Kommentatoren nur einen einzigen, wenn auch noch so bescheidenen kennen zu lernen, der diese absurde Aufassung ausspricht.

Nehmen wir einen Augenblick an, die „N. A. Ztg.“ hätte recht und jener uralte Paragraph bestünde noch zu Recht, so wäre das natürlich kein Koalitionsverbot, wie das Blatt meint, sondern nur ein Streikverbot. Und die preussische Eisenbahnverwaltung hätte in dem Fall nicht einmal eine Klage mehr, unter Streikgesetzen den Eisenbahnarbeitern rechtswidrig das Koalitionsrecht zu entziehen. Wenn die Eisenbahnarbeiter gesetzlich gar nicht streiken dürfen, wozu dann das Gerede über den Hamburger Verein? Dann fehlt jeder Vorwand, aus realpolitischen Gründen das Recht zu verlegen. Die Entdeckung der „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt also den Eisenbahngeneral in eine noch äbblere Lage, als sie ohnehin ist. „Streik!“ — das war das Schreckwort, mit dem Herr Pudde sein Verhalten entschuldigte! Wenn der Streik gar nicht möglich ist, dann entfällt jedes Motiv der verfassungswidrigen Unterdrückung des Koalitionsrechts.

Indessen die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat trotz der mährischen „herorragendsten“ Kommentatoren auf die sie sich beruft, Unsin in entdekt. Jene Strafbestimmung der Gewerbe-Ordnung von 1845 hat selbstverständlich keinerlei Rechtskraft mehr, da das ganze Gesetz in allen seinen Teilen durch die Gewerbe-Ordnung von 1869 aufgehoben ist, die jene Strafbestimmung nicht wiederholt. Infolgedessen entfällt denn auch die vollständige Sammlung aller preussischen Strafgesetze, die der jüngst verstorbene Kammergerichts-Präsident Großschuß herausgegeben hat, diese Bestimmung nicht. Uebrigens hat in einem analogen Fall aus Hannover — Koalitionsverbot für nicht der Gewerbe-Ordnung unterstehende Arbeiter — erst dieser Tage das Kammergericht die Strafbarkeit verneint.

Es würde zu weit führen, noch die andern juristischen Gründe anzuführen, die gegen die Anwendung jener Strafbestimmung, selbst wenn sie nicht ausdrücklich aufgehoben wäre, sprechen würde, so wäre sie, wie der konservative Jurist v. Buchla gelegentlich der Justizhausvorlage nachgewiesen hat, unvereinbar mit dem Strafgesetzbuch-Paragraphen, der den Begriff der Nötigung umgrenzt. Es genügt, festzustellen, daß die Gewerbe-Ordnung von 1845 in keiner Bestimmung mehr zu Recht besteht.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ wird schon nach einem neuen Unsinnsahnden müssen, um das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter aus der Welt zu reden.

Der holländische Arbeiterkampf.

Die Zwangsgesetze der Regierung haben die niederländische Arbeiterschaft, auch die nicht Klassenbewußte, wachgerüttelt. Die Enttäuschung bringt in alle Schichten. Unsere Protestversammlungen finden statt in überfüllten Sälen, Hunderte können nicht zugelassen werden, weil kein Platz mehr für sie zu finden ist. Und doch — in diesen Massen herrscht eine Ordnung, eine freiwillige Disziplin, die Bewunderung abzwängt. Die kapitalistische Hegeprelle und die von ihr ins Bodshorn getriebene Regierung haben das Gegenteil erreicht, was sie mit ihrem Drohen bezweckten. Selbst der Centralvorstand des Allgemeinen Niederländischen Arbeiterverbandes, der bis vor einigen Jahren in liberalem und danach in freisinnig-demokratischem Fahrwasser segelte, ist aus seinem Nichtsthum herausgerissen und hat sich mit einer Adresse an die Zweite Kammer gewandt, in welcher er sie ersucht: 1. Den Gesetzentwurf, betreffend die Untersuchung der bestehenden Beschwerden zuerst und schnellmöglichst in Behandlung zu nehmen und ihn anzunehmen. Zu Mitgliedern der Kommission nur solche Männer zu ernennen, von welchen gute und praktische Resultate erwartet werden können. 2. Die Eisenbahndivision nicht zu vermehren, da erstere auch wahrscheinlich unnützlich erscheine. 3. Aber den Gesetzentwurf, betreffend Vermehrung und Aenderung des Strafgesetzbuches nicht anzunehmen.

In einem Aufruf an alle einflussreichen Personen jeden Ranges, Standes und Glaubens empfiehlt der liberale „N. Arnh. Ct.“ die Initiative zu ergreifen zu einer allgemeinen Bewegung, um die Regierung zu ersuchen, den Gesetzentwurf zur Ergänzung des Strafgesetzbuches zurückzuziehen; die Kammern, denselben nicht anzunehmen; die Adnigin, diesen Entwurf eventuell nicht zu bestätigen. Ferner solle die Regierung ersucht werden, bereits jetzt schon, abgesehen von den Resultaten der Enquete, Maßregeln zu ergreifen, um die Ursachen der bestehenden Unzufriedenheit aus dem Wege zu räumen. „Man bedenke aber, daß Eile nötig ist.“ fügt das Blatt hinzu.

Eine gestern abend von vier christlichen Vereinen im Amsterdamer Saale Bellevue abgehaltene Versammlung war höchstens von 100 Jüngern der Streikbrechergarde besetzt, der übrige Teil, mehr als 1000 Anwesende, stand auf unserer Seite. Die Versammlung erklärte sich denn auch mit der übrigen Arbeiterschaft gegen die Aushangsgesetze.

Auch in Haag haben die „Christlichen“ am Mittwoch einen Reinsall erlitten. In einer Versammlung, die von den christlichen Vereinen der Stadt einberufen war, sprachen die antirevolutionären Kammermitglieder P. van Blic und S. de Vries und schimpften heftig auf „Het Volk“, auf die Socialdemokraten, besonders auf Troelsstra, Van der Goes und die Leiter der Eisenbahner. Als dann unser Parteigenosse S. Gaper in die Debatte eintrat und erklärte, daß die Gesetzentwürfe des christlichen Kabinetts nicht ein gottseliges, sondern ein teuflisches Werk seien, erregte er bei der Mehrheit der stark besuchten Versammlung stürmischen Beifall. Unter Abfindung des Socialistenmarsches ging die Versammlung auseinander.

Heute berichten in der Zweiten Kammer noch vier Sektionen über die Streikgesetze, da eine Sektion gestern bereits ihre Untersuchung

beendet hatte. Durch das Los hatten vier socialdemokratische Abgeordnete in derjenigen Sektion erhalten, in der der Leiter der äußersten Rechten, de Savornin Lohman, den Vorsitz führte. Daß es hier scharf zugeht, läßt sich denken. Da Lohman der eigentliche Anführer der drei Gesetzentwürfe ist und in seinem Blatte „De Reiderlander“ sie zuerst anempfiehlt.

Der allgemeine Eindruck ist, daß die Minderheit der Kammer gegen die Zwangsgesetze stimmen wird und die Enquete als genügend erachtet, um die Ruhe im Lande wieder herzustellen. Die Mehrheit jedoch soll sichgeschloffen selbst für eine unveränderte Annahme stimmen wollen. (So meldet das alt-liberale „Handelsblad“.)

Nach einer Amsterdamer Meldung der „Aank. Ztg.“ beschloß gestern abend eine Versammlung von etwa 10 000 Personen einstimmig alle Weisungen des Centralkomitees zur Abwehr des Gesetzentwurfes, betreffend die Streiks, streng zu befolgen. Zu Haarlem erklärten die Bäcker, Maurer und Handlanger, auf das erste Zeichen hin die Arbeit niederlegen zu wollen. Der Belagerungsstand ist soweit vorbereitet, daß er jeden Augenblick, wo es auch sein möge, verhängt werden kann. Vorläufig ist alles ruhig, kein äußeres Zeichen deutet die gespannte Lage an.

Der socialdemokratische Bürgermeister Kopenhagen

J. Jensen wurde im Jahre 1850 in Köpen auf der Insel Fünen geboren als Sohn eines Handlagers. Er besuchte dort die Dorfschule, zur Sommerzeit aber hütete er für die Bauern das Vieh. Dann kam er in die Malerlehre und wurde 1876 Geselle. Er arbeitete darauf in verschiedenen Provinzstädten und kam 1879 nach Kopenhagen, wo er 1883 Vorsitzender des Maler-Handwerksvereins wurde. Als dort 1886 das Gewerkschaftsstatut gegründet wurde, wählte man J. Jensen zum Vorsitzenden, 1898 wurde er Vorsitzender des Gesamtverbandes der dänischen Gewerkschaften. Jensen hat seine Jugendjahre dazu benutzt, sich eine vielseitige Bildung und ein gründliches Wissen zu verschaffen und das führte ihn zu seiner socialdemokratischen Ueberzeugung. Mehr als manche nach seiner vielfältigen praktischen Thätigkeit für die Sache des Proletariats vermuthen, hat Jensen die Ideen, die unsre Zeit bewegen, in sich aufgenommen und verarbeitet. Seit 1888 ist er Mitarbeiter von „Socialdemokraten“. Im selbigen Jahre wurde er als Kandidat für die Stadtverordneten-Wahlen aufgestellt, unterlag aber mit 1164 gegen circa 5000 konservativen Stimmen. Gewählt wurde er in die Gemeindeverwaltung im Jahre 1893 und zwar mit 6508 gegen 6194 Stimmen; bei seiner Wiederwahl im Jahre 1899 aber erhielt Jensen 10 198 Stimmen. In der Gemeindevertretung hat er eine außerordentlich reiche Thätigkeit entwickelt. Die Nützigkeit und der Arbeitseifer, den die Socialdemokraten dort unter Jensens Führung und in Gemeinschaft mit den Radikalliberalen entfaltet, hat die Stellung des Magistrats beständig geschwächt. Die Stadtverordneten-Versammlung gewann einen Einfluß und eine Autorität, die früher unter der Herrschaft der Konservativen ganz unbekannt waren. In das Ratskollegium wurde Jensen 1895 gewählt. Wenn Jensen nun in den Magistrat einzieht und das verantwortungsvolle Amt der Finanzbürgermeisteri übernimmt, schreibt „Socialdemokraten“, daß man wohl sagen darf, daß niemals ein Bürgermeister sein Amt besser vorbereitet als er angetreten hat. Sein Vorgänger Vorup — dessen Nützigkeit auch von seinen Kommunalen und politischen Gegnern anerkannt wird — kam vom Richterstuhl eines Hof- und Stadgerichtes. Viele Bürgermeister sind aus einem Ministerium gekommen. Einzelne haben eine gute technische Vorbildung besessen. Keiner hat eine kommunale Schulung wie Jensen durchgemacht und kaum einer hat größere administrative Kenntnisse und Erfahrungen gewonnen als er.“

Das Erbe, das Jensen als Finanz-Bürgermeister von seinem Vorgänger übernimmt, ist übrigens kein verlockendes. Das Budget Kopenhagens weist ein Deficit von 2 1/2 Millionen Kronen auf und die Gesetzgebung hindert die Hauptstadt an einer vernünftigen und gerechten Steuerreform, an der Einführung einer wirksam steigenden Steuerfla.

Ueber die näheren Vorgänge bei der Wahl ist noch folgendes zu erwähnen. Als die Stadtverordneten-Versammlung am Montagabend 9/7, ihre öffentliche Sitzung beendet hatte, wurde zur Wahl übergegangen. Abgegeben wurden 34 Stimmen. Davon fielen 10 Stimmen — 18 der Socialdemokraten und eine des aus der liberalen Fraktion ausgetretenen Stadtverordneten Rump, unter Genosse Jensen enthielt sich selbstverständlich als Kandidat der Stimme — auf Jensen; von den anwesenden Liberalen wurden 15 weiße Zettel abgegeben. Vom Altan des Rathhauses veränderte Genosse Vorgeberg mit starker Stimme der zunehmenden Vollmenge mit folgenden Worten das Ereignis: „Wahler J. Jensen ist in diesem Augenblick zum Bürgermeister gewählt. Ein socialdemokratischer Arbeiter ist an die Spitze unserer Stadt gestellt worden. Es lebe das neue Kopenhagen!“ — Die Vorwahl wurde mit donnernden Hurraufen aufgenommen. Dann trat Jensen hervor und wurde im Namen der Gewerkschaften vom Vorsitzenden des Schneiderverbandes beglückwünscht. Im Redefug mit einem Musikcorps an der Spitze ging es dann nach „Socialdemokraten“ Gebäude, wo auch die Gewerkschaften ihren Sitz haben. Jensen hielt vom Fenster des ersten Stockwerkes aus eine Ansprache. „Ich bin froh und stolz darüber“, sagte er unter anderm, „daß ich ein Werkzeug der Arbeit für die Entwicklung unserer Stadt geworden bin, und für das Vertrauen, das meine Gesinnungsgenossen mir erwiesen haben, indem sie mich auf den verantwortungsvollen Posten als Finanzbürgermeister der Stadt wählten. Ich weiß, daß diese Wahl nicht besonders hervorragenden Fähigkeiten auf meiner Seite zu verhandeln ist, aber ich hoffe und glaube, daß sie eine Folge der Treue ist, mit der ich bis jetzt an unserer gemeinsamen Arbeit teilgenommen habe.“

Mehr als 200 000 Menschen bewegten sich am Abend durch die Straßen Kopenhagens. In allen vier Volkshäusern wurde das Ereignis feierlich begangen.

Deutsches Reich.

Graf Bülow verbürgt sich für die Originalität Wilhelm II. An der Spitze der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ höchstselbst ergreift der Reichskanzler das Wort, um folgendes zu verkünden:

„Eine Behauptung der socialdemokratischen „Münchener Post“, wonach Sr. Majestät der Kaiser und König den in den „Sprengboten“ veröffentlichten Brief an Admiral Hollmann über das Thema „Babel und Bibel“ nicht Selbst verfaßt haben soll, wird von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ mit Belegen dementirt. Wir stellen fest, daß dieser bedeutsame Brief vom ersten bis zum letzten Wort aus der Feder Sr. Majestät geflossen, und daß kein von anderer Seite herübergehender Entwurf dabei irgendwie benutzt worden ist. Selbst wer sich hinter die Unkenntnis dieser Umstände zurückziehen wollte, hätte schon aus allen äußeren wie inneren Merkmalen der Rundgebung, die Satz für Satz das Gepräge der kaiserlichen Persönlichkeit trägt, entnehmen können, daß die in leicht erkennbarer Absicht aufgestellte Behauptung des socialdemokratischen Blattes falsch ist. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ würde ihrem nationalen Standpunkte nicht vergebend, wenn sie der geistigen Bedeutung des Monarchen, die nicht auf byzantinischer Erfindung beruht, unbesungen gerecht werden wollte, statt bei socialdemokratischen Verkleinerungskünsten mitzuhelfen.“

Das Zeugnis ist zwar nicht vom Grafen Bülow unterzeichnet, aus jeder Silbe geht aber hervor, daß er es selbst geschrieben oder diktiert hat. Er mag daraus sehen, daß wir nicht geneigt sind, die Bedeutung des Kanzlers socialdemokratisch zu verkleinern.

In übrigen überlassen wir es dem Münchener Parteiblatt, die Nützigkeit seiner Behauptung zu erhärten. Nur dagegen müssen wir unser

Parteiorgan ganz entschieden in Schutz nehmen, daß es beabsichtigt habe, durch die Behauptung der getheilten Urheberschaft, die geistige Bedeutung des Kaisers zu verkleinern. Ganz im Gegenteil; jene Quellenforschung hätte sehr gut ein streng monarchisches Blatt bringen können, um einen theologischen Ratgeber für das eigenartige Dokument vorzuschicken und verantwortlich zu machen.

Die Streichungen im Heeres-Etat, die durch die Budgetkommission vorgenommen worden sind, belaufen sich im ganzen auf 8 085 710 M. Die Bewilligungen betragen 560 656 800 M. An eine Besichtigung der großen Zukunftsaufgabe ist also bei dieser Art der kleinen Sparnisse gar nicht zu denken.

Centrums-Arbeiterfreundlichkeit. In Mülhausen bei Neuwied hatte eine Metallarbeiter-Versammlung stattgefunden. Die Folge waren einige Maßregelungen auf der Victoriahütte. Die Betroffenen hatten weiter nichts getan, als daß sie für die Verbesserung ihrer und ihrer Mitarbeiter Arbeitsbedingungen eingetreten waren. Bezüglich eines der Gemäßigten schreibt nun das in Koblenz erscheinende Centrumsblatt, der „Rhein- und Moselbote“: „Der bezeichnete Agitator hat unsres Wissens auch seine Entlassung erhalten, und das mit vollem Recht, denn wer durch ungeschickliche Angriffe (auf die Unternehmer) seine Mitarbeiter in Verlegenheiten, Emd und Not zu ziehen sucht (?!), bedarf keines Mitleids.“ Und an einer andern Stelle heißt es: „Ebenso wie der Familienvater nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, unter seinen Angehörigen Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten und vornehmende Verfehlungen zu bestrafen, so hat eine Fabrikleitung das Recht, ihr unliebsame Elemente im Interesse der Fabrik sowohl als auch der andern Arbeiter und nicht minder deren Familienangehörigen aus ihrem Arbeiterverbande zu entlassen.“

Was sagen dazu die Centrums-Gewerkschaften, die immer wieder mit Maßregelungen ihrer Mitglieder durch ein christliches Unternehmertum zu kämpfen haben? Und was sagen die christlichen Arbeiterführer und Centrumsagitatoren Brust, Giesberts usw. dazu, daß das Koblenzer Centrumsblatt die Leiter der Arbeiter-Organisationen als Elemente bezeichnet, die „mühe-los, wie die ehemaligen Raubritter, von dem Verdienste ihrer Mitarbeiter leben wollen“?

Sonderbare Berichterstattung eines liberalen Blattes. Von inter-

richtiger Seite wird uns geschrieben: Seit einiger Zeit hat der Petersburger Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ zu seiner Specialität gemacht, dem russischen Polizeidepartement als Sprachrohr zu dienen. Mehr als einmal hat er die aus dem russischen Ministerium des Innern stammenden Mitteilungen in polizeilich inspirierter Beleuchtung in ein liberales Blatt zu bringen verstanden. In seiner letzten, vor acht Tagen erschienenen Korrespondenz spricht der Korrespondent sogar ausdrücklich im Namen der russischen Polizei, oder, um seinen eignen Ausdruck zu gebrauchen, „auf Grund von Informationen an leitender Stelle“. Diesmal hat er die „Informationen von leitender Stelle“ dazu gebraucht, um die liberale Bewegung in Rußland zu denunzieren. Er geniert sich nicht, die schmutzigsten Verleumdungen ohne jeden Vorbehalt wiederzugeben, die er „an leitender Stelle“ gehört hat. Dabei hat er nicht einmal so viel elementare Berufsgewissenhaftigkeit, um wenigstens grobe Verwechslungen zu vermeiden.

Der Korrespondent befreit sich, den russischen Liberalen Kleinliche, rein persönliche Motive ihrer oppositionellen Haltung unterzujubeln, und als Beweis erzählt er von dem angeblichen Unfall des Adelsmarschalls Fürsten Dolgoruki, der zuerst als streng konservativer Mann bekannt war, dann aber, nachdem er sich vergeblich um einen Gouverneurposten beworben hatte, ein roter Liberaler wurde und die Opposition bis zur Spitze getrieben hat, so daß er abgesetzt werden mußte. Der Korrespondent behauptet sogar, diese Geschichte sei typisch, ohne zu ahnen, daß sie zwar wirklich typisch, aber nur für die Unfähigkeit seiner Informationsquelle ist.

An der ganzen Erzählung ist nämlich kein wahres Wort. Es wurde kein Adelsmarschall mit dem Namen Dolgoruki abgesetzt. Der Korrespondent meint offenbar den Vorsitzenden des Landchaftsausschusses Peter Dmitriewitsch Dolgorukoff, der wirklich abgesetzt wurde und der seit Jahren als ein hervorragendes Mitglied der Lokalverwaltung bekannt ist. Dieser hat sich aber niemals um einen Gouverneurposten beworben.

Man darf wohl erwarten, daß das „Berl. Tagbl.“ nunmehr seinen lokalen, allzu lokalen Korrespondenten desabouieren und abschütteln wird.

Ein politischer Meineidsprozeß spielte sich Anfang März d. J. vor dem Schöffengericht Göttraw in Mecklenburg ab. Aus einer der beliebtesten Polizei-Aktionen gegen einen Wirt, der sein Lokal zu Zwecken der Arbeiter hergab, entstand ein Prozeß wegen Verletzung der Sonntagsruhe. In diesem Prozeß soll der Arbeiter Harder aus Ramin zu Gunsten des Wirtes eidlich eine falsche Zeitanzeige beklundet haben. Gestützt auf das Zeugnis des Händlers Wulff in Ramin wurde gegen Harder ein Meineidsverfahren eröffnet, das unter den bedenklichsten Umständen mit seiner Beurteilung zu zwei Jahren endete.

Jetzt ist nun gegen den Hauptbelastungszeugen Wulff auf Beschluß des Oberlandesgerichts ein Verfahren eingeleitet worden wegen des Verdachts, in diesem Prozeß einen Meineid geleistet zu haben.

Weimar, den 3. März. (Eig. Ber.) Der weimarerische Landtag hält jetzt seine letzten Sitzungen ab, um in diesen Tagen offiziell geschlossen zu werden. Heute beschäftigt ihn in mehrstündiger Sitzung ein zwischen acht thüringischen Staaten vereinbarter Staatsvertrag wegen Errichtung einer thüringischen Verzehammer sowie eines ärztlichen Ehrengerichtshofes, und der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Organisation des ärztlichen Standes. Von mehreren Seiten wurde die Vorlage der Ständesordnung, die bei ehrengerichtlichen Verfahren maßgebend ist, verlangt. Die Abgg. Vaudert und Reidt reichten folgenden Antrag ein:

Die Ständesordnung muß enthalten:

- a) Politische, wissenschaftliche und religiöse Ansichten oder Handlungen eines Arztes als solche können nicht Gegenstand eines ehrengerichtlichen Verfahrens bilden.
- b) Die Ständesordnung darf keine Bestimmung enthalten, welche dem Arzte die freie Wahl der Heilmethode oder des Heilverfahrens vorschreibt.
- c) Ferner darf dieselbe in keiner Weise eine Bestimmung über den Abschluß von Verträgen mit öffentlichen und privaten Korporationen treffen.

Nach den Antragsstellern erklärten noch mehrere Abgeordnete, wenn die in diesem Antrag gegebenen Grundzüge, welche die Ständesordnung enthalten müsse, nicht in das Gesetz aufgenommen würden, seien sie geneigt, die ganze Vorlage abzulehnen. Darauf wurde die Vorlage wieder an den Ausschuss zurückgewiesen.

Wahlvorbereitungen.

Das Ende des schlachten Mannes von Spandau. Die „Arenz-Zeitung“ berichtet: Am Reichstags-Wahlkreise Potsdam-Spandau-Lübavelland hat man die Absicht, aus den Reihen der Arbeiter der Militärwerkstätten in Spandau einen eignen Kandidaten aufzustellen, aufzugeben. Eine Vertrauensmänner-Versammlung der Arbeiterschaft (d. h. der „Katholischen Leute“) sowie die Führer der Konservativen in Spandau haben sich für die Wiederanstellung des bisherigen Vertreters Pauli ausgesprochen; auch die Konservativen des platten Landes billigen dessen Kandidatur.

Aus dem Wahlkreise wird uns ferner geschrieben: Am künftigen Sonntag werden die Konservativen die offizielle Aufstellung ihrer Kandidatur vornehmen, und zwar in einer General-

Verfassung des „Neuen Wahlvereins für das Ostpreußenland“, die in „Hamburger Hof“ zu Rauen stattfindet. Die wir bereits berichteten konnten, landbiert Herr Pauli aufs neue. Es verläutet, daß der Lebere die anfänglich etwas geizert hätte, die Kandidatur wiederum anzunehmen, da er sich unter seinen Parteifreunden nur „als flinkes Rad am Wagen“ fühle; auch sonst mögen Herrn Pauli diesmal die Trauben wohl stark sauer vorkommen. Er soll sich schließlich in Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage nur unter der Bedingung zur Wiederlandidatur bereit erklärt haben, wenn ihm — zugleich auch das aussichtsreichere Mandat für den Landtag übertragen werde.

Auf ein solches Arrangement deutet auch eine Aeußerung hin, die vor einigen Tagen der augenblickliche Landtags-Abgeordnete, Herr Schall, gelegentlich seiner Erörterung der Spandauer Eisenbahnzukunft, im preussischen Landtage that. Herr Schall sprach nämlich die Hoffnung aus, bald einen Nachfolger zu finden, der energischer wie er, sich der Interessen Spandans annehmen könnte.

Von einer freijüngigen Landidatur verläutet noch immer nichts. Inzwischen haben unsere Gegner den ungewohnten Versuch unternommen, die Socialdemokratie mit „geistigen“ Waffen zu töten! Das „Ostpreußenlandische Streifblättchen“ hat soeben mit dem Abdruck der Bekennnisse einer schönen Seele, des berühmten Korbmachers Fischer: „Der Wert der Socialdemokratie für die Arbeiterchaft“ begonnen. Man ersieht hieraus, daß es schon weit gekommen sein muß mit unseren Gegnern, wenn sie zu solchen „Geistes“-Waffen ihre Zuflucht nehmen müssen. In der Pulverfabrik zu Spandau wird seit einiger Zeit den Arbeitern auf Veranlassung der Direktion — politischer Erziehungs-Unterricht erteilt. Ein Vertriebschreiber bringt nämlich abwechselnd in den verschiedenen Speisecäumen eine Proschüre „Wo ist die Grenze?“ (Leipzig, 1902) zur Verlesung. Im echten Wiedermeierstil unternimmt darin ein anonymer Verfasser den zum so und so vielen Male mißlungenen Versuch, das Absurde der socialdemokratischen Lehren und Ziele zu erweisen.

Mit dieser Neuerung in der Pulverfabrik könnten wir Socialdemokraten in allererster Linie zufrieden sein, zumal wenn die eifrige Direktion noch einen Schritt weiter gehen und freie Diskussion über das zur Verlesung gebrachte Thema zulassen würde.

Man sieht, unsere Gegner scheinen nichts, was zur „Aufklärung“ der Arbeiter dienen kann! —

Konservativ-freijüngiges Kompromiß gegen die Polen.

Die „Wosener Volkszeitg.“ meldet, daß die Vertrauensmänner der Konservativen und freijüngigen Partei in Wosna ein Wahlkompromiß geschlossen haben, demzufolge als gemeinsamer Kandidat für die Landtagswahl der freijüngige Schuldirektor Ernst (Schneidemühl), für die Reichstagswahl der konservative Landrat v. Wankenburg (Samter) aufgestellt werden soll. Den Kreis vertritt seit langen Jahren der Pole Graf Stiwiledi.

Kiel. Die freijüngigen Vertrauensmänner des Reichstags-Wahlkreises Kiel - Reumünster - Neundburg stellen den Schiffreder Diederichsen-Kiel als Reichstags-Kandidaten für den zurücktretenden Professor Hänel auf.

Aus Jena wird uns geschrieben: Nachdem Herr Wassermann, weil ihm die Trauben zu hoch hängen, nicht wieder kandidieren will, haben die Nationalliberalen mit den Konservativen und Bündlern über die Auffassung eines gemeinsamen Kandidaten Verhandlungen angeknüpft. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist eine Verständigung nicht zu stande gekommen, denn die Bündler wollen mit den pfälzischen Nationalliberalen nichts mehr zu thun haben. Ohne sich weiter um die Nationalliberalen zu kümmern, ist in einer Versammlung von Vertrauensmännern des Bundes der Landwirte, die am Sonntag in Triptis stattfand, Bürgermeister Gottschalk in Penzfeld als Kandidat aufgestellt worden. Die Nationalliberalen sind auf dem toten Geleise angekommen. Für die Socialdemokratie kandidiert wieder Palermmeister Paul Leutert aus Apolda, dem von nationalsocialer Seite (an Stelle Raumanns) der Vodenreformer Damschke gegenübersteht.

Husland.

Die Presse und der politische Arbeiterkongreß.

London, 2. März. (Eig. Ber.) Der dritte Jahreskongreß des Komitees für Arbeitervertretung hat im großen ganzen von der Presse nicht die Berücksichtigung gefunden, die er ohne Zweifel verdient hat. Die konservativ-presse schwingt sich fast vollständig aus; die liberale Presse war dem Komitee vor dem Zusammentritt des Kongresses günstig gestimmt, dagegen war sie nach dem Kongresse ziemlich alarmiert. Sehr ungünstig urteilt die socialdemokratische „Justice“, indem sie erklärt: „Es kann nicht gesagt werden, daß der Kongreß viel zur Förderung seines Zieles gethan hat. Es standen ihm zwei Wege offen: entweder die Billigung der Haltung des Abgeordneten Mr. Bell oder die Annahme eines festen Principes, das heißt des Socialismus mit dem Klassenkampf als Basis seiner Politik. Der Kongreß that keines von beiden und stellte deshalb keinen zufrieden. . . . Man hatte gehofft, der Kongreß würde lustfreiend wirken, er hat es aber abgelehnt, einen logischen Weg zu wählen und hat die Frage verunkelt. „Eine unabhängige Arbeiterpartei“ besagt noch gar nichts: eine Arbeiterpartei, die nicht den Klassenkampf anerkennt, hat keine Daseinsberechtigung. Die gegenwärtige Bewegung für Arbeitervertretung muß sich entweder auf diesen Standpunkt stellen, oder sie wird untergehen gleich ihren Vorgängerinnen.“ Ganz anders klingt das Urteil der „Labour Leader“, der im „Labour Leader“ von heute erklärt: „. . . Wenn man erwägt, daß alle Gewerkschaften mit Ausnahme der Bergleute auf dem Kongresse vertreten waren, so tritt der Umfassung, der sich in der britischen Arbeiterwelt vollzogen hat, sofort in die Erscheinung. Mechaniker, Besschmiede, Tischler, Schiffbauer, Schriftsetzer, Textilarbeiter waren alle vertreten. . . . Schon die nächsten Jahre werden die Revolution der politischen Lage zeigen, die eintreten wird insolge einer weisen Politik gegenseitiger Konzeptionen unter den verschiedenen Organisationen der Arbeiterklasse, sowie insolge der steten Beobachtung des Hauptzieles, das in der Einheit und Unabhängigkeit der Arbeiterklasse besteht. . . . Die Bewegung wird noch manche dunkle Tage zu bestehen haben, ehe die Schlacht gewonnen ist, immerhin wird das Jahr 1903 denkwürdig bleiben durch die Erklärung der organisierten Arbeiter, daß sie sich von den bestehenden Parteien lösen und eigene, unabhängige Vertreter im Parlament haben wollen. Nach dieser Stellungnahme kann die Lage nicht mehr so bleiben wie sie bisher war; früher oder später wird ein Arbeiterministerium über die Schicksale der Nation entscheiden. Unabhängigkeit ist der Magnet, der die proletarischen Elemente zusammenzuzog; dieselbe Kraft wird sie zusammenhalten in den nächsten Tagen, die da kommen werden.“ Die „Clarion“ schreibt: „. . . Der Kongreß ging nicht so weit, wie manche enthusiastische junge Leute wünschten, aber das Ergebnis ist vorläufig höchst befriedigend. . . . Endlich haben wir unsre Partei und unsre Programm.“

Richard Bell soll sich, wie der „Labour Leader“ mitteilt, sehr abspredend über die zu gründende unabhängige Arbeiterpartei geäußert haben; er soll erklärt haben, daß er sich niemals mit einer extremen Arbeiterpartei vereinigen werde. Ist dies richtig, bemerkt hierzu das genannte Blatt, so hat sich Richard Bell nicht bloß in Widerspruch gesetzt mit dem Arbeitervertreter-Komitee, sondern auch mit seiner Organisation, dem Eisenbahner-Verbande, denn dessen Delegierte haben auf der Konferenz in Newcastle mit der Majorität für die Unabhängigkeit der Arbeiter-Abgeordneten gestimmt. —

Frankreich.

Verstaatlichungs-Tendenzen.

Paris, 2. März. (Eig. Ber.) Die dreiwöchentliche Alkoholdebatte hat (wie wir bereits gemeldet, Red.) mit einem halben Erfolg des Alkoholmonopol-Gedankens geendet. Das weitere Schicksal des Monopolgedankens hängt vor allem ab von den Wirkungen der neuen Regelung des Eigenbrenner-Privilegiums. Erweist sich diese, wie vielfach vermutet wird, unzureichend, um die Steuerdefraudation auch nur im vorgezeichneten bescheidenen Maße einzudämmen, dann wird die Finanznot allerdings die baldige Einführung des Monopols aufzwingen. Selbst Finanzminister Rouvier hat sich deutlich in diesem Sinne ausgesprochen. Zudem ebnet die neue Eigenbrenner-Gesetzgebung schon technisch dem Alkoholmonopol den Weg, dank einigen Kontrollmaßnahmen, die erst eine sichere statistische Grundlage für die Verstaatlichungs-Aktion liefern werden.

In greifbare Nähe ist die Verstaatlichung der Petroleum-Raffinerien gerückt. Diese Industrie wird von einem Kartell ausgebeutet, das einen Zweig des amerikanischen Standard Oil-Kartells bildet. Eine Handvoll kartellierter Kapitalisten zieht aus der Raffinerie einen jährlichen Gewinn, der nach den niedrigsten Schätzungen 15—20 Millionen Franc beträgt, vom Gewinnen Sembat aber auf etwa 30 Millionen geschätzt wird. Der Gewinn des Kartells ist, wie selbst Rouvier sagte, eine Frucht der Gesetzgebung, nämlich der Schutzzoll-Differenz zwischen rohem und raffiniertem Petroleum. Der Kartell trägt einen Einfuhrzoll von 9 Fr., der letztere einen solchen von 12 1/2 Fr.

Die Socialisten hatten schon im Vorjahre die Verstaatlichung der Petroleum-Raffinerie beantragt, damals ohne Erfolg. Jetzt hat der Finanzminister, durch die Finanzklemme gedrängt, eine Fabrikationstaxe von 1 Fr. 25 Cts. pro Doppelcentner oder von 1 Fr. pro Hektoliter vorgeschlagen, die etwa vier Millionen einbringen soll. Dabei verordnete er, daß eine Erhöhung des Petroleumpreises, d. h. eine Abwälzung der neuen Taxe auf die Konsumenten nicht zu befürchten wäre, weil die ausländische Konkurrenz das verhindern würde. Ferner aber mußte er, um seine Taxe durchzusetzen, eventuell die Verstaatlichung in Aussicht zu stellen. Da rückt nun die revolutionär-socialistische Fraktion mit ihrem Zusatzantrag zum betreffenden Finanzgesetz-Artikel hervor, der die Regierung auffordert, in kürzester Frist einen Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Petroleum-Raffinerie vorzulegen. Rouvier mußte dem Antrage zustimmen, der auch von der Kammer votiert wurde.

In der Verstaatlichungsfrage gehen die beiden socialistischen Fraktionen, wie dies von jeher bei den französischen Socialisten der Fall, zusammen. In der Republik dürfen sie es ja ohne jegliche Bedenken thun, was auch die Erfahrungen des in Frankreich bestehenden Tabak- und Zündhölzchen-Monopols bestätigt haben. Jambos' Gesetzentwurf über das Alkoholmonopol ist sogar von Sembat, der Mitglied der revolutionär-socialistischen Fraktion ist, mitunterzeichnet. Und diese Fraktion hat eine von Bailant verfaßte Resolution eingebracht, welche die Alkohol-Verstaatlichung (Monopol der Fabrikation, der Reifigung und des Verkaufs) unter Beteiligung der Gemeinden bezweckt. —

Belgien.

Ein Polizei-Massacr.

Brüssel, den 3. März. (Eig. Ber.)

Die Gemeinde Pietrebas in der Provinz Brabant war am Sonntag der Schauplatz eines Kampfes, der zwei Menschenleben kostete. Als letzter Urheber dieses Dramas erscheint mit steigender Gewißheit der Seelenhirt des Ortes.

Der Geistliche betreibt neben der Seelenheilfrage noch einen Handel mit Mais und Gerste und war deshalb nicht gerade besonders beliebt. Ueberdies lag er mit seinem Äußer im Streite, den er durch die Entlassung desselben beendet glaubte. Die Bevölkerung nahm die Partei des Äußer und man munkelte von einer Demonstration gegen den Seelenhirten am Sonntag. Die Ortsbehörde berief insolge dessen Gendarmen nach dem Ort. Da die vermutete Demonstration nicht eintraf, waren die Hüter der Ordnung um die Gelegenheit gekommen, Säbel und Pinte spielen zu lassen. Sie suchten aber dafür an den Mäskierten ihr Mühen zu fühlen. Jede Maske, in der sie eine Verspottung des Geistlichen vermuteten, rissen sie ohne weiteres herunter. In einem Café kam es dieserhalb zu einem Wortwechsel zwischen Gendarmen und Mäskierten, in dessen Verlauf ein Bauer einen Kolben-schlag auf den Kopf erhielt. Der Kellner Theys, der ruhig am Büfett lehnte, meinte, es sei feig, einen Wehrlosen derartig zu verwunden. Hierauf rief der Gendarm Declercq seinen Karabiner von der Schulter und feuerte in die Menge. Der Kellner Theys stürzte mit zerquetsertem Schädel zu Boden. Nach einigen Augenblicken sprachloser Bestürzung stob die Menge auseinander. Ein anderer Gendarm machte seinem mordenden Kollegen lebhaft Vorwürfe ob seines durch nichts gerechtfertigten Mordes.

Mitterweile kamen die Bauern angeführt. Der Gendarm fürte ihnen entgegen, er sei noch zu weiterem Schießen bereit. Glücklicherweise gelang es den Ordnungsbaharen zu entwaffnen. Die namenlos emporsteigende Bevölkerung schlug den Gendarm nieder, schleppte ihn durchs Dorf und wieder zurück in das Gasthaus. Die Waffen wurden in den nahen Bach geworfen. Als die verlangte Verstärkung anlangte, hatte sich schon die Empörung gelegt.

Die Behörde ordnete die Verhaftung des Waters und Bruders des gemordeten Kellners an. Zur Stunde ist der ganze behördliche Apparat im Gange, um — unter den Bauern die Schuldigen zu suchen. Die beiden Verhafteten wurden unter strenger Bewachung in das Gefängnis zu Nivelles gebracht.

Der socialistische Deputierte Allard hat heute in der Kammer eine Interpellation über diesen traurigen Vorfall angekündigt. Ihre Besprechung ist auf nächsten Dienstag anberaumt. —

England.

Wie man in England über Kavallerie-Attaden denkt, beweist folgende „Laffon“-Melbung:

Das Kriegsamt hat einen Befehl erlassen, wonach in den Kavallerie-Regimentern die Lanze abgeschafft wird. Der Karabiner oder das Gewehr gilt von nun an als Hauptwaffe der Kavallerie. Wenn die Lanze, die Hauptwaffe des Kavallerie-Angriffs abgeschafft wird, so beweist das, daß man in England die Kavallerie künftig nur noch als eine Art berittener Infanterie zu beizigen gedenkt. —

Afrika.

Son marokkanischen Kriegsschauplatz.

Die Nachrichten vom marokkanischen Kriegsschauplatz vertreten in solchem Wechselspiel Sieg und Niederlage bald zu Gunsten des Sultans, bald zu Gunsten des Präidenten. Heute liegt wieder einmal eine Nachricht über eine Niederlage der Truppen des Sultans vor. Die Depeschen lauten:

Tanger, 5. März. Trotz der entgegengeßet lautenden amtlichen Berichte ist der Sieg des Präidenten ein vollständiger gewesen. Der Kampf fand am 27. Februar statt. Das Lager einer Division Regierungstruppen wurde angegriffen und zerstört. Die Regierungstruppen, welche 10000 Mann stark waren, mußten fliehen und alles im Stich lassen. Alle in Fez vorhandenen Streitkräfte sind zu ihrer Unterstützung abgesperrt.

Madrid, 5. März. Der Specialcorrespondent des „Heraldo“ in Fez bestätigt die Nachrichten über einen Kampf zwischen Regierungstruppen und Rebellen, wobei erstere sich zurücksiehen mußten. Die Verluste der Regierungstruppen beliefen sich auf 50 Tote und 100 Verwundete. Die Rebellen hatten die Offensiv ergriffen.

London, 5. März. („Bureau Laffon.“) Den „Times“ wird aus Tanger gemeldet: Trotz der amtlichen Berichte über einen Sieg der Regierungstruppen haben diese ohne allen Zweifel eine schwere Niederlage erlitten. Das Lager einer Abteilung des marokkanischen

Heeres wurde am 27. Februar überfallen und genommen. Die Truppen flohen in voller Auflösung und ließen alles im Stich. Die Abteilung bestand aus 1600 Mann, welche die Avantgarde des unter Führung des Kriegsministers stehenden Hauptheeres bildete.

Partei-Nachrichten.

Reichstags-Kandidatur. Durch Beschluß der Landeskonferenz mußte die Doppelkandidatur des Genossen W. Gek im X. und VI. badischen Wahlkreise beseitigt werden. Für den VI. Wahlkreis (Offenburg-Oberkirch-Neß) wird nunmehr der Parteigenosse G. Monig, Stadtrat in Offenburg, aufgestellt.

Partei-Presse. Die Breslauer „Volkswacht“ gewann mit ihren Nebenausgaben im Monat Februar 700 Abonnenten.

Die Ueberlebenden der Kommune.

Mit U. Clement ist wieder ein Mitglied der 1871 er Kommune zu Grabe getragen worden. Die „Petite Republique“ macht bei dieser Gelegenheit einige Mitteilungen über die jetzt noch lebenden Kommunemitglieder. Danach sind von den 84 Kommunearden, welche im Jahre 1871 die Kommune, d. h. die Regierung und Parlament des Pariser Gemeinwesens bildeten, heute nur noch 18 am Leben. Zwei von ihnen, Paschal Groussiet und Eduard Bailant, sind Mitglieder der Kammer. Der älteste unter den ehemaligen Kommunisten ist Jules Allise, der bereits das 85. Lebensjahr erreicht hat. Der jüngste ist Martelet, der nahe an 58 Jahre alt ist. Alle Ueberlebenden, außer zweien — Brunel, der in England geblieben ist und Bind, der sich in der Schweiz niedergelassen hat — sind in Paris anässig. Unter den jetzt noch lebenden befinden sich 3, welche in den Ministerien der Kommune geüben haben: Groussiet als Delegierter im Ministerium des Auswärtigen, Protot im Ministerium der Justiz und Bailant im Ministerium des öffentlichen Unterrichts.

Der Parteitag der Socialdemokratie Hollands wird auch in diesem Jahre wie gewöhnlich zu Osnen stattfinden, und zwar in Euschede. Von den Abteilungen der Partei aus verschiedenen Orten liegen bereits gegen 50 Anträge vor. Die Tagesordnung wird jedenfalls sehr reichhaltig werden.

Deutscher Arbeiterverein in Brüssel.

Alle jene deutschen Gewerkschaftsmitglieder und Genossen, welche durch die Verhältnisse gezwungen, nach Brüssel zu kommen beabsichtigen, seien hierdurch auf die Adresse des dort bestehenden deutschen Arbeitervereins aufmerksam gemacht.

Derselbe hat sein Vereinslokal im Maison du Peuple, unterstüht seine Landsleute mit Rat und That in allen Arbeits- und sonstigen Angelegenheiten, veranstaltet bildende Vorträge und Diskussionen, besitzt eine reichhaltige deutsche Bibliothek nebst Auslage einiger deutschen Arbeiter-Zeitungen und widmet sich insbesondere der Pflege der Solidarität und des Klassenbewußtseins, um unsre Landsleute vor dem geistigen Untergange in sogenannten Klubb-Veren zu bewahren. Weiter wird hier die Eröffnung eines deutschen Volkshauses energisch betrieben, um der Misere im hiesigen Herbergsweesen und den damit verbundenen Inzuchtträglichkeiten sowie der Verpeilung wirksamer als bisher entgegenzutreten zu können. Wir empfehlen deshalb bis auf weiteres die Herberge unfes Genossen L. Joshy, Place St. Gerh 6/7, in Nähe der Börse. Die deutsche Arbeiter-Presse erluchen wir, die unterzeichnete Adresse sowie das Vereinslokal nebst Herberge von Zeit zu Zeit zu veröffentlichen, ebenso mögen die Ortsverwaltungen deutscher Gewerkschaften Mitglieder, die auf der Reise nach Brüssel begriffen sind, auf vorstehende Adresse aufmerksam machen. Endlich erluchen wir die Beteiligten streife, bei Anfragen oder Erteilung von Auskünften sich nur an den Unterzeichneten zu wenden.

Mit Parteigruß
Louis Scholz, Präsident des deutschen Arbeitervereins in Brüssel
Rue de Namich-02, St. Gilles.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 5. März, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 1/6 Uhr Stadt. Geride spricht der Versammlung für die ihm zu fe 25jährigen Jubiläum als Mitglied der Versammlung gewid. Adresse seinen Dank aus.

Der Vorsitzende gedenkt kurz des Hinscheidens des Chefs Berliner Pfandbriefamts, Stadthalten Geseu u. d.

Der Pfasterausbau ist gewährt und hat sich konstituiert. Die Versammlung beginnt die Specialberatung der Stadthaushalts-Etats für 1903.

Ueber die Special-Etats „Grundstücke in der Stadt“, „Ländliche Grundstücke und Kalksteinbruch zu Wädersdorf“ und „Berechtigungen“ berichtet Stadth. Giese. Es liegt dazu der Antrag des Etatsauschusses vor:

den Magistrat zu ersuchen, die Grundeigentums-Deputation zu neuen Vorschlägen über die Art und die Bedingungen bei ferneren Verkäufen städtischer Grundstücke zu veranlassen.

Stadth. Haberland (A. L.): Mir geht die Resolution nicht weit genug. Wir verlangen zu wenig Grundstücke. Es sollten bestimmte Minimalpreise festgesetzt werden. Auch müssen wir erfahren, was aus der Resolution geworden ist; ich beantrage, am Schlusse hinzu-zufügen: „und der Versammlung in kurzen Bericht zu erlaten.“

Stadth. Linditsch Weise hält diesen Vorschlag für überflüssig und erblickt darin ein Mißtrauensvotum gegen den Magistrat. Im übrigen verteidigt er den heutigen Modus des Verkaufens der Grundeigentums-Deputation; daß die Stadt nicht seine Preise fordere, sondern sich Angebote machen lasse, beruhe auf dem Herkommen und der Städte-Ordnung. Mit der Festsetzung von Minimalpreisen würde die Versammlung ein wichtiges Recht aus der Hand geben. Natürlich werde sich der Magistrat der Revision der betreffenden Grundstücke nicht entziehen.

Stadth. Singer: Wir werden gegen die Resolution stimmen. Es liegt für sie kein Bedürfnis vor und sie ist uns deswegen unangenehm, weil sie der Auffassung Vorläufig zu leisten geeignet ist, als ob von Stadtwegen möglichst schnell der städtische Grundbesitz losgeschlagen werden soll. (Widerspruch.) Herr Haberland hat ja ausgeführt, daß wir 15 Millionen Grundbesitzwerte liegen lassen und die Zinsen davon verlieren. Dagegen möchte ich Verwahrung einlegen. Wir können nicht zugeben, daß eine Stadtgemeinde sich die Geschaftsprincipien einer Terraingesellschaft aneignet, die, wenn sie noch dazu eine Aktiengesellschaft ist, thumlichst auf Dividende hinarbeiten muß. Das paßt auf die Verhältnisse Berlins nicht. Wir haben viel Terrain angekauft in einer Zeit, wo es noch nicht baureif war. Es ist mittlerweile baureif geworden, aber das falsche wäre, nun den Verkauf zu überreisen, und die Stadt sollte sich nicht als Verkäufer anpreisen, sondern sich suchen lassen. Der Weg der Festsetzung der Minimalpreise ist gar nicht gangbar. Die Minimalpreise würden die Normalpreise werden. Minimalpreise würden auch nur für kurze Zeit maßgebend sein können, weil die Verhältnisse in den einzelnen Stadtteilen steter Veränderung unterliegen. Alle diese Vorschläge wurzeln in der augenblicklichen Situation. Das Allerheiligste der Versammlung ist die Nichtüberföhrung der 100 Prozent. Das drohende Geipent der Ueberföhrung wird ja überunden werden. Aus dieser Situation heraus das Verlangen schnellerer Verwertung des Grundbesitzes zu motivieren, widerspricht allen Grundföhen einer gesunden kommunalen Grund- und Bodenpolitik.

Stadth. Balkah (A. L.): Herr Singer hat Herrn Haberland ganz falsch verstanden. Es soll mir verlaßt werden, was an Restgrundstücken und Durchgrößen usw. der Stadt verbleiben ist und auf alle Fälle einmal verkauft werden muß, weiter nichts. Ich werde für die Resolution und den Zusatz stimmen, da ich schon 1896 etwas Ähnliches vorgeschlagen habe.

Stadtv. Edmann (Fr. Fr.) spricht sich ebenfalls für die Resolution aus. Die Bedingung der 25 Proz. Anzahlung sei bei einer Baustelle sehr hart.

Auch Stadtv. Haberland erklärt sich für völlig mißverstanden. Er habe nur die Grundstücke im Auge, die die Stadt selbst ankaufte, ohne Käufer zu finden. Im Grundstücksverkehr komme man damit nicht mehr durch, daß man ein Angebot verlange. Auch bei Herrn Singers Bodenpolitik wäre es richtiger, die Grundstücke, die im Werte nicht mehr steigen, zu verkaufen, statt sie zinslos liegen zu lassen.

Stadtrat Krawinkel: Die Revision dieser alten Bedingungen dürfte wohl angezeigt sein. Die Annoncierung erfolgt bloß etwa alle halbe Jahre. Ueber die Preisbildung findet stets eine Aussprache statt, auf Grund deren das Angebot erfolgt. Minimalpreise wären im Interesse schnellerer Abwicklung der Geschäfte sehr wünschenswert; man könnte sie vielleicht alle drei Jahre revidieren. Bezügen wir übrigens auch die Zinsen, so berührte das unsere Einnahmen nicht im geringsten. Auch ich hatte zuerst Herrn Haberland so verstanden wie Herr Singer.

Stadtv. Singer: Ich bin sehr erfreut, daß durch die Diskussion der entstandene Verdacht beseitigt ist, als solle der städtische Grundbesitz schleunigst losgeschlagen werden. Ich hatte auch nur gesagt, der Antrag wird diesen Eindruck erwecken. Haben wir uns gegenseitig mißverstanden und ist die Sache geklärt, so ist das doppelt erfreulich. Dürfte ich glauben, daß in dieser Versammlung das durch Veräußerung des städtischen Grundbesitzes erworbene Geld nach meiner Bodenpolitik angelegt wird, dann würde Herr Haberland recht haben, da das aber nicht der Fall ist, scheint es mir richtiger, den Grundbesitz zu reservieren, bis die Preise erzielt werden, die wir notwendigerweise brauchen. (Zurufe.) Wenn Sie das alle wollen, sind solche Simulationen wie der Antrag vollständig überflüssig. Auf den Etat hat ja diese Anregung sehr wenig Einwirkung. Der Zweck der Resolution kann ohne erhebliche Schädigung der städtischen Interessen nicht durchgeführt werden. Das Verfahren des Angebots des Kaufwilligen geschieht doch auch im Privatverkehr, abgesehen vom gewerbsmäßigen Grundstückskauf und -verkauf, in 100 Fällen wohl 80mal. (Widerspruch.)

Stadtv. Mentel stimmt auch im Interesse der baldigen Regulierung der Hofstraße der Resolution zu.

Die Resolution wird mit dem Zusatz Haberland angenommen, die Etats genehmigt.

Zum Spezialetat für das Friedrich-Wilhelms-Hospital für Männer und Siedenanstalten in der Fröbelstraße erklärt die Versammlung die vorjährige Resolution wegen Reorganisation des ärztlichen Dienstes in diesen Anstalten für erledigt, nachdem der Magistrat den Wünschen der Versammlung entsprochen hat. Der Etat wird genehmigt, ebenso die Etats „Friedrich-Wilhelms-Hospital für Frauen, Pallisadenstraße“, „Waisenfürsorge im engeren Sinne“, sowie „Fürsorge für eingetragene Waisen“, „Unterbringung verwaisteter Kinder in Fürsorge-Erziehung“.

Es folgt der Etat für das Arbeitshaus in Kummelsburg. In diesem sind 90 M. wie im Vorjahre zum Photographieren der Korrigenden ausgeworfen. Ein Antrag auf Streichung wurde im Ausschusse abgelehnt.

Stadtv. Augustin (Soz.): Ich bitte um die Streichung dieses Betrages. Wir sind der Meinung, daß das Photographieren gänzlich unnötig, vielleicht gar ungesund ist. Die Korrigenden sind Verbrecher im wörtlichen Sinne des Wortes nicht; nach unserer Meinung haben sie überhaupt nichts Verbrechens. Ein zweites Verbrechen ist das nicht angelegt zu werden, das ist bloß eine Umgehung des Gesetzes. Die Verwaltung der Stadt Berlin möchte es ablehnen, der Polizei Handlangerdienste zu leisten. Entweichen Korrigenden, so hat die Polizei die Pflicht, sie wieder einzufangen. Diese Maßnahme erstreckt sich auf den letzten Punkt von Ehrgefühl in den Korrigenden.

Stadtrat Krawinkel: Die Korrigenden haben wir auf Grund staatlicher Gesetzgebung aufzunehmen und müssen sie beschäftigen; es geschieht auch auf den Kieselgütern. Die Leute entscheiden da selber als aus geschlossenen Anstalten. Wir müssen sehr oft Geld geben, um ihrer wieder habhaft zu werden. Nicht wird jemand gefaßt, der gar nicht mit dem Entwichenen identisch ist. Das wird durch die Photographie eben. Ob die Leute etwas Verbrechens haben, darüber wird nicht zu entscheiden, sie werden uns überliefert, werden übrigens auch Zustätter und dergleichen aus diesen. Daß das Ehrgefühl erstirbt werden sollte, glaube ich. Die Sache hat ja merkwürdig weite Wellen geschlagen. Wir der Polizei keineswegs Sonderdienste; die Photographieren nur für unsere eigenen inneren Dienst demut.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Ich bitte nochmals, diese 90 Mark streichen. Die preussische Gefängnisordnung kann man gewiß nicht als harmlos hinstellen, aber die preussischen Gefängnisse werden nicht photographiert. Will Berlin noch anders anders sein als die preussische Gefängnisverwaltung? Es ist das nur eine Spielerei eines nicht genügend beschäftigten Beamten. (Oh!)

Die Summe wird bewilligt, ebenso der Etat selbst.

Zum Etat des städtischen Obdachs bemerkt

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Daß das Obdach überfüllt ist, steht fest; umso mehr bedauern wir, daß der Magistrat in diesem Etat die Ausgabe für die neue Küche und das Frauenbad gestrichen hat. Wenn das aus finanziellen Rücksichten geschah — es handelt sich um 140 000 M. — so hätte man doch nicht hier zu sparen anfangen sollen, wo es sich um die Armen der Armen handelt. Der Bauplan steht fest, und doch wird die Verzögerung um ein Jahr verfrüht!

Stadtrat Krawinkel: Den Armen der Armen geschieht nicht der geringste Nachteil durch die Streichung. Es sind in zahlreichen Gassen Bauten gestrichen worden und so ist auch hier eine Verschiebung auf ein Jahr vom Magistrat beschlossen und die bezügliche Vorlage zurückgezogen worden.

Stadtv. Hoffmann: In den Motiven zur Vorlage wird doch ausdrücklich auf die Gefahren hingewiesen, welche bei der jetzigen Baubegegnung für die Frauen entstehen. Die Zustände in der Küche sind auch unsanftbar; auch Ausbesserung kostet Geld. Wir sind nicht der Meinung, daß gestrichen werden kann, was dringend notwendig ist.

Der Etat wird darauf genehmigt, ebenso ohne Debatte die Etats für die Hilfsstation für Geschlechtskranke, für die Bade-Anstalten, die Desinfektions-Anstalt in der Reichenbergerstraße und die Heimstätten für Genuß- und verschiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege, Park- und Gartenverwaltung.

Beim Etat für die Polizeikosten im allgemeinen (Ortspolizei) und Feuerlöschwesen macht

Stadtv. Hugo Sachs (N. L.) darauf aufmerksam, daß nach den Erklärungen in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses die Absicht verlautet, die Stadt Berlin noch weiter zu Beiträgen für die städtischen Aufwendungen in Berlin heranzuziehen. Demgegenüber müsse darauf hingewiesen werden, wie Berlin u. a. für die Polizeiverwaltung und die Feuerwehr zwar zahlen müsse, aber nicht mit-zurechen habe.

Der Etat wird bewilligt, ebenso ohne Debatte die Etats für die Straßenbeleuchtung, die Straßenreinigung und -besprengung und die Standesämter.

Damit ist für heute die Etatberatung beendet.

Bei den Verhandlungen, welche zu dem Gemeindebeschlusse vom 9. Mai 1901 über die Bewilligung von Pension und Rentenversorgung für die städtischen Arbeiter führten, wurde vom Oberbürgermeister erklärt, daß der Gehalt eines Ausfalls für Unfall- und Invaliden- bzw. Altersrentner dadurch vorgebeugt werden würde, daß dann eine Ausgleichsunterstützung aus anderen städtischen Mitteln gewährt werden würde. Der Magistrat ersucht jetzt um die allgemeine Ermächtigung zur Bewilligung solcher Ausgleichsunterstützungen auf begrenzte Zeit.

Stadtv. Heumann (Soz.): Ein Antrag ähnlicher Tendenz ist seiner Zeit von uns eingebracht, vom Oberbürgermeister aber bekämpft und dann abgelehnt worden. In lokaler Weise ist der Magistrat jetzt den Weg gegangen, welchen wir damals gezeigt haben. Wir setzen voraus, daß der Magistrat in jedem Falle und besondere Mitteilung macht, wo er eine Ausgleichsunterstützung nicht zahlen will, und nehmen die Vorlage unter diesen Voraussetzungen an.

Stadtrat Krawinkel: Solche Erklärungen können wir nicht abgeben; wir würden damit den Rechtsboden ändern. Wir wollen Ihnen und uns die große Arbeit der vielen Separatvorlagen ersparen. Es ist aber immer nur von „geeigneten“ Fällen die Rede gewesen, es können immer Ausnahmefälle vorkommen.

Kommune beauftragt Stadtv. Heumann Ausschussberatung; diese wird aber abgelehnt und die Vorlage in zweiter Beratung unberändert angenommen.

Die modifizierte Magistratsvorlage wegen

Einführung einer neuen Befoldungsordnung

für die Oberlehrer an den höheren Lehranstalten und die Erhöhung des Schulgeldes für diese Anstalten mit Ausschluß der Realschulen hat in der erneuten Ausschussberatung das Schicksal gehabt, daß die Schulgeldehöhung mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen, eine aus der Mitte des Ausschusses beantragte Erhöhung des Dienstverdienstes sämtlicher Stufen um 200 M. (2000—5300 statt 2700—5100 M.) ebenfalls angenommen, die Vorlage im ganzen aber in der Schlussabstimmung mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden ist. Referent ist Stadtv. Vauth (N. L.). Nach der Mitteilung des Referenten ist in der Ablehnung der Gesamtvorlage der Ausdruck des Unwillens der Mehrheit darüber zu erblicken, daß der Magistrat die Schulgeldehöhung nicht separat beantragt hat.

Stadtv. Wallach hat die Annahme der Magistratsvorlage beantragt.

Stadtv. Bülow (Fr. Fr.) tritt für die Annahme der unberänderten Vorlage ein, für die fast seine sämtlichen Freunde stimmen werden. Die Erhöhung des Schulgeldes um jährlich 10 M. könne für den Vater, der seinen Sohn der Beamtenlaufbahn oder einem gelehrten Beruf zuführen wolle, nicht in Betracht kommen. Gegen 1870 sei der Geldwert gesunken, daß dadurch die Schulgeldehöhung um 60 M. ausgerechnet ist. Die neuen Lehrergehälter seien nicht übermäßig hoch, aber die Lehrer ständen immer noch besser da, wie die ihnen sonst gleichstehenden Beamten- und Staatsbürgerkategorien.

Stadtv. Wallach will nicht die Gefahr laufen, daß nach Ablehnung der Vorlage der Magistrat überhaupt keine Vorlagen mehr macht. Auch er bedauert die Veroppelung der Schulgeldehöhung mit der Erhöhung der Lehrergehälter, hält es aber für richtiger, in diesen beiden Dingen zu bestehen. Die Bewilligung der Ortszulage von 200 Mark nach dem Antrage Preuß habe um so weniger durchschlagende Bedeutung, als 25 Proz. der Lehrer in den Vororten wohnen. Das sei ein ganz trübseliges Mißverhältnis.

Stadtv. Preuß (N. L.): Wir sind nach wie vor prinzipiell gegen die Schulgeldehöhung, in der wir in der That einen Zoll auf die Bildung, eine Erschwerung der Bildung sehen. Die 10 M. sind unter Umständen keineswegs so gering, denn wir haben bei uns noch nicht das Ein- und Zweikinder-System. Andererseits haben wir die 100 000 M. Mehrausgabe noch gar nicht, weil sich noch gar nicht übersehen läßt, wie stark das Abschließen der Schülerzahl von den höheren Lehranstalten sein wird. Das Auswärtswohnen der Lehrer kommt hier gar nicht in Betracht; wir müssen unter allen Umständen dafür sorgen, daß Berlin sowohl gegenüber dem Staat wie gegenüber den Vororten bezüglich der Auswahl des Lehrermaterials im Vordertreffen steht. Schon jetzt haben sich Schwierigkeiten bei der Neubesezung von Lehrerstellen ergeben. Bis 1907 hat der Magistrat selbst die Ortszulage durchweg gewährt. Ich beantrage, die Schulgeldehöhung abzulehnen, aber die Vorlage im übrigen nach den Einzelbeschlüssen des Ausschusses anzunehmen.

Stadtv. Singer (Soz.): Neues läßt sich in der Sache nicht mehr sagen. Wir werden in Konsequenz unserer bisherigen Haltung für die Schulgeldehöhung und für die Gehälterhöhung stimmen. Im Ausschusse haben die Gegner der Schulgeldehöhung mit den Gegnern der Gehälterhöhung die Vorlage niedergestimmt. — Das wird sich hoffentlich im Plenum nicht wiederholen. — Durch die Aufhebung der Vorschulen würde mit einem Schlage den Mängeln abgeholfen, welche der Volksschule noch anhaften, weil dann die bei den Vorschulen diese Mängel an ihren Kindern zu lösen bekommen würden. Ein Antrag auf Aufhebung der Vorschulen wird daher stets unsere Unterstützung finden. Wenn der Vater eines „höheren“ Sohnes die 10 M. Erhöhung nicht tragen kann, so kann er drei Jahre lang bei sparen, wenn er seinen Sohn in die Volksschule schickt. Die Schülerzahl der höheren Anstalten wird sich wegen der 10 Mark nicht verringern. Für den Magistrat liegt auch kein Grund vor, den von uns wiederholt gefaßten Beschluß wegen der Ortszulage von 200 Mark abermals abzulehnen; wir stimmen ebenfalls für diese Zulage.

Stadtv. Caspel (N. L.): Auch die heutige Debatte kann an meiner Auffassung der Frage nichts ändern. Das Auswärtswohnen der Lehrer hat mit dem Gegenstande nichts zu tun; allerdings aber wird der Magistrat zu prüfen haben, ob es in diesem Punkte bei der bisherigen Uebung bleiben kann, während die Vororte abweichende Bestimmungen treffen. Ich werde nach den Vorschlägen des Kollegen Preuß stimmen. Für den Mittelstand hat das Schulgeld und dessen Erhöhung eine ganz andere Bedeutung als für die Billenbesitzer in Berlin W., deren Kinder keineswegs allein die städtischen höheren Schulen bedürfen, wie Herr Bülow anzunehmen scheint. Herr Singer nimmt auf die Bedürfnisse des Mittelstandes gar keine Rücksicht.

Oberbürgermeister Kirschner: Der Etat für 1903 sieht rund 200 000 M. Schulgeld-Mehrausgaben vor, die zum größten Teil aus der Erhöhung des Schulgeldes erwartet wird. Die Ortszulage von 200 M. bedingt 116 500 M. Mehrausgabe. Für alle diese Beträge müssen Sie die Deckung schaffen, wenn Sie die Schulgeldehöhung ablehnen. Auf das Auswärtswohnen der Lehrer kommt es hier nicht wesentlich an. Von einem Mangel an Lehrermaterial für unsere Schulen ist mir nichts bekannt. Wir brauchen ja nur die Stellen auszusuchen und wir würden mit Meldungen aus der ganzen Monarchie überflutet werden. Die Verzögerung der Bewilligung für die Lehrer bedauern auch wir; in die Schuld teilen wir uns mit der Versammlung. Als wir die Ortszulage noch zahlten, standen unsere Lehrer hinter den staatlichen Lehrern noch zurück. Finden Sie wenigstens eine Formel, die es ermöglicht, den Lehrern zu geben, was Sie und wir ihnen geben wollen.

In namentlicher Abstimmung wird zunächst die Erhöhung des Schulgeldes von 130 auf 140 M. (bzw. von 110 auf 120 M. für die Vorschulen) mit 48 gegen 42 Stimmen angenommen.

Die Gehaltserhöhung für die Lehrer einschließlich der Ortszulage von 200 M. nach dem Antrage Preuß wird in namentlicher Abstimmung gleichfalls angenommen und zwar mit 50 gegen 40 Stimmen.

Unter außerordentlicher Aufregung der Versammlung geht die Gesamtabstimmung vor sich. Dieselbe ergibt die Ablehnung der ganzen Vorlage mit 58 gegen 30 Stimmen. Schluß 10 Uhr.

Verfassungen.

Der Wahlverein des 2. Kreises hielt am Dienstag eine gut besuchte Versammlung im Hofjäger-Palast in der Hofenheide ab. Baldred Ranaße erörterte in einseitigem Vortrage das Thema: „Zwecklose Arten von Vaterlandsliebe“. Stürmischer Beifall wurde dem Redner gesendet. — Unter Verschiedenem richtete Nummer 1 an die Genossen des Hofenheide; sowie des Kreuzberg-Viertels die Bitte, am Sonntag, den 8. März, morgens 8 Uhr, im Lokale von Hugo Lehmann, Friedrichstr. 16 (Handelskammer-Verein) sich den Genossen der Friedrichstraße anzuschließen zwecks Agitation zur

Einführung der Partei-Expedition des „Vorwärts“ für die Friedrichstadt. — Der Vorsitzende Wolderski gab bekannt, daß die nächste Versammlung am Dienstag, den 17. März, im Wilhelm-Theater (früher Marten), Friedrichstr. 236, stattfindet und daß von nun ab alle 14 Tage Versammlungen des Wahlvereins stattfinden. Er teilte mit, daß seit Januar bereits 273 Mitglieder dem Wahlverein beigetreten sind.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) hielt am Dienstag im Lokale „Königsbau“ eine recht gut besuchte Versammlung ab. Zunächst erörterte die Erschienenen des Abendens den verstorbenen Mitgliedes Kraft durch Erheben von den Plätzen. An Stelle des plötzlich an Heiserkeit erkrankten Abg. Fritz Jubel, der das Referat für den Abend übernommen hatte, hielt hierauf Max Kiesel einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: Friedrich Schiller, ein deutscher Dichter. — Unter Verschiedenem wies der Vorsitzende Baader auf die von der Centralkommission der Arbeitervereine Berlin und der Sororie arrangierten Vortragsreise hin und wünschte eine rege Beteiligung an derselben. Weiter teilte er mit, daß seit der letzten Februar-Versammlung 112 Genossen als Mitglieder dem Wahlverein beigetreten sind.

Der Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag im „Königlicher Kasino“ eine auch von den Frauen gut besuchte Versammlung ab, in der Genosse Kiesel über: „Demokratischer Liberalismus“ sprach. Der Redner gab in seinem Vortrage ein Bild des sich immer mehr und mehr reaktionär gestaltenden Liberalismus, der uns die Wahrheit des Tages von der einen reaktionären Klasse vor Augen führe. Hingewiesen auf die kommenden Wahlen erklärte der Referent, daß ohne Organisation kein Sieg möglich sei; die Organisationen immer mehr auszubauen, müsse unser nächstes Ziel sein, damit wir dann in der Lage sind, die Angriffe dieser einen reaktionären Klasse auf die Freiheit der arbeitenden Klasse zurückzuschlagen. Eine Diskussion zu dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt und schloß der Vorsitzende Kiesel die Versammlung mit der Aufforderung, der sozialistischen Presse immer mehr neue Leser zuzuführen.

Centralverband der Maurer (Zweigverein Berlin). In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung erstattete der 1. Delegierte Panzer ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der Schlichter-Kommission betreffs der Verlängerung des Tarifvertrages. Nachdem er die Gründe dargelegt hatte, die für die Annahme der Kommissionsvorlage sprachen, ersuchte er die Versammlung, derselben möglichst einhellig ihre Zustimmung zu geben. Die Diskussion gestaltete sich außerordentlich lebhaft. Eine Anzahl Redner wandten sich mit Entschiedenheit gegen die Vereinbarung der Kommission, indem sie sich in diesem Jahre die Lohnerhöhung auf 70 Pf. pro Stunde verlangten, event. durch Eintritt in den Streik. Ebenfalls wünschten sie die Freigabe des 1. Mai als anerkannter Feiertag, sowie die volle Einwirkung des in der Verträge angeführten § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, ferner erklärten sie sich für unbedingte Streikung der Leistungsklausel, die ihnen die Verpflichtung auferlegt, täglich ein bestimmtes Quantum Steine zu vermauern. Ueberdies beantragte die Hauptstelle Lichtberg, eine Urabstimmung über die Vorlage herbeizuführen. In ihrer Antwort betonten besonders Panzer und Kiesel, daß ihrer Meinung nach die Kommissionsvereinbarungen einen keineswegs zu unterschätzenden Erfolg für die Organisation darstellten. Vor wenigen Jahren noch wurde der Verband von den Unternehmern einfach höhnisch über die Arbeit angefahren, niemand von ihnen dachte daran, die Maurer jemals als einen Faktor anzuerkennen, mit dem man Verträge zu schließen genötigt ist. Heute aber sei es dieser Organisation möglich gewesen, ohne opferreichen Kampf, lediglich in Verhandlungswege die Unternehmung zu Zugeständnissen zu bewegen, und darin liege zweifellos ohne eine Errungenschaft, die nicht ohne weitgehende Einwirkung auf die gesamte Maurer Deutschlands bleiben werde. Mit einer Siebenachtel-Majorität wurde denn auch folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung stimmt einer zweijährigen Vertragsverlängerung zu mit der Maßgabe, daß vom 1. April 1903 ab 67½ Pf. und vom 1. April 1904 bis zum 1. April 1905 70 Pf. Stundenlohn gezahlt werden. Sollte jedoch der Verband der Baugeschäfte diesem Vorschlage seine Zustimmung versagen, so haben die Arbeitnehmer-Vertreter ihre Zugeständnisse zurückzuziehen.

Der vorgeschickten Zeit wegen wurde die Erledigung der übrigen Beratungsgegenstände vertagt.

Die Portefeuille und Lebergalanterie-Arbeiter hatten am Mittwoch in Grammanns Festsaal eine gutbesuchte öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Die Ausperrung der Tischler Berlins. Da diese Ausperrung nur bereits beendet ist, diente die Versammlung hauptsächlich der Agitation. Folgende Resolution wurde angenommen: Die amiesenden Portefeuille verpflichten sich, bei jeder Differenz der Tischler mit den Arbeitgeber-Organisationen im vollsten Maße ihre Solidarität zu betätigen, und sie moralisch und materiell zu unterstützen. Gleichzeitig verpflichten sich die Auswesenden, mit vollen gesetzlichen Mitteln dahin zu streben, die in der eignen Branche bestehenden Schäden zu beseitigen, und mit aller Kraft am Ausbau der Organisation zu arbeiten.

Verichtigung. Von unseren Mitgliedern aus der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft wird gewünscht, nach mehreren Verhandlungen mit der Direktion, daß der Bericht von der letzten Versammlung in einem Punkt berichtigt wird. Es ist nicht Meister Jänike aus der Braumenstraße, wo die Werkzeugmacher 40—47 Pf. Lohn pro Stunde haben, sondern dies sind die Löhne der Werkzeugmacher aus dem Klein-Rotorenbau.

Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Gesundheitszustand in der französischen Armee.

Paris, 5. März. (W. T. B.) Der Senat verhandelte über eine Interpellation über den Gesundheitszustand in der Armee. Freille legte dar, daß in der französischen Armee in sanitärer Hinsicht große Mängel bestehen, namentlich wenn man einen Vergleich mit der deutschen und der englischen Armee ziehe. Deutschland besitze sich infolge seiner hohen Geburts- und Bevölkerungsziffer im Vorteil. Frankreich sei genötigt, von 293 000 jungen Leuten 207 000 in den Dienst zu stellen, während Deutschland bei 500 000 Gestellungspflichtigen eine bessere Auswahl treffen könne. Die deutschen Truppen seien deshalb widerstandsfähiger als die französischen. Auch seien die deutschen Kasernen gesunder eingerichtet. Redner verbreitete sich eingehend über die Ursachen dieser Mängel und wies schließlich die Notwendigkeit nach, ein ausreichendes Sanitätscorps zu organisieren und zahlreiche Militärhospitäler zu schaffen.

Paris, 5. März. (W. T. B.) Die Deputiertenkammer nahm das gesamte Budget mit 371 gegen 82 Stimmen an.

London, 5. März. (W. T. B.) Der Vorkaufslohn für das Heeresbudget 1903/04 befreit die Gesamtausgaben um 81 245 000 Pf. Sterl., den Mannschaftsbestand auf 235 761, ausschließlich der Truppen in Indien.

Marokko.

Tanger, 5. März. (W. T. B.) Uebereinstimmend wird von verschiedenen Seiten aus Fez amtlich gemeldet, der Präsident sei am 27. Februar vom Kriegsminister Menebbi völlig geschlagen und sein Lager erobert worden. Er selbst hat sich durch die Flucht in die Berge retten können.

Erdböhe.

Karlsbad, 5. März. (W. T. B.) Der heute morgen aus dem städtischen Boglande gemeldete Erdböhe wurde auch hier und in der Umgebung deutlich wahrgenommen. Auch wird aus Grassy (Erzgebirge) berichtet, daß dort zur selben Zeit heftige Erdböhe veripart und zwei Häuser stark beschädigt wurden.

Reichstag.

274. Sitzung. Donnerstag, den 5. März 1903, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Dr. Nieberding. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des Reichs-Justiz-Etats.

Sein Titel „Staatssekretär“ ergreift das Wort Abg. Lenzmann (fr. Sp.):

Ich spreche dem Staatssekretär meine volle Anerkennung aus dafür, daß er energisch verfuhr, den auf dem Gebiete des Strafrechts herbeigekommenen Reformgedanken zur Realisierung zu verhelfen. Bekanntlich hat das Reichs-Justizamt zwei „freie Kommissionen“ einberufen, deren eine die Reformen auf dem Gebiete des Strafprozesses vorbereitete, während die andere die gleiche Aufgabe für das materielle Strafrecht hat.

Ich spreche dem Staatssekretär meine volle Anerkennung aus dafür, daß er energisch verfuhr, den auf dem Gebiete des Strafrechts herbeigekommenen Reformgedanken zur Realisierung zu verhelfen. Bekanntlich hat das Reichs-Justizamt zwei „freie Kommissionen“ einberufen, deren eine die Reformen auf dem Gebiete des Strafprozesses vorbereitete, während die andere die gleiche Aufgabe für das materielle Strafrecht hat.

Der Grabe Aufzug-Paragraf bedarf endlich einer präzisen Definition. Aber man reformiert ihn nicht, weil er eine außerordentlich bequeme Handhabe für die Polizei bietet, alles das zu bestrafen, was man sonst nicht bestrafen kann, weil man es nicht definieren kann.

Nachdem ich diese wenigen Wünsche vorgebracht (weiterleit.) möchte ich noch eine andre Angelegenheit vordringen. Der preussische Justizminister und Kollege Bellasohn haben sich im Abgeordnetenhause gegen meine angebliche Behauptung gewandt, daß die Richter des Ostens parteilich seien im Gegensatz zu den unparteilichen Richtern des Westens.

Der Richter im Osten glaubt das politische Moment bei der Beurteilung des Angeklagten verwenden zu müssen. Das ist menschlich begreiflich, das ist kein Vorwurf der Parteilichkeit. Der preussische Justizminister selbst hat gesagt: wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe.

Ich kann nicht behaupten, daß der Vorredner seine früheren Ausführungen im wesentlichen modifiziert hätte. Er bleibt dabei, daß die Richter in seiner Heimat besser qualifiziert sein sollen als im Osten der Monarchie.

alles das, worüber der Herr Vorredner gesprochen hat, kann ich unmöglich eingehen. Das würde zum Teil eine rein akademische Unterhaltung ergeben, die unsere Arbeiten zu fördern nicht geeignet wäre. Der Herr Vorredner hat es so dargestellt, als ob in der Frage des bedingten Strafaufschubes ein tiefer Gegensatz zwischen Regierung und Reichstag besteht.

Abg. Dr. Spahn (C.): Ich bin ein halbes Menschenalter im Osten gewesen, dann im Westen, in Berlin und Leipzig; ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß das Reichspräsidenten von allen deutschen Richtern in ganz gleicher Weise geübt wird.

Abg. Dr. Uebe (nack.): Meine Freunde sind dem Herrn Staatssekretär sehr dankbar, daß er eine Kommission zur Abänderung der Strafprozess-Ordnung eingeleitet und die Verhandlungen selbst eröffnet hat.

Den Wunschzettel, den meine Partei für ein neues Strafgesetzbuch hat, will ich Ihnen gar nicht erst ganz vortragen. Wir haben uns stets in der Deffektivität für das Recht des freien Wortes gegen die heutige Praxis bei Putschvergehen, Majestätsbeleidigung, Religionsvergehen usw. ausgesprochen.

Ich muß leider zurückgreifen auf die Verhandlungen über unser Interpellation wegen der willkürlichen und ungerechtfertigten polizeilichen Uebergriffe. Der preussische Minister antwortet uns ja nicht gleich hier im Reichstag, sondern erst Monate später im Abgeordnetenhause.

Ich muß leider zurückgreifen auf die Verhandlungen über unser Interpellation wegen der willkürlichen und ungerechtfertigten polizeilichen Uebergriffe. Der preussische Minister antwortet uns ja nicht gleich hier im Reichstag, sondern erst Monate später im Abgeordnetenhause.

Ich muß leider zurückgreifen auf die Verhandlungen über unser Interpellation wegen der willkürlichen und ungerechtfertigten polizeilichen Uebergriffe. Der preussische Minister antwortet uns ja nicht gleich hier im Reichstag, sondern erst Monate später im Abgeordnetenhause.

unter Kontrolle gestellt, und es hätte sich der Kontrolle zunächst entzogen usw. Die in den Zeitungen berichtete Aeußerung des Richters, das Vorgehen der Polizei sei unerhört und skandalös, wäre nicht richtig.

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, Sie haben vorher gesagt, daß der preussische Minister v. Hammerstein im Abgeordnetenhause die Unwahrheit gesagt habe.

Abg. Heine (Soc.): So habe ich es gemeint. Wenn aber der Herr Präsident mich jedesmal unterbrechen wird, wenn wir eine Meinung sind, werde ich in meiner Rede nicht weit kommen.

Vizepräsident Graf Stolberg (sehr erregt mit überlauter Stimme): Wenn ich Sie unterbrechen will, das ist meine Sache, ich verbitte mir jede Kritik.

Es ist weiter festgestellt, daß die Scheidung wegen Ehebruchs des Mannes erfolgt ist. Selbstverständlich nehme ich an, daß der Herr Minister getäuscht worden ist, ich habe das sogar vorausgeschickt, indem ich von grober Misinformation sprach.

Abg. Heine (fortfahrend): Es ist weiter festgestellt, daß die Scheidung wegen Ehebruchs des Mannes erfolgt ist. Selbstverständlich nehme ich an, daß der Herr Minister getäuscht worden ist, ich habe das sogar vorausgeschickt.

Der preussische Justizminister hat in einer Verfügung vom Dezember vorigen Jahres erklärt, daß er einen vom Ersten Staatsanwalt in Lissa genehmigten Haftbefehl nicht für hinänglich gestrichelt gehalten habe.

Vor allen Dingen muß der jetzt bestehenden Unverantwortlichkeit der Beamten entgegen getreten werden. Der Beamte muß mindestens daselbe Maß von Verantwortung haben wie jeder einzelne Staatsbürger, der, wenn er auch nur im geringsten die von der Justiz gesetzten Grenzen überschreitet, rettungslos der Macht des Gesetzes verfällt.

Abg. v. Chrysanowski (Pole) (sehr schwer verständlich) beschwert sich über die Beschlagnahme von Ansichtskarten mit polnischen Aufschriften oder Darstellungen aus der polnischen Geschichte.

Ich muß leider zurückgreifen auf die Verhandlungen über unser Interpellation wegen der willkürlichen und ungerechtfertigten polizeilichen Uebergriffe. Der preussische Minister antwortet uns ja nicht gleich hier im Reichstag, sondern erst Monate später im Abgeordnetenhause.

Gegenüber den Polen. Die Richter in den polnischen Landesgerichten haben oft nicht die genügende Kenntnis der polnischen Verhältnisse, Literatur und Geschichte. Dadurch schwindet die Autorität der Gerichte beim Volke. Ueberhaupt besteht bei den Deutschen eine absolute Unwissenheit der elementarsten Verhältnisse des polnischen Volkes und der polnischen Literatur. Dazu kommt die mangelnde Auffklärung des Kaisers. Von den preussischen Gerichten werden Polen in denselben Fällen verurteilt, in denen Preußen freigesprochen werden. Bei uns im Osten fängt man an, eine solche Justiz „preussische Gerechtigkeit“ zu nennen! (Beifall bei den Polen.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Die in den letzten Worten liegende Verdächtigung der Unparteilichkeit deutscher Gerichte weise ich mit Entschiedenheit zurück! (Bravo! rechts.)

Abg. Naab (Ant.) beschwert sich darüber, daß in Hamburg die Grundbesitzervereine den Mietern ein Formular vorlegten, wonach diese im Widerspruch zum Gesetz den Vermietern das vollständige Pfandrecht auch an ihrem nicht pfändbaren Mobiliar einräumten. Das Reichsgericht habe diese Praxis in einem Urteil gebilligt.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Das Reichsgericht hat es allerdings für gerechtfertigt erklärt, daß die Vermieter sich auch an den nicht pfändbaren Sachen des Mieters das Recht der Pfändung im Falle, daß letztere mit dem Mietzins im Rückstand bleiben, vertragsmäßig sichern. Bei der Reichsverwaltung bestehen aber bezüglich dieses Urteils schwere Bedenken, und sie teilt die Bedenken, daß eine derartige Rechtsprechung den sozialpolitischen Intentionen, die den einschlägigen Bestimmungen der Zivilprozessordnung zu Grunde liegen, direkt zuwiderlaufen. Die Reichsregierung ist daher der Meinung, daß es bei dieser Rechtsprechung nicht bleiben kann. Der preussische Justizminister hat in Uebereinstimmung darauf die Staatsanwaltschaften angewiesen, in Fällen, wo ein Mieter entgegen solchen Verträgen unpfändbare Sachen mit sich nimmt, Anklage nicht zu erheben oder, falls doch Anklage erhoben sein sollte, Revision einzulegen, um die Sache zur nochmaligen Beurteilung vor das Reichsgericht zu bringen. Die Reichsverwaltung wird diese Verfügung des preussischen Justizministers auch den übrigen deutschen Regierungen zur Kenntnis bringen, damit gegenüber der jetzigen Auffassung des Reichsgerichts Remedur geschaffen werde.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.):

Die Bekämpfung des Prinzip der verwaltungsrechtlichen bedingten Vergnügung, weil wir nicht Gnade, sondern Recht haben wollen. Aus den Worten des Herrn Staatssekretärs habe ich entnommen, daß die Sache doch weiter geht und wir schließlich zur bedingten Verurteilung gelangen werden. Das jetzige System der kurzzeitigen Gefängnisstrafen ist sehr bedenklich, besonders in jugendlichen Verbrechern gegenüber. Es wirkt gar nicht, während die Statistik ergibt, daß die bedingte Verurteilung viel mehr vor Rückfälligkeit bewahrt. Ein unmerkliches System untrer Rechtspflege ist die mangelnde Achtung vor der persönlichen Freiheit. Ich möchte den Staatssekretär bitten, Vorkehrungen gegen die Mißgriffe der Sittenpolizei zu treffen. Jetzt liegt es so, daß jedes unbescholtene Mädchen von der Sittenpolizei aufgegriffen werden kann. In Hannover ist ein ganz unbescholtene Dienstmädchen von der Sittenpolizei verhaftet und die Nacht über gefangen gehalten worden, obwohl man sich sofort von dem Irrtum hätte überzeugen können. Diefem Mädchen ist dann am nächsten Tage von der Polizei noch eine Rechnung über 80 Pf. für Nachtquartier und Kaffee überreicht worden. (Heiterkeit.) Ebenso ist vor kurzem eine Schwebin in Hamburg ganz unbedeutendweise von der Sittenpolizei verhaftet worden. Ein Krebschaden ist die Art der Vergnügung. Es ist fast die Regel, daß alle Beamten, die Gefesse begeben, begnadigt werden. Ein Polizeiwachtmeister wurde 1901 von der Strafkammer in Essen zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, weil er einen Knaben mit einem Gummischlauch geschlagen hatte, um ihn zu dem Gesandnis zu zwingen, daß er eine Katerne eingeworfen habe. Das Gericht hat aber einen Antrag auf Verhaftung abgelehnt, da der Verurteilte doch begnadigt würde. (Hört! hört!) Was die Frage der Fesselung anlangt, so ist leider von einer reichsgerichtlichen Regelung der Materie nichts zu merken, sondern nur ein Erfolg des preussischen Justizministers, der aber nicht Fisch nicht Fleisch ist. Die Klagen über den Strafvollzug verstümmen ja nicht. Großes Aufsehen erregte eine Pressemeldung, wonach der wegen des Duells mit Bennigsen verurteilte Falkenhagen in Danzig die Erlaubnis erhielt, einen Arzt zu konsultieren, von dieser Erlaubnis aber derart ausgiebigen Gebrauch machen konnte, daß er täglich auf den Hauptstraßen Danzigs spazieren gehen und sich in öffentlichen Lokalen in lustiger Gesellschaft vergnügen konnte. Sieht es eine lauffere Verhöhnung unfres Strafvollzuges, als wenn ein Mann, der Ehebrecher gegenüber seinem besten Freunde wurde und ihn dann über den Haufen schob, in derart glimpflicher Weise behandelt wird? Jeder Arbeiter muß sich doch sagen: wie werden wir behandelt gegenüber diesem zweifelhaften Menschen! (Sehr richtig! links.)

Redner tritt des weiteren für Aufhebung des Majestätsbeleidigungs- und des Gotteslästerungsparagraphen ein. Der Majestätsbeleidigungsparagraph wird jetzt von armen Teufeln geradezu als Versorgungsmittel im Winter angesehen. Der Gotteslästerungsparagraph ist der Totengräber jeder freien Kritik auf kulturellem Gebiet. Eine Religion, die sich nur mit Hilfe des Staatsanwalts heften kann, ist innerlich faul. (Sehr richtig! links.) Ich habe früher ausdrücklich auf den antisozialen Zug in untrer Rechtsprechung hingewiesen, auf die Bestrafung des Streitpostenwesens, die Lage Bestrafung von U. Vertretungen der Gewerbe-Ordnung. Es würde eine große Gefahr für die deutschen Gerichte bedeuten, wenn sie in den Verdacht einer mangelnden politischen Objektivität gerieten. Möge sich auch das Reichs-Justizamt bewußt sein, daß ein solcher Verdacht das Niveau des deutschen Richterstandes herabdrücken müßte. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Nach meiner Meinung wird der Gerechtigkeit am besten gedient, wenn die Richter sich weder von einem sozialen noch von einem antisozialen Zug noch überhaupt von einem politischen Zug leiten lassen, sondern wenn sie einfach im Sinne des Gesetzes Recht sprechen. Das ist ihre Aufgabe. Ich bezweifle, daß Abg. Dr. Müller-Meinungen in allen Fällen die ihm zu dem Vorwurf mangelnder politischer Objektivität der Gerichte Veranlassung gegeben haben mögen, recht berichtet worden ist.

Bezüglich der Fesselung der Gefangenen sind bekanntlich Grundfälle im Reichs-Justizamt im Einvernehmen mit der preussischen Justizverwaltung ausgearbeitet worden. Diese Grundfälle sind auch den übrigen Bundesstaaten mitgeteilt worden, die sich bereit erklärt haben, sie auch für ihre Verwaltung als maßgebend anzuerkennen. Ich darf also der Erwartung Ausdruck geben, daß in kurzer Zeit in Deutschland auf dem Gebiete der Fesselung nicht nur ein gleichmäÙiger, sondern auch ein sachlich befriedigender Zustand geschaffen wird.

Abg. Beth-Koburg (fr. Sp.): Ich hoffe auf einen gedeihlichen Fortgang der Arbeiten des Reichsjustizamtes zur Reform des Strafprozesses. Man wird dabei auch die gerade gegenwärtig in Italien in Angriff genommene Reform der Strafprozess-Ordnung zu berücksichtigen haben. Hoffentlich findet in Sonderheit die Frage des Zeugniszwanges der Redakteure eine befriedigende Lösung. Die Handhabung des Groben Unfug-Paragraphen stimmt mit den Intentionen des Gesetzgebers nicht überein. Auch die Judikatur über „Beleidigungen“ muß abgeändert werden. Nur Ehrenkränkungen dürfen als Beleidigungen bestraft werden, nicht aber jede Ungezogenheit oder Grobheit. Namentlich die Verfassbeleidigungen sind ein sehr gefährliches Gebiet. Wegen Beleidigung eines Schutzmannes sind Gefängnisstrafen bis zu vier Monaten ausgesprochen, obwohl die Sache ganz gut mit Geld hätte abgemacht werden können. Wegen Beleidigung von Arbeitern werden höchstens ganz geringe Geldstrafen erlassen. Redner kritisiert die bayerische Gerichtsverfasser-Ordnung. Der Herr Abg. Heine hat behauptet, die Sozialdemokratie allein vertrete die Forderung der Entschädigung unschuldig Verhafteter. Ich konstatiere, daß ich seit Jahren diese Forderung hier erhoben habe.

Damit schließt die Diskussion.

Abg. Heine (persönlich): Ich will Herrn Beth nicht sein Verdienst bestreiten. Als Partei hat die Sozialdemokratie allein mit Energie die Forderung der Entschädigung unschuldig Verhafteter vertreten.

Der Titel wird bewilligt.

Eine Resolution des Abgeordneten Dr. v. Dziembowski-Pomian (Pole), wonach polnische Frauen und Mädchen berechtigt sein sollen, ihren auf „-endigen Familiennamen mit der Endung „a“ zu führen, wird abgelehnt.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Etat des Reichsfinanzamtes, des allgemeinen Pensionfonds, Post-Etat (Titel Postassistenten), Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.)

Schluß 6¹/₄ Uhr.

Parlamentarisches.

Budget-Kommission.

In der Sitzung am Donnerstag wurde zunächst der Antrag Müller-Sagan erledigt, der nachträglich der Kommission zugewiesen worden ist. Der Antrag fordert, als Gehalt für die Ober-Postassistenten z. 52 Millionen Mark einzusetzen statt 51,5 Millionen Mark, wie im Post-Etat gefordert wird, als Wohnungsgeld-Zuschüsse 24,5 statt 24 Millionen Mark, als Entschädigung für dauernd erforderliche Hilfsarbeiter bei den Verkehrsämtern I. und II. Klasse 1,75 statt 3 Millionen Mark, und endlich für Hilfsleistungen im Beamtendienste bei den Verkehrsanstalten 12,1 statt 11,75 Millionen Mark. Der Antragsteller weist darauf hin, daß es sich bei seinem Antrage darum handele, daß 3000 weitere Stellen für Postassistenten geschaffen werden sollen, während der Etat nur 2000 solcher Stellen in Aussicht genommen hat. Die finanzielle Wirkung des Antrages würde eine Mehrausgabe von 788 367 M. jährlich sein. Hierbei sei aber das Reich verpflichtet, nachdem den fraglichen Beamten, die alle schon länger als fünf Jahre gegen Tagelöhner beschäftigt worden sind, die etatsmäßige Anstellung sowohl durch Erklärungen des früheren und jetzigen Staatssekretärs der Reichspost als auch durch die Beschlüsse des Reichstages in sichere Aussicht gestellt worden sei. Staatssekretär Kraetke: Die Postverwaltung sei beim besten Willen nicht in der Lage, mehr als 2000 Assistentenstellen unterzubringen. Infolge der wirtschaftlichen Krisis sei der Post- und Telegraphenverkehr bedeutend zurückgegangen und deshalb der erwartete Bedarf nach mehr Beamtenstellen nicht eingetreten. Würde der Antrag angenommen, so müßten nach den allgemeinen Bestimmungen auch 430 Militärämter eingestellt werden, ohne daß die Postverwaltung sie benötigte. Die Postassistenten selbst hätten in einem Artikel in der „Postzeitung“ zugegeben, daß es mit Rücksicht auf eine geordnete Verwaltung nicht gut möglich sei, 3000 weitere Assistentenstellen einzurichten. Allerdings habe die Verwaltung den Wunsch, daß die Postassistenten nach einer fünfjährigen diätarischen Tätigkeit fest angestellt werden. Aber in keinem Reglement ist den Leuten ein Recht auf feste Anstellung nach dieser Zeit gegeben. Ueberdies sei die Wartezeit in den andern Verwaltungen für derartige Beamte noch länger als bei der Post. Abg. Singer: Jedenfalls habe der Reichstag seinen Willen dahin ausgesprochen, daß die Assistenten nach fünfjähriger Dienstzeit eine etatsmäßige Stellung erhalten sollen. Auf die Einlösung dieses Versprechens rechnen jetzt die beteiligten Beamten mit vollem Recht. Denn eine feste Anstellung bringe diesen Beamten nicht nur die Sicherung ihrer Zukunft, sondern auch eine Verbesserung ihrer materiellen Lage. Der Artikel in der „Postzeitung“ beweise nichts. Vielleicht ist er sogar von „oben“ inspiriert worden. Die Befestigung der neuen 3000 Stellen sei auch ohne Schwierigkeit durchzuführen. Denn es liege kein Grund vor, die 1000 Assistenten, welche mit der Ausbildung der Militärämter beschäftigt sind, ferner die 2000 Assistenten, welche Aushilfsdienst leisten, und endlich die 2000 Assistenten, welche zur Vertretung erkrankter Beamten bestimmt sind, unter allen Umständen von etatsmäßigen Stellen fernzuhalten. Staatssekretär Kraetke verriet, daß die „Postzeitung“ ganz unabhängig von der Verwaltung sei. Die Abg. Spahn, Paasche, v. Baldow und Schrader sind durch die Darlegungen des Staatssekretärs davon überzeugt, daß die Befestigung der 3000 neuen Stellen nicht möglich sei. Abgeordneter Müller-Sagan schlägt für den Fall der Ablehnung seines Antrages eine Resolution vor, durch welche der Reichsanzler ersucht wird um eine Erhöhung der Tagelöhner für die nicht-etatsmäßigen Amtswörter nach fünfjähriger Beschäftigung in solchem Umfang, daß ihre Einkommensbezüge dem Dienstverdienst eines etatsmäßig angestellten Assistenten entsprechen. Abg. Semler beantragt, diese Resolution dem Reichsanzler nur „zur Erwägung“ zu überweisen. Schließlich werden alle Anträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen Volkspartei abgelehnt.

Hierauf wird in die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern eingetreten. Es werden die Forderungen für mehrere Dienstgebäude unverändert bewilligt. Dabei rügt es der Abgeordnete Singer, daß im Etat nicht nähere Mitteilungen über die Art und die Kosten der geplanten Bauten gemacht werden, und spricht den Wunsch aus, daß derartige Mitteilungen bei Zeiten den Abgeordneten zugelegt werden. Unterstaatssekretär Dopf: Die Mitteilungen konnten nicht gemacht werden, weil das Nähere bezüglich der Bauten erst nach Druck des Etats festgelegt wurde. Abg. Müller-Pulda fordert, daß in diesem Falle die Mitteilungen wenigstens nachträglich, aber noch vor der Beratung des Etats in der Kommission schriftlich gemacht werden.

Zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering bezahlte Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs durch Gewährung von Darlehen an Private und an gemeinnützige Unternehmungen sowie zum Erwerb geeigneten Baugeländes zur Herstellung solcher Wohnungen wird die Forderung von 4 Millionen Mark ebenfalls bewilligt. Abg. Singer regt bei dieser Gelegenheit an, daß die Regierung bis zur Verhandlung dieser Position im Plenum eine genaue Aufstellung der Zahl der Zimmer und der Höhe der Miete der Wohnungen in den mit Unterstützung des Reichs hergestellten Häusern vorlegen möge. Direktor Dr. Richter verspricht, daß die Regierung diesem Wunsch, der noch von mehreren anderen Abgeordneten bestritten wurde, nachkommen werde, falls es ihr in der kurzen Zeit möglich sein sollte.

Nächste Sitzung Dienstag: Marine-Etat.

Sociales.

Sittenpolizei und Polizeistellen.

Die Sittenpolizei ist in diesen Tagen reichlich elektrisch beleuchtet worden und sie hat in dieser Beleuchtung ein abschreckendes Bild geboten.

In Kiel wird ein anständiges Mädchen ohne jeden Grund unter Kontrolle gestellt und zur Beschaffung einer „polizeilich genehmigten Wohnung“ aufgefordert. Das Verhalten der Polizei wurde vom Gericht als unverschämter und skandalös bezeichnet. In Altona wird eine Frau wegen eines angeblichen, in Wirklichkeit nie vorgekommenen Betruges verhaftet und über eine Woche als geschlechtskranke Dirne behandelt, obwohl nicht die Spur einer Verurteilung dazu vorlag. In Weimar wird eine Dame unter dem Verdacht, eine Dirne zu sein, festgesetzt, weil sie Reformkleider trägt. In Bromberg wird eine zu Besuch amwesende Verkäuferin, weil sie in Gesellschaft von Verwandten in einem Restaurant „auffällig Bier getrunken“, verhaftet, mit Dirnen zusammen gesperrt, ärztlich untersucht und am Ende noch wegen

Widerstand vor Gericht gestellt. Sie mußte freigesprochen werden, weil sie in berechtigter Notwehr gehandelt hat.

Diese Fälle erschöpfen keineswegs das Register der sittenpolizeilichen Thaten und es soll durchaus nicht etwa der Anschein erweckt werden, als ob die Sittenpolizei früher harmloser gewesen sei. Ganz im Gegenteil: es liegt im Wesen der polizeilichen Allmacht und besonders im Wesen der Sittenpolizei, daß die Achtung vor der Persönlichkeit bei ihr keine oder nur eine geringe Rolle spielt, und Fälle wie die genannten sind hundertfach bekannt geworden; zahlreicher sind wahrscheinlich noch diejenigen Fälle, die nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen, weil die Betroffenen aus begrifflicher Scham die ihnen widerfahrne Mißhandlung geheim halten oder nicht den Weg wissen, auf dem sie an die Öffentlichkeit appellieren können.

Besonders kennzeichnend ist der erst vor einigen Tagen aus Breslau bekannt gewordene Fall. Die Polizei erhebt Einspruch gegen die Erteilung der Schamlosenzession an einen Mann mit der Begründung, daß seine Ehefrau vor Jahren unter polizeilicher Kontrolle gestanden habe, und der Mann kann nachweisen, daß man seine Frau, die damals noch ledig war, unter Anwendung strafbarer Drohungen zur Unterschrift des Sittenkontrollzettels gezwungen und sie ohne jeden Grund widerrechtlich jahrelang in den Kontrolllisten geführt hat. So erscheint die Sittenpolizei als der böse Geist anständiger Frauen, der Ruf und Ehre vernichten kann, und jede Frau mag zittern, daß sie nicht ein Opfer der Polizeiwillkür wird. . . .

Und gerade aus Breslau wird das Pendant dazu bekannt.

Gestern berichteten wir kurz, daß Genosse Bruhns in Breslau zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden sei, weil er die Polizei beleidigt habe. Bruhns hatte in seinem Platte über skandalöse Zustände in einer Gasse geschrieben, über die sich die Anwohner schon mehrfach beschwert hatten.

In nördlichen Teile dieser Gasse, nahe an der Ober und gegenüber dem alten Gemäuer des alten Schlachthofes, befindet sich in einem verwahrlosten, schiefen Häuschen die polizeiliche Untersuchungsstation, in der sich jeden Vormittag eine Anzahl Dirnen ärztlich untersuchen lassen müssen. Alle Vormittage, meist in der Zeit von 9—11 Uhr, sieht man die Unglücklichen einzeln durch die Gasse huschen und in dem alten Häuschen verschwinden. Sie aber sind es weniger, die für die Bewohner dieser Gegend eine so unangenehme Belästigung bilden, daß die Hausbesitzer nur schwer Mieter finden können, als vielmehr jene dunklen Existenzen, welche den Dirnen unvermeidlich folgen. In den Haushüren und an den Häusern drücken sich Jubälter herum, die ihrer von der Unterjochung kommenden „Schüchlinge“ harren, um von ihnen Geld zu erpressen. Besonders aber finden sich alle Morgen Händler und Agenten von Abzahlungsgeschäften in der Nähe der Anstalt ein, teils um mit den vorübergehenden Dirnen Geschäfte abzuwickeln, teils um Geld von jenen einzutreiben. In einer kleinen Restauration, schrägüber von dem verfallenen Häuschen, einem halbunklen, unwirklichen Lokal, das aber für seinen Inhaber eine Goldgrube zu sein scheint, stehen sie dichtgedrängt an der Thüre und lauern auf ihre Opfer. Wenn die von ihnen Erwartete die Thür der Kontrollstation verläßt, dann stürzt eine jener dunklen Gestalten einem Raubfisch gleich — so nennen sie sich auf einer an der Wand der Aneipe lebenden Anstaltskarte selbst — auf die armen Mädchen, um von ihnen Geld einzutreiben und, wenn sie keins erhalten, sich unter einer Flut unsfätiger Schmähungen wieder in ihre Höhle zurückzuziehen. . . .

Mindestens fünf Schuyleute standen in der Gegend Posten, trotzdem aber trieben die Agenten ungeniert ihr Handwerk; ja wir konnten beobachten, daß Schuyleute das oben erwähnte Lokal betreten und sich von den Agenten mit Schnaps traktieren ließen.

In der Gerichtsverhandlung bekundeten eine ganze Reihe Zeugen die Richtigkeit dieser Angaben über das löbliche Verhältnis zwischen Polizei und „Raubfischen“. Ein Händler gestand zu, daß er jährlich 50 bis 60 M. für die Schuyleute ausgegeben habe.

Der Gerichtshof erachtete den Wahrheitsbeweis als erbracht für die Behauptung, daß Ausschreitungen einzelner Beamten gegen Passanten und Anwohner vorgekommen sind. Es sei leider auch als wahr erwiesen, daß sich Schuyleute von den Agenten haben mit Bier und Schnaps traktieren lassen und daß ein gewisses gegenseitiges Verhältnis zwischen Schuyleuten und Agenten Platz gegriffen habe.

Die Verurteilung erfolgte nur, weil Bruhns auch behauptet hatte, die Schuyleute wären niemals gegen die Agenten eingegriffen; dieses Nichts konnte er natürlich nicht beweisen.

. . . Scheu huschen die Unglücklichen in die Untersuchungsstation; vielleicht verdankt die eine oder die andre der glücklichen Hand der Sittenpolizei ihr Schicksal. Die „Raubfische“ wissen sie dort zu treffen. Sie muß ja dahin. Und die „Schuyleute“ wachen, dann und wann eine Kerbenstärkung von den Raubfischen empfangend. . . . Der Sittenkommissarius am Anfang der Laufbahn, Raubfisch und Schuymann „im gegenseitigen Verhältnis“ am Ende. . . .

Zur Krankenversicherungs-Novelle hat der Verein der Dienstherren und Dienstangestellten an den Reichstag eine Petition gerichtet, die um Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf die Dienstboten bittet. Die Petition wird unterstützt von 46 hiesigen und andern deutschen Frauenvereinen mit zusammen ca. 75 000 Mitgliedern.

Die Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe in Königsberg i. P. umfaßt nach ihrem Statut vom 22. September 1896 die Buchdrucker-Gehilfen und alle im Buchdruckerergewerbe beschäftigten Personen. In einer Generalversammlung der Kasse am 31. März 1901 wurde beschlossen, daß die Kasse sich auch auf die im Zeitungs-Verlagsgeschäft thätigen Personen erstrecken sollte. Der Bezirksauschuß lehnte es aber ab, diese Statuten-Änderung zu genehmigen, und führte aus, daß die Kasse ihre Wirksamkeit nicht über das Buchdruckerergewerbe hinaus ausdehnen dürfe. Das würde geschehen, wenn sie, wie es der Beschluß thue, auch solche Angestellte des Zeitungsverlagsgeschäfts, die nicht unter das Buchdruckerergewerbe fielen, für ihre Mitglieder erkläre. Andreestis gehörten die im Zeitungsverlagsgeschäft thätigen Personen, die unter das Buchdruckerergewerbe fielen, ohne weiteres der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckergewerbe an. Im Streitfalle entscheide die Aufsichtsbehörde. Die Kasse legte hiergegen Revision beim Ober-Verwaltungsgericht ein und machte geltend, daß das Zeitungs-Verlagsgeschäft ein Teil des Buchdruckergewerbes sei. Das Ober-Verwaltungsgericht wies jedoch das Rechtsmittel mit der Begründung ab, daß die Generalversammlung einer Orts-Krankenkasse nicht eine Ausdehnung der ihr zugehörigen Mitglieder beschließen könne.

Zu den feinen Krankenkassen gehört auch, wie die „Münchener Post“ schreibt, die Union, Krankenkasse für ganz Deutschland, mit dem Sitz in Hannover. Generalvertreter für München ist Herr Oskar Waidelich. Am 21. Dezember erkrankte das Mitglied G. in München und hatte an Krankengeld für 17 Tage a 2 M. = 34 M. zu fordern. Die vorgeschriebenen Belege wurden eingefandt. Allein Krankengeld ist bis jetzt noch nicht eingetroffen. Auf eingeschriebene Briefe giebt der Vorstand keine Antwort. Der Generalvertreter erklärt, daß er außer Stande sei, die Sache regeln zu können. Auch vor der Krankenkasse Union wird hiermit gewarnt.

Ueber die Zulässigkeit medizinischer Eingriffe ist den Kliniken und Polikliniken der beiden Landesuniversitäten und den Krankenanstalten in Baden seitens der Regierung folgende Anweisung zugegangen:

I. Die Vorsteher der Kliniken, Polikliniken und sonstigen Krankenanstalten werden darauf hingewiesen, daß medizinische Eingriffe zu

andern, als diagnostischen, Heil- und Immunisierungszwecken, auch wenn die sonstigen Voraussetzungen für die rechtliche und sittliche Zulässigkeit vorliegen, doch unter allen Umständen zu unterbleiben haben, wenn

- 1. es sich um eine Person handelt, die noch minderjährig oder aus andern Gründen nicht vollkommen geschäftsfähig ist,
2. die betreffende Person nicht ihre Zustimmung zu dem Eingriffe in unabweisbarer Weise erklärt hat,
3. dieser Erklärung nicht eine sachgemäße Belehrung über die aus dem Eingriffe möglicherweise hervorgehenden nachteiligen Folgen vorausgegangen ist.
II. Zugleich wird bestimmt, daß
1. Eingriffe dieser Art nur von dem Vorsteher selbst oder mit dessen Ermächtigung vorgenommen werden dürfen,
2. bei jedem derartigen Eingriffe die Erfüllung der Voraussetzungen zu I Nr. 1 bis 3 und II Nr. 1, sowie alle näheren Umstände des Falles auf dem schriftlichen Krankenbericht zu vermerken ist.

III. Die bestehenden Bestimmungen über medizinische Eingriffe zu diagnostischen, Heil- und Immunisierungszwecken werden durch diese Anweisung nicht berührt.

Verfammlungen.

Stralsund. Am Sonntag tagte hier eine Versammlung der hiesigen Zahlstelle des Verbandes der Glasarbeiter, welche sich hauptsächlich mit dem Antrage des Centralvorstandes an die diesjährige Generalversammlung betreffs Erhöhung der Beiträge beschäftigte. Zur Begründung des Antrags hatte der Vorsitzende des Verbandes, E. Gierbig, das Referat übernommen.

Arbeiter, die sich durch irgend etwas nützlich gemacht haben, einfach von der Arbeit auf deutschen Ringblättern auszuschließen. Besonders schätzte Redner das brutale Vorgehen der Firma Aktien-Gesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens in Dresden, welche auch in Berlin ein großes Absatzgebiet hat.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 6. März. Anfang 7 1/2 Uhr: Oberhaus, Lammhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg. Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.

Schiller O. (Wallner-Theater). Das zweite Gesicht. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Wohlthätige Frauen.

Central-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr. Komik: Gräfin Pepi. Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.

Luisen-Theater. Anfang 8 Uhr. Benefiz für Bild-Kreisgenossen. Zum erstenmal: Preciosa.

Residenz-Theater. Direction: Sigmund Lautenburg. Abends 7 1/2 Uhr: Lutti (Louie).

Apollo-Theater. Heute 8 Uhr: Frau Luna. Um 9 1/2 Uhr: Die neuen Specialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.

Bernhard Rose-Theater. Badstraße 58. Freitag, den 6. März 1903: Der Jongleur.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Durch Wald und Flur. Im Hörsaal um 8 Uhr: Professor Dr. Müller: Die Gesamtleistung der Pflanzenwelt.

Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62. Castans Panoptikum. Friedrichstr. 165.

Passage-Theater. Anfang Sonnt. 3, Wochent. 5, Ende 11 Uhr. Sensation. sportliches Ereignis! Boxkampf.

Thalia-Theater. Dresdenerstraße 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr: Der Cameliën-Onkel. Morgen und folgende Tage: Der Cameliën-Onkel.

Belle-Alliance-Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Am Telephon. Cupido & Co. Metropol-Theater.

Palast-Theater. Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast. Ren einstudiert! Die Gräfin von der Nadel.

Grandioses Ballett. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. Sonnabend, den 7. März: Letzter Metropol-Theater-Ball.

Bernhard Rose-Theater. Badstraße 58. Freitag, den 6. März 1903: Der Jongleur.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.

Bernhard Rose-Theater. Badstraße 58. Freitag, den 6. März 1903: Der Jongleur.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Das zweite Gesicht. Sonnabendabend 8 Uhr: Das zweite Gesicht.

Casino-Theater. Köhleringstr. 37. 9 1/2 Uhr: Berliner Herzen. Anfang Sonnt. 7 1/2 Uhr: Eric Liebe u. Dazw. Auftreten famill. Specialitäten.

Die Notbrücke. Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröjan und Francis de Croisjet. Anfang 8 Uhr. Sonntag 3 Uhr: Die Liebesschaukel.

Buntes Theater. Köpnickstrasse 68. Anfang abends 8 Uhr. Jugend. (Parkett 1,60 M.) Kleines Theater. Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr.

Nachtasyl. W. Noacks Theater. Direction: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Große Extra-Vorstellung: Der Jongleur.

Steidl-Theater. Lindenstr. 132. Dramen-Opern-Theater. Unser Kakelnest. Täglich: Nachmittags 4 Uhr: Cirkus-u. Affentheater.

WINTERGARTEN. Vollständig Neues Programm: Humberty, Jongleur. Harry Atkinson, Imitator. She, die 4 Elemente.

Gratweils Bierhallen. Theater u. Variété. Kommandanten-Str. 77/79. Direction: Carl Haverland. Täglich: Gr. Vorstellung.

Genossenschafts-Bäckerei 'Vorwärts' (E. G. m. b. H.) in Liquidation. Bilanz am 31. Januar 1903. Activa. Passiva.

Genossenschafts-Bäckerei 'Vorwärts' (E. G. m. b. H.) in Liquidation. Bilanz am 31. Januar 1903. Activa. Passiva.

Genossenschafts-Bäckerei 'Vorwärts' (E. G. m. b. H.) in Liquidation. Bilanz am 31. Januar 1903. Activa. Passiva.

Frische Blut- und Leber-Wurst.

Jed. Freitag von mittags an: in bekannter tadelloser Qualität. Rich. Augustin, Lindenstr. 69.

30% boquem zu ersparen, wer in der bekannten Tuchfabrik-Niederlage Koeh & Seeland.

Alle Gummiwaren! Irrigatorbocher . 0,45. Irrigator Kompl. 0,90. Gummi-Unterlagen.

Tuchstoffe. Paletotstoffe - Cheviots. Reste spottbillig. Molkenmarkt 12-13.

Hühneraugen. Schmerzlos und gründlich binnen 3 Tagen mit dem Hühneraugentod.

Hühneraugen. Schmerzlos und gründlich binnen 3 Tagen mit dem Hühneraugentod.

Hühneraugen. Schmerzlos und gründlich binnen 3 Tagen mit dem Hühneraugentod.

Hühneraugen. Schmerzlos und gründlich binnen 3 Tagen mit dem Hühneraugentod.

Hühneraugen. Schmerzlos und gründlich binnen 3 Tagen mit dem Hühneraugentod.

Hühneraugen. Schmerzlos und gründlich binnen 3 Tagen mit dem Hühneraugentod.

Hühneraugen. Schmerzlos und gründlich binnen 3 Tagen mit dem Hühneraugentod.

Socialdemokrat. Wahlverein. I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Nachruf. Am 1. März verstarb das Mitglied Rudolph Unger.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Mitglied Friedrich Schulze am 3. März verstorben ist.

Kranken- und Sterbekasse der Berliner Hausdiener. Eingeliegebene Mitgliedschaft 61. Nachruf. Am 23. Februar starb unser langjähriges Mitglied August Franzke.

Danksagung. Für die große Teilnahme u. Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines ungeliebten Balers Wilhelm Bernsee.

Danksagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere den werthen Kollegen vom Centralverband der Maurer Deutschlands meinen innigsten Dank.

Orts-Frankenkasse der Tabakfabrik-Arbeiter. Beynestr. 3. 271/10. In der Wohnung des Kassensührers Herrn F. W. Engel.

Charlottenburg. M. Scherberg 1883. Uhrenmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen.

Möbel auf Teilzahlung. Hugo Lewent's Wwe., Chausseestr. 82. Band 2 Mark.

Herren-Kragen. reinleinen, garantiert 4fach, verschiedene Facons in allen Weiten, Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.

Brikets billiger! Kessel-Brikets (Stroh) etc. von 60 Pf. an, ohne 75 Pf. Walther & Kluge, Greifswalderstr. 221.

Brikets billiger! Kessel-Brikets (Stroh) etc. von 60 Pf. an, ohne 75 Pf. Walther & Kluge, Greifswalderstr. 221.

Brikets billiger! Kessel-Brikets (Stroh) etc. von 60 Pf. an, ohne 75 Pf. Walther & Kluge, Greifswalderstr. 221.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung vom Donnerstag, den 5. März, 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Rheinbaben. Eine Reihe kleinerer Etats werden debattelos erledigt. Beim Etat des Bureau des Staatsministeriums macht

Abg. v. Pappenheim (L.) darauf aufmerksam, daß in jeder Session eine Reihe von Beschlüssen des Hauses, Resolutionen und Petitionen unerledigt bleiben, indem vom Regierungstisch eine dilatorische Auskunft, „es schweben noch Erwägungen“ usw. erfolgt. Ueber das definitive Schicksal dieser Petitionen hört man dann nichts mehr. Dadurch wird das Petitionsrecht des Hauses erheblich eingeschränkt.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Es hat der Regierung vollkommen fern gelegen, das Haus im Unklaren über den Erfolg seiner Beschlüsse zu lassen. Ich bin gerne bereit, im Staatsministerium den Wunsch der Herren zu vertreten. (Bravo!)

Der Etat wird hierauf bewilligt. Es folgt der Etat der Verwaltung der direkten Steuern.

Abg. v. Eymern (natl.) betont die Notwendigkeit einer Reform des Einkommensteuer-Gesetzes unter Hinweis auf ein Buch des Senatspräsidenten Justizling.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Ich erkenne an, daß das Buch des Herrn Senatspräsidenten Justizling zum Teil wertvolle Vorschläge zur Reform des Einkommensteuer-Gesetzes enthält. Ich muß mich aber doch gegen einzelne Vorschläge und Bemerkungen des Buches wenden, so vor allem gegen den Vorschlag, die Einkommensteuer erst bei Einkommen von 1500 M. statt wie bisher von 900 M. beginnen zu lassen. Das würde einen Ausfall für die Finanzen von 21 Millionen bedeuten. Es bildet sich auch immer mehr das Gefühl heraus, daß der einzelne Bürger wohl Rechte hat aber keine Pflichten gegenüber dem Staat. Ich brauche nur zu erinnern an die ständig sich steigenden Ansprüche der Veteranen an Versorgung. Wer so viel Wohlthaten genießt, hat auch die Pflicht, einen kleinen Beitrag an den Staat zu leisten. Besonders geschädigt würden die Gemeinden, wenn sie diese Einkommen nicht besteuern dürften, denn sie leiden jetzt schon unter den großen Ausgaben für Schulen usw., die auch den unteren und mittleren Schichten zu Gute kommen. In Bezug auf die Art der Veranlagung wird vielleicht zu erwägen sein, ob man nicht dem einzelnen schon bei der Veranlagung eine Art Einspruchsrecht gewährt, so daß der Cenfit nicht verpflichtet ist, erst an die Veranlagungskommission zu gehen. Mit Herrn Justizling bin ich auch darin einverstanden, daß man erwägen könnte, die Abzüge für minderjährige Kinder auch bei Vermögen über 3000 M. eintreten zu lassen. Entschieden zurückweisen muß ich dagegen den Vorwurf, daß die Landräte als Vorsitzende der Veranlagungskommission, weil sie zugleich politische Beamte sind, eine übertriebene Neigung zur Fiskalität und politische Voreingenommenheit gegenüber den Cenfiten zeigen. Eine solche ungewissermaßen Auffassung ist mir noch nicht entgegengetreten. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß die Tätigkeit der ehrenamtlichen Mitglieder der Veranlagungskommission eine Form ohne Inhalt ist. Der Staat ist diesen Männern für ihre selbstlose Arbeit vielmehr zu Dank verpflichtet. Ein Beweis für die Bedeutung ihrer Tätigkeit ist, daß 95 Prozent ihrer Vorschläge ohne weiteres von dem staatlichen Veranlagungs-Kommissar übernommen wird. Herr Justizling behauptet auch, daß die Verteilung der Steuer der Ausbreitung der Socialdemokratie Vorhieb leiste. Die ganze Tendenz des Gesetzes geht aber dahin, die Großen heranzuziehen und die mittleren und kleinen Leute zu entlasten, und diese Tendenz ist auch erreicht. Es ist unbedeutend, daß Herr Justizling das ganze Veranlagungssystem beurteilt, während doch von 3 Millionen Veranlagungen nur 6000 Beschwerden an das Ober-Verwaltungsgericht gehen, von denen vielleicht die Hälfte berechtigt ist. Man soll die Vorzüge des Gesetzes anerkennen, das sind wir dem Andenken des Herrn Miquel schuldig. Mängel die uns nachgewiesen werden, werden wir stets aus das erste prüfen und eventuell beseitigen. Ich warne aber dringend davor, eine Reform des Einkommensteuer-Gesetzes zu überstürzen. (Bravo!)

Abg. v. Arnim (L.): Der Herr Finanzminister würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er für die nächste Session eine Novelle zum Einkommensteuer-Gesetz einbringen wollte.

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.): Das Andenken des Herrn v. Miquel muß gewiß hochgehalten werden, aber es sieht doch fest, daß Miquel nicht der Vater des Gesetzes ist. Die Beschwerden über die Härten des Gesetzes sind viel größer als es den Anschein hat, alle Beschwerden kommen nicht zur Kenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts. Notwendig ist auch vor allem eine Revision des Gewerbesteuer-Gesetzes. Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Gewerkschaften nicht so mit Steuern belastet würden wie bisher. Sie werden dadurch in ihrer Entwicklung sehr behindert. Den Kredit-Gewerkschaften wird durch die Rechtsprechung des Ober-Verwaltungsgerichts der Creditverkehr unmöglich gemacht.

Abg. Risch (L.) wünscht, daß die Gemeindesteuern und Gewerbesteuern abzugsfähig gemacht werden. Auch die Anlagen, welche die Reichstags-Abgeordneten in Berlin haben, müßten abzugsfähig sein, solange keine Diäten werden.

Finanzminister Rheinbaben: Die Staatssteuer ist ein Hoheitsrecht und der Staat braucht es sich daher nicht gefallen zu lassen, daß die Gemeindesteuern von der Staatssteuer abgezogen werden. Wir würden dann auch vollkommen abhängig sein von der Wirtschaftlichkeit oder Unwirtschaftlichkeit der einzelnen Gemeinden.

Abg. Schmitz-Düffeldorf (L.): Für die kleinen und mittleren Leute bedeutet die Steuerreform eine große Entlastung, sie sind gerade zufriedener geworden, während sich die Unzufriedenen vielmehr in den Kreisen derer finden, die von der Steuer befreit sind. Ich habe das Buch des Herrn Justizling mit wachsendem Interesse gelesen. Sein Vorschlag, die Einkommen bis 1500 M. steuerfrei zu lassen, ist ganz unbedenklich. Die einzigen, die keinen Vorteil von der Steuerreform gehabt haben, sind die Grundbesitzer. Sie sind von den Gemeinden über das Maß hinaus zu Steuern herangezogen worden. Diesem Bestreben der Gemeinden ist die Regierung nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten. — Die Einkommen von mehr als 100 000 M. müßten mit über 5 Proz., die Einkommen über 50 000 M. mit über 4 Proz. besteuert werden, dann wäre es auch möglich, die Gemeindesteuern abzugsfähig zu machen. Ich hoffe, daß im nächsten Jahre aus eine Novelle zum Einkommensteuer-Gesetz vorgelegt werden wird.

Abg. Frhr. v. Jellby (L.) ist mit dem Gedanken der Abzugsfähigkeit der Gemeinde-Abgaben einverstanden. Es sei überhaupt wünschenswert, daß die Grenze der Abzugsfähigkeit erweitert würde. Speziell die Deliktisten sollten als abzugsfähig erklärt werden. Im allgemeinen sollte man Wünsche, die Nebenausgaben oder Winderahmen zur Folge haben müssen, zurückstellen. Eine Reform der Einkommensteuer sei vielleicht nach der Richtung durchzuführen, daß sowohl von der Einkommensteuer als der Vermögenssteuer erhoben wird, als zur Balancierung des Etats nötig ist. Etwaige Zuschläge würden schon den Erfolg haben, daß es z. B. von einer Verbilligung der Personalarie auf der Eisenbahn still werden würde.

Abg. Dr. Sattler (natl.) begrüßt den Abg. Frhr. v. Jellby als beliebigen Paulus, der plötzlich einer Qualifizierung der Einkommensteuer das Wort geredet habe.

Der Rest des Etats wird ohne wesentliche Debatte genehmigt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben empfiehlt dem Hause die Vorlage zur Annahme, die 12 Millionen fordert. Die Verwendung zu dem gedachten Zweck sei empfehlenswert im Hinblick auf die guten Erfahrungen, die mit den bisher aufgewendeten 32 Millionen gemacht seien. Die Beamten und Arbeiter wählten die Wohlthaten des Gesetzes schon voll zu würdigen. Sie schlossen sich immer mehr zu Verbänden zusammen, um der Wohlthaten teilhaftig zu werden.

Abg. Wolff-Biebrich (natl.) fragt an, ob Baugenossenschaften Gelder aus den in Frage stehenden Fonds erhalten können, deren Mitglieder nicht nur aus Beamten bestehen.

Minister Frhr. v. Rheinbaben erwidert, aus den Motiven geht schon hervor, daß es genüge, wenn ein größerer Teil der Mitglieder dieser Genossenschaften Beamte seien.

Die Vorlage wird nach längerer unwesentlicher Debatte der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die Interpellation des Abg. Graf v. Wartensleben (L.) über die Pfarrergehälter in der Provinz Sachsen.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Kultusetat.)

Schluss 4 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Der „Fall Exner“.

Leipzig, den 5. März 1903.

Im Laufe der heutigen Verhandlung berichtet zunächst der als Zeuge vernommene Rechtsanwalt Dr. Lehme-Leipzig über die schlageliegenden Verhandlungen der Hauptgläubiger der Leipziger Bank vom 26. Juni 1901 und sodann Zeuge Rechtsanwalt Dr. Rosenthal-Leipzig über die am 3. Juli 1901 in Basel abgehaltene Konferenz, bei welcher der Status der Treber-Gesellschaft geprüft wurde und Schmidt allerhand Ausflüchte machte. Für ein Schuldkonto von 13 bis 14 Millionen habe Schmidt keine Befehle beigebracht und schließlich in einem längeren raffinierten Erpose die Ausflüchte des Konfurs der Treber-Gesellschaft geschickt. Die Frage einer Rekonstruktion der Treber-Gesellschaft wurde von dem Ergebnis der genauen Prüfung des Sekretärs Bulbe abhängig gemacht; Schmidt lehnte dieselbe jedoch ab und äußerte plötzlich strafrechtlich Bedenken bezüglich der Konfursanmeldung. Zeuge erklärt, er habe den Eindruck gehabt, daß Schmidt den Gläubigern die Pistole auf die Brust setzen wollte. In der darauf folgenden Nacht sei Schmidt entflohen. Auf Befragen erklärt Dr. Rosenthal weiter, er habe Schmidt sofort als unlauteren Charakter erkannt. Sachverständiger Bankdirektor Herrmann bestätigt die Aussagen Dr. Rosenthals über die Basler Konferenz vom 3. Juli 1901. Schmidt habe damals nur Zeit zur Flucht gewinnen wollen. Der Zeuge habe damals vergeblich den Wunsch geäußert, Schmidt solle überbracht werden.

Exner erklärt, die Bank habe im Mai und Anfang Juni 1901 so ruhig gearbeitet, daß Direktor Gensch auf Urlaub gehen konnte. Da trat der Zusammenbruch der Dresdener Kreditanstalt für Industrie und Handel ein. Die Leipziger Bank beteiligte sich an der Hilfsaktion mit 500 000 M. Als aber die Allgemeine Deutsche Kleinbahn-Gesellschaft Berlin in Schwierigkeiten geriet, trat Richter aus dem Vorstand aus; er begann Respektionen gegen die Akte der Leipziger Bank, insbesondere seitens der Reichsbank und der Sächsischen Bank gegen Treberwechsel. Gensch wurde daher zurückberufen. Der Aufsichtsrat trat zusammen und beschloß, in Berlin Hilfe für die Abnahme der Wechsel nachzusuchen. Exner schildert die ergebnislosen Verhandlungen mit der Deutschen Bank und andern Firmen und bemerkt, Direktor Koch von der Deutschen Bank habe die sofortige Erziehung einer Filiale in Leipzig, um die Grundhaft der Leipziger Bank zu stützen, in Aussicht gestellt, aber ihm geraten, die Massen zu schließen und ein beruhigendes Communiqué zu erlassen. Dies sei geschehen. Auf Befragen erklärt Exner, an den verschiedenen Hilfsaktionen habe die Leipziger Bank nicht zur Wahrung ihres Renommee teilgenommen, sondern weil sie sich stark genug dazu fühle. Hierauf gelangt Exners Entwurf für Herstellung einer Interessengemeinschaft zwischen der Deutschen Bank und der Leipziger Bank zur Verlesung.

Vor Eintritt in die Mittagspause erklärt der Vorsitzende, er hoffe, die Verweidung heute zu beenden und mit den Plaidoyers morgen zu beginnen. Verteidiger Justizrat v. Gordon fragt sämtliche Sachverständigen, ob die Bücher der Leipziger Bank so geführt waren, daß ein sachverständiger Dritter jederzeit, besonders bei der Kontrolleröffnung, einen richtigen Einblick in den Vermögensstand gewinnen konnte. Sachverständiger Herrmann erkennt die Durchführung im allgemeinen technisch als musterhaft an, vermüßt aber kaufmännische Durchsichtigkeit.

Wirtschaftliches aus Venezuela. Nach der Aufhebung der Blockade der venezolanischen Häfen dürfte schon in kürzester Zeit wieder sich dort ein reger Handelsverkehr entwickeln, denn es lagerten bereits große Mengen von Waren in Curacao und St. Thomas, die nun schiffsmäßig herangefahren werden. Die Eile ist um so notwendiger, als es bereits vor drei Wochen in den Städten am Notwendigen fehlte. Es gab kein Mehl und deshalb kein Brot mehr. Die Gasbeleuchtung mußte eingestellt werden und auch der Vorrat an Petroleum ging zu Ende.

In La Guaira wurden im Jahre 1902 mit Ausfuhr der Kohlen 20 614 Tonnen Ladung eingeführt gegen 35 475 Tonnen im Jahre vorher. Die amerikanischen Schiffe waren mit 11 000, die deutschen mit 5000 Tonnen am meisten an dieser Einfuhr beteiligt. Engländer, Franzosen, Spanier und Holländer brachten nur kleinere Mengen. Die Ausfuhr ist im Gegensatz zur Einfuhr 1902 etwas größer geworden. An Kaffee wurden 120 000 Sack ausgeführt (1901: 121 000), von denen allein die Hamburg-America-Linie 58 000 Sack beförderte. An Kakao wurden 112 000 Sack verschifft (1901: 71 000).

Die belgische Glasindustrie wird zur Zeit von einer schweren Krise heimgegriffen. Die Glashütten von Mariemont und Neumont haben ihre Oefen ausgedöhnt und ihre Aborte geschlossen; auch in der Umgebung von Charleroi haben mehrere Fabriken ihren Betrieb eingestellt. Die Unternehmer wollten die Löhne um 15 Proz. herabsetzen und glaubten dadurch über die Krisis hinwegzukommen; darauf gingen die Arbeiter, die über eine sehr alte und straffe Organisation verfügen, nicht ein. Als das beste Mittel, die Preise hochzuhalten, schlugen die Arbeiter vielmehr vor, eine Einschränkung der Produktion einzutreten zu lassen, ohne aber die Löhne zu kürzen. Darauf erfolgte Schließung einer Reihe von Betrieben, durch welche mehrere Hundert Arbeiter arbeitslos geworden sind.

Berliner Arbeitsmarkt. Nach dem Bericht des Centralvereins für Arbeitsnachweis zu Berlin betrug im Februar die Zahl der arbeitsuchenden Personen 3408, von Arbeitgebern wurden verlangt 2325 Personen, Arbeit fanden 1083 Personen.

Zur Lage des rheinisch-westfälischen Eisenmarktes berichtet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in ihrem Situationsbericht für den Monat Februar:

„Die Lage auf dem Eisenmarkt hat sich auch im verfloffenen Monat weiter gebessert und es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob die Ende vorigen Jahres eingetretene Vellebung für die Eisen- und Stahlindustrie den Beginn einer neuen günstigen Epoche bedeute. Dazu kommt, daß auch von Amerika über den Stand und die Aussichten des Geschäfts lebhafte wieder recht zuverlässige Berichte eingehen, so daß man hoffen darf, daß der von dort her befürchtete Rückschlag in absehbarer Zeit nicht eintreten wird. Es laufen auch von jenseits des Ozeans noch fortgesetzt ganz bedeutende Aufträge auf deutsches Material, namentlich Kolben, Halbzeug und Schienen ein; die dafür gebotenen Preise bewegen sich vielfach über dem Durchschnitt der bei den letzten Verkäufen erzielten Erlöse, vereinzelt werden sogar Preise bewilligt, z. B. für einen jüngst geistigten

Kolben-Abfluß, die sich unter Berücksichtigung der Ausfuhr-Beihilfen und des Wegfalls der Syndikatsabgaben eine Kleinigkeit höher stellen als die Inlandspreise. Die Beschäftigung der meisten Werke ist eine recht flotte; einzelne große Betriebe sind in verschiedenen Kreisen für die nächsten Monate sogar ebenso gut besetzt, wie in der besten Zeit der Hochkonjunktur und können Aufträge darin für das erste Semester überhaupt nicht mehr annehmen. Aber auch die übrigen Werke haben heute durchweg so viel Arbeit vorliegen, als sie zur Durchführung eines einigermaßen regelmäßigen Betriebs brauchen. Die Spezifikationen auf die abgeschlossenen Mengen gehen zufriedenstellend ein, ein Zeichen dafür, daß die Ware zum direkten Verbrauch und nicht zur Komplettierung der Lager dient.“

Die Handelsbilanz Italiens für das Jahr 1902 ergab folgendes Resultat: Die Einfuhr betrug 1774 Millionen Frank, der Export 1472 Millionen; die Einfuhr war um 55,7 Millionen, die Ausfuhr 97,9 Millionen gegen das Vorjahr gestiegen. In diesen Ziffern nicht eingerechnet ist die Einfuhr und Ausfuhr von Gold und Münzen.

Oberlehrer Walzwert-Verband. In der heute in Weidau abgehaltenen Versammlung des Oberlehrerischen Walzwert-Verbandes wurde die Verkaufsstelle beauftragt, weitere Verkäufe mit einem Preisauflage von 5 Mark pro Tonne gegen das Preisniveau des ersten Quartals zu bewirken. Der Beschäftigungsgrad in den letzten Monaten hat eine neunundzwanzigste Erhöhung erfahren.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der paritätische Arbeitsnachweis für das Buchbindergewerbe ist durch Beschluß einer am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung der Berliner Zahlstelle des Buchbinder-Verbandes eingeführt worden. Der Vorsitzende Bräuner, der das Referat hielt, hält es für vorteilhaft und namentlich auch im Interesse der Tarifgemeinschaft gelegen, den paritätischen Arbeitsnachweis einzuführen, wenn festgelegt wird, daß nur zu Tariflöhnen Arbeit vermittelt wird und daß die Arbeitgeber sich verpflichten, auf keine andre Weise als durch den Nachweis Arbeitskräfte einzustellen. Diese beiden Bedingungen sind in dem vorliegenden Entwurf zum Reglement erfüllt. Zur Teilnahme an dem paritätischen Arbeitsnachweis haben sich bis jetzt von den Arbeitgeber-Organisationen folgende endgültig bereit erklärt: Die Berliner Buchbinder-Jung, der Verband Berliner Buchbindermeister und die Vereinigung von Buchbindermeister des Geschäftsbücherfaches; auch die Vereinigung Berliner Kartonfabriken und die Vereinigung Chromolithographischer Anstalten werden sich dem anschließen. „Der paritätische Arbeitsnachweis für das Buchbindergewerbe und verwandter Gewerbe zu Berlin wird dem Centralverein für Arbeitsnachweis angegliedert. Zwei Mitglieder dieses Centralvereins fungieren als Vorsitzende und bilden zusammen mit 5 Vertretern der Arbeitgeber und 5 Vertretern der Arbeitnehmer und deren Erfahrmännern das Kuratorium, welches die Verwaltung und Beaufsichtigung des Nachweises ausübt. — Nach kurzer Diskussion wurde folgender Beschluß gegen 2 Stimmen angenommen:

„Die Versammlung giebt den Verhandlungen, die bis jetzt zur Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises stattgefunden haben, ihre Zustimmung und beauftragt die in das Kuratorium zu wählenden Vertreter mit der Führung der weiteren Geschäfte.“

Als Arbeitsvermittler für den paritätischen Arbeitsnachweis wurde Wtomski gewählt. Das Gehalt des Arbeitsvermittlers wurde auf 1900 Mark festgesetzt. In das Kuratorium wurden gewählt: Bräuner, Bergmann, Jost, Frau Schewin und Albert Hoffmann; als Stellvertreter: Friederici, Schade, Schiffe, Haberstroh und Wäcker.

Der Zweigverein Berlin des Maurer-Verbandes hat einen Jahresbericht für 1902 herausgegeben, dem wir folgendes entnehmen: Der frühere lose Zusammenhang der 22 im Wohngebiet Berlin und Umgegend bestehenden Zahlstellen des Verbandes hat sich durch den Beschluß des sechsten Verbandstages zur einheitlichen und festen Organisation, verdichtet, in dessen erweiterten Vorstand alle Sektionen vertreten sind. Damit ist erreicht, daß die Mitglieder in den gesamten Bezirken und Specialbezirken sündig auf dem Laufenden gehalten werden und zu allen Fragen von Bedeutung Stellung nehmen können. Ohne Zweifel hat dieses System der Organisation großen Nutzen gebracht. In den letzten Jahren sind die Berliner Maurer zweifellos ein gewerkschaftlicher Machtfaktor geworden, mit dem die Unternehmer dauernd zu rechnen haben werden. Während vor zehn Jahren nur 98 Mitglieder gezählt wurden, betrug der Mitgliederbestand am letzten Jahresabschluss 8005. In den Monaten Juni und Juli haben hier infolge der unerwartet günstigen Baukonjunktur wohl an 2000 Maurer mehr gearbeitet wie sonst, wodurch die von Streiks heimgegriffenen auswärtigen Orte wesentlich entlastet wurden. Infolge der Aussperrung wegen der Kaiserfeier waren 1143 Kollegen insgesamt 3023 Tage arbeitslos; trotzdem dürfte die künftige Beteiligung an der Kaiserfeier eher größer als geringer werden. Zum erstenmal beteiligte sich die Organisation an der Wahl zum Jurungs-Schiedsgericht und erzielte einen durchschlagenden Erfolg, was um so mehr ins Gewicht fällt, als in Berlin circa 370 Jurungsmeister vorhanden sind, die bisher bei Ausübung von Ungerechtigkeiten gerichtlich nicht zu fassen waren. Mit dem „Bund der Maurerpolierer“ war bereits ein Vertrag abgeschlossen, der das Verhältnis zwischen ihnen und den Gesellen in halbwegs vernünftiger Weise dergestalt regeln sollte, daß sie ihre Zwitterstellung zwischen Unternehmer und Arbeiter fernerhin nicht immer zu Ungunsten der letzteren ausnutzen. Die Polizei sind von den Vereinbarungen jedoch wieder zurückgetreten. Ein Antrag an den Berliner Magistrat, daß die für das Maurergewerbe durch Vertrag festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen auch von der städtischen Bauverwaltung anerkannt werden möchten, ist von demselben nach reichlich drei Monaten ohne jede Begründung abgelehnt worden, was die Organisation jedoch nicht hindern wird, neue Anträge in dieser Hinsicht zu stellen. Die Richter-Kommission hat im verfloffenen Jahre acht Sitzungen abgehalten, die mit Ausnahme der Kanalisations-maurer-Angelegenheit zu gegenseitiger Zufriedenheit verlaufen sind. Die Verhandlung hatte 464 Angelegenheiten auf Wauten zu erledigen, dabei handelte es sich in 141 Fällen um Nachregelungen, in 65 Fällen um Nichtannahme der vertraglichen Arbeitszeit, in 42 Fällen um Lohnfreistellungen. Bezüglich der Mißstände auf Bauten, also Wabude, Abort, Nahrungfrage usw. mußte 88 mal eingegriffen werden; 80 Fälle wurden davon sofort geregelt, 6 durch die Schlichter-Kommission und 2 durch die Berufs-gewerkschaft. In 26 Fällen wurden 247 Kollegen durch Accord-maurer bedrängt. Wegen Streiks anderer Verufe und wegen Ausschens und Mangel an Material mußten 28 Fälle untersucht werden. Insgesamt wurde in 75 Fällen der Arbeitgeber-Bund um Befreiung verschiedener Mißstände angegangen. Die Auslastung über Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Angelegenheiten weist eine stetig steigende Tendenz auf. Klagen, Verzinsungen, Rekurse usw. sind 54 ausgefertigt worden, abgesehen von den vielen mündlichen Auskünften. Bankkontrollen wurden zweimal vorgenommen und zwar im Mai und November. Hierbei stellte sich heraus, daß circa 900 Maurer bereits einen höheren als den tarifmäßigen Stundenlohn von 65 Fernig erhielten. Gerügt wurde, daß eine Anzahl Kollegen über die festgesetzte Arbeitszeit hinaus arbeiteten. Auf 28 Bauten mit 378 Maurern wurde die Arbeit in Accord ausgeführt. Die Einnahme der Zweigvereinskasse belief sich auf 330 041,60 M., der eine Ausgabe von 209 225,27 M. gegenübersteht. Davon wurden gezahlt für Sterbe-Unterstützung 5355 M., für Nachregelungen usw. 24 049,50 M., an den Hauptverband abgeführt 120 886,45 M. Es verbleibt ein Kasienbestand von 121 716,38 M.

Zur beendeten Aussperrung der Tischler teilt uns der örtliche Vorsitzende des Sattlerverbandes, Semle, mit, daß die Angaben, welche uns die Fabrikanten-Vereinigung zugehen ließ, doch nicht stimmen. Genosse Semle schreibt: „Es ist festzustellen, daß von 21 unterschrieben zustimmenden Firmen nicht 20, wie berichtet wurde, sondern 16 die Aussperrung wahr machten. Vielleicht wollten die Herren nach außen ihre Einigkeit dokumentieren, die in Wirklichkeit nicht vorhanden war.“

Deutsches Reich.

Bei der Wahl zum Gewerbeamt Leipzig-Stadt, die am Dienstag stattfand, wurden für die vom Gewerkschaftsrat aufgestellte Liste der Arbeitnehmer 8904 Stimmen abgegeben. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt. Im Jahre 1900 wurden auf die Liste des Gewerkschaftsrats 8104 Stimmen abgegeben, während 396 Stimmen auf eine Liste der Hirsch-Dumderßen fielen.

Die Brauerei-Arbeiter von Leipzig und Umgegend haben den Unternehmern unter anderem folgende Forderungen eingereicht: Der Wochenlohn beträgt für Brauer, Mälzer, Maschinenisten und Handwerker 28 M., für Feiger und Hilfsarbeiter im Maschinenbetriebe 25 M., für Bierfahrer 24 M. Diese Sätze sind Anfangslöhne, die in vier Jahren um je 4 M. steigen. Kellerer-, Hof- und Hilfsarbeiter über 20 Jahre erhalten 21—25 M., solche unter 20 Jahren und weibliche Arbeitskräfte 18—21 M. Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen nicht beschäftigt werden. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, wo die Betriebsverhältnisse eine solche nicht zulassen, tritt Schichtwechsel, nicht über 8 Stunden, ein. Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage. Der § 816 des Bürgerlichen Gesetzbuches darf nicht ausgeschlossen werden. In jedem Jahre ist ein Urlaub von 3—7 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren.

Der Ausstand in den Lausitzer Maschinenfabriken in Mannheim ist beigelegt worden. Die Firma hat die Kontrolluhren für die Accordarbeit zurückgezogen, ebenso die Aussperrungsdrohungen, mit denen sie die Arbeiterschaft für den seit acht Tagen dauernden Ausstand der Kesselschmiede hängen lassen wollte.

Ein Streik bei Krupp. In der Krupp'schen Räderfabrik streikten dieser Tage sämtliche Schmiede. Der Grund dazu war die Einführung eines neuen Accordsystems, welches die Arbeiter sehr benachteiligte. Die Arbeiter wurden wegen Verletzung des Systems bei dem Betriebsführer vorstellig, der wies sie jedoch ab mit dem Bemerkung, wenn es nicht paßt, der könne gehen.

Die Elberfelder Gewerkschaftskommission sagt in ihrem Jahresbericht für 1902 unter anderem: Von 8 Streiks, die im genannten Jahre geführt wurden, endeten 6 mit, 2 ohne Erfolg. Die Kosten der Streiks betragen 15 254 M., davon entfällt der Hauptanteil — 13 621 M. — auf einen Färbereistreik bei der Firma Schaffner, der nach einer Dauer von 17 Wochen ohne Erfolg ausgehen wurde. Der gleichfalls erfolglos verlaufene Dachdeckerstreik kostete 1451 M. — An Arbeitslosen-Unterstützung, welche in 11 Gewerkschaften eingeführt worden ist, wurden von 7 insgesamt verausgabt 6638,40 Mark. Von den übrigen 4 wurden keine Ausgaben gemacht. Die Krankenunterstützung ist bei 10 Gewerkschaften eingeführt, davon haben 8 3854,25 Mark ausbezahlt. Von 8 Gewerkschaften, welche Sterbe-Unterstützung ausbezahlen, haben 4 366 M. ausgegeben. Ferner ergab die Umfrage, daß sämtliche Gewerkschaften Reisegeld ausbezahlen, hiervon waren 15, die eine Gesamtsumme von 2184,33 M. verausgabt hatten. — Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit beträgt bei 15 Gewerkschaften 10 Stunden, bei den Buchbindern 9 1/2, den Stuccateuren 9 1/2, bei den in Werkstätten beschäftigten Schneidern 10, dagegen bei den Heimarbeitern 12—18 Stunden. Bei den Handels- und Transportarbeitern herrscht eine 14stündige, den Wäldern 12stündige, den Erdarbeitern 10 1/2—11stündige, den Holzbildhauern 9stündige Arbeitszeit.

Eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern Ober-Schlesiens, an der Regien als Vertreter der Generalkommission teilnahm, wurde am Sonntag jenseits der preussischen Grenze in dem galizischen Orte Wlofski-Brzeg abgehalten. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz war die Einberufung einer Agitationskommission für den oberschlesischen Industriebezirk.

Ausland.

In eine Lohnbewegung eingetreten sind die Zimmerleute in Basel. Sie fordern einen Minimallohn von 5,70 Fr. pro Tag gegenüber den jetzigen Löhnen von 4,50—4,80 Fr., ferner die Reduktion der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden. Die Arbeiter verlangen von den Meistern bis zum 15. März Antwort, andernfalls sie die Arbeit einstellen.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

begann gestern die zweite Lesung des Stadthaushalts-Etats für 1903 und erledigte in reichem Zuge hinter einander 17 Special-Etats. Es waren meist solche Etats, an denen nicht viel Änderungen zu machen waren. Nur dreimal kam es zu einer Debatte. Zunächst knüpfte sich an Special-Etat Nr. 1: „Grundstücke im Innern der Stadt“ eine längere Erörterung über kommunale Bodenpolitik. Der Etats-Ausschuh schlug hier eine Resolution vor, die eine Änderung des bei Grundstücksverläufen zu beobachtenden Verfahrens empfahl, um eine Beschleunigung der Verkäufe zu erzielen. Widersprochen wurde dem Vorschlag nur von sozialdemokratischer Seite. Genosse Singer kennzeichnete diesen Gedanken als das Produkt der Verlegenheit, in der sich die Mehrheit der Stadtverordneten angesichts der augenblicklichen Finanzlage der Stadt befindet. Man müsse fast den Eindruck gewinnen, als wolle die Stadt nun mit einemmal ihren Grundbesitz so rasch wie möglich verschleudern. Die Redner der Mehrheit und der Vertreter des Magistrats versicherten, das sei nicht beabsichtigt, und die Resolution wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion angenommen. — Beim Arbeitshaus-Etat wurde von unsern Genossen Augustin und Hoffmann der Mißbrauch, die Korrigenden wie Verbrecher zu photographieren, zur Sprache gebracht und Abstellung gefordert. Stadtrat Fischbeck verteidigte das gerügte Verfahren, und die Mehrheit stimmte ihm bei, indem sie den für das Photographieren angelegten Betrag bewilligte. — Beim Etat des Ochsachs nahm Genosse Hoffmann Veranlassung, auf die übel angebrachte Sparsamkeit hinzuweisen, die der Magistrat gegenüber notwendigen Verbesserungen befolgt.

Ein Stück Fürsorge für die im Dienste der Stadt beschäftigten Personen bildet die Vorlage über die Bewilligung von Unterzügen neben dem Ruhegeld auf Grund des Gemeindebeschlusses vom 9. Mai 1901. Die sozialdemokratische Fraktion gab durch Genossen Heiman die Erklärung ab, daß sie selbstverständlich zustimme, aber im Interesse der in Betracht kommenden Personen noch gewisse Klauseln wünsche. Der Magistrat solle, wenn er einmal die Unterstützung nicht gewähre, der Versammlung davon Mitteilung machen. Der Magistrats-Vertreter sprach sich gegen diesen durchaus wünschenswerten und notwendigen Zusatz aus. Der Heiman'sche Antrag, unter diesen Umständen die Vorlage noch einem Ausschuh zu überweisen, wurde abgelehnt. Die Vorlage wurde dann nach den Wünschen des Magistrats angenommen.

In einer langen Debatte, die sich bis gegen 10 Uhr hinzog, führte zuletzt noch die bekannte Vorlage über die neue Beförderungsordnung der Lehrer der höheren Schulen sowie über die Erhöhung des Schulgeldes für diese Anstalten. Neues konnte über diese Angelegenheit, die Versammlung schon wiederholt beschäftigt hat, nicht mehr vorgebracht werden. Der Standpunkt, den die sozialdemokratische Fraktion zur Frage der Schulgeldhöhung aus triftigen Gründen einnimmt, wurde von unserm Genossen Singer noch einmal dargelegt. Die Verbindung von zwei nicht zusammenhängenden Fragen, wie sie der

Magistrat in dieser Vorlage für gut befunden hat, hatte die gesamte Vorlage im Ausschuh zu Falle gebracht, und im Plenum brachte die Abstimmung daselbe Ergebnis.

Die Unerfälllichen. Eine Protestkundgebung der Berliner Hausbesitzer gegen die Einstellung von vier Millionen Mark zur Förderung der Errichtung von Beamten- und Arbeiter-Wohnhäusern in den Reichshausbau-Etat fand gestern in der Germania-Brauerei in der Frankfurter Allee statt. Es wurde die sofortige Abwendung einer Eingabe an den Reichstag beschlossen, welche folgende Wünsche der Hausbesitzer enthält: 1. die von der Reichsregierung durch den Etat für 1903 geforderten 4 Millionen Mark zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches nicht zu bewilligen; 2. die Reichsregierung zu veranlassen, daß die dem Beamtenwohnungs-Verein zu Berlin aus Reichsmitteln bisher bewilligten Darlehen, soweit sich diese Darlehen als eine etatswidrige Verwendung von Reichsmitteln erweisen, alsbald von dem Schuldner zurückverlangt werden; 3. eine parlamentarische Untersuchungskommission zur Feststellung der etatswidrigen Verwendung des in Frage stehenden Wohnungsfürsorge-Fonds und der verhängnisvollen Folgen der betreffenden Regierungsmaßnahmen einzusetzen. Zur Begründung dieser Forderungen soll eine ausführliche Denkschrift dienen, welche der Bund der Grundbesitzer-Vereine gleichzeitig dem Reichstage übermitteln will.

Nach dem Glauben dieser Herren hat der Herrgott offenbar die Welt erschaffen, damit es dem Hausbesitzer wohl gehe und der Mensch ihm in alle Ewigkeit mit Leib und Seele dienbar sei. Der Größenwahn der Herren wird allerdings begreiflich, wenn man erwägt, daß der Staat den Grundbesitz mit allen denkbaren Privilegien ausstattet und durch Gesetz dafür sorgt, daß ihm im Gemeinwesen die unantastbare Herrschaft zustehe. Unter dem heute geltenden Unrecht braucht man sich keineswegs zu wundern, wenn die Hausbesitzer eines Tages verlangen, daß Staat und Gemeinde zu ihren Gunsten auch auf den Bau von Dienstgebäuden, Schulen und Rathhäusern verzichten sollen.

Die Beziehungen der Stadtgemeinde Berlin zur Charité, die kürzlich nicht nur in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, sondern auch im Etatsausschuh der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache gekommen sind, bestehen seit alter Zeit. Die Bestimmung, daß die Stadtgemeinde für ihre Kranken von der Charité jährlich nicht mehr als 100 000 Verpflegungstage unentgeltlich zu beanspruchen hat, stützt sich auf die Kabinettsorder vom 6. Juni 1835 und gilt seit 1. Juli desselben Jahres. Für die mehr geleisteten Verpflegungstage mußte seit 1. Juli 1835 aus städtischen Mitteln eine Vergütung von täglich 7/8 Sgr. gezahlt werden. Bis dahin waren die Armenkranken der Stadt, die der Behandlung in einer Anstalt bedurften, sämtlich von der Charité unentgeltlich versorgt worden. Die städtischen Behörden Berlins hatten diese Leistung angesehen als eine der Bestimmungen der Anstalt entsprechende Verpflichtung, deren Erfüllung, ungeachtet des Wachstums der Stadt, stets nach dem jeweiligen Bedürfnis in Anspruch genommen werden konnte. Die Charitéverwaltung dagegen betrachtete die unentgeltliche Verpflegung der Armenkranken nur als eine Vergünstigung, die an den Mitteln der Anstalt ihre Grenze finden müsse und daher nicht in demselben Maße ausgedehnt werden dürfe, wie die Bevölkerung zunahm. Die im Jahre 1835 verfügte Beschränkung der unentgeltlichen Leistung auf 100 000 Tage hatte zur Folge, daß die Stadt für mehr geleistete Verpflegungstage sogleich in den nächsten Jahren durchschnittlich 15 200 Thaler pro Jahr an die Charité zahlen mußte. Der Betrag ist später bedeutend gestiegen — teils wegen der Vermehrung der Kranken, teils wegen wiederholter Erhöhung des Verpflegungskostenfußes — und beläuft sich jetzt auf mehr als 500 000 M. pro Jahr. Die 100 000 Tage waren damals 25 000 Thaler pro Jahr wert. Heute, wo in der Charité der Verpflegungskostenfuß pro Tag 2,50 M. beträgt, stellt sich der Wert auf 250 000 M. pro Jahr.

Im Schulrats-Ausschuh wurde die vom Magistrat zur Kenntnisnahme vorgelegte Dienstausweisung in den einzelnen Abschnitten genehmigt. Auf Antrag unser Genossen wurde, im Hinblick auf die hohe Bedeutung der Hauptpflege, die Befestigung der Handhöhlen der Schulärzte zur Pflicht gemacht. Außerdem wurde hinsichtlich der Anstellung der Schulärzte, auf Interpellation unser Genossen, vom Magistratsvertreter versprochen, daß noch Meldungen von Ärzten angenommen würden. Von einer offiziellen Ausschreibung der Stellen wurde Abstand genommen in Rücksicht darauf, daß sich bereits über 500 Aerzte gemeldet haben.

Ein gesundes Jahr ist das Jahr 1902 für Berlin gewesen; es hat der Berliner Bevölkerung nur 30 737 Sterbefälle (ohne Tozgeburt) gebracht, um 3357 weniger als das vorhergehende Jahr. Der Rückgang der Sterblichkeit ist allerdings hauptsächlich den Kindern zu gute gekommen, diesen aber in allen Altersgruppen, von den Säuglingen bis zu den Fünfzehnjährigen. Von 1901 zu 1902 verminderten sich die Sterbefälle bei den Kindern des ersten Jahres von 11 325 auf 8925 (um 2400 = 21,2 Proz.), des zweiten bis fünften Jahres von 3517 auf 2709 (um 718 = 20,4 Proz.), des sechsten bis zehnten Jahres von 771 auf 619 (um 152 = 19,6 Proz.), des elften bis fünfzehnten Jahres von 357 auf 323 (um 34 = 9,5 Proz.). Die übrigen Altersgruppen zeigen weniger auffallende Änderungen. Die Zahl der Sterbefälle ist, an sich betrachtet, im 18.—30. Jahre fast unverändert geblieben (von 2750 auf 2774), im 31.—60. Jahre etwas geringer geworden (von 8454 auf 8248), vom 61. Jahre an etwas gestiegen (von 6920 auf 7049). Die Gruppierung nach Todesursachen zeigt eine bedeutende Verminderung vor allem bei Wechdudhfall (von 1764 auf 700), Diarrhoe (von 1941 auf 961), Magen- und Darmkatarrh (von 1357 auf 870). Besonders hieraus erklärt sich der Rückgang der Säuglings-Sterblichkeit. Auch die Verminderung der Sterblichkeit an Keuchhusten (von 622 auf 512) fällt noch für die Säuglinge mit ins Gewicht. Mehr für die übrigen Kinder kommt in Betracht die Sterblichkeit an Malaria einschließl. Lungenerkrankung nach Malaria (von 442 auf 373), Scharlach einschl. Scharlach-Diphtherie (von 493 auf 272), Diphtherie (von 489 auf 205). Unter den sonstigen Todesursachen weist namentlich die Lungenschwindsucht wieder eine Verminderung auf (von 4139 auf 3893), die in erster Linie den mittleren Altersgruppen zu gute gekommen ist. Auch die Influenza-Sterblichkeit ist weiter zurückgegangen (von 359 auf 193). Eine Vermehrung zeigen unter den häufigen Todesursachen besonders Kehlkopf- und Luftröhren-Entzündung (von 846 auf 415) und Schlagfluh (von 755 auf 861).

Eine Ausbesserung des Stadtbahnverkehrs bis Spandau wird einer Korrespondenz zufolge gegenwärtig in der Eisenbahndirektion Berlin erwogen und soll gütigenfalls im April 1904 zur Durchführung gelangen. Die Ausführung des Planes ist um so leichter, als die durch die Stadt verkehrenden Vorortzüge nach Spandau ihren Ausgangspunkt in Friedrichsfelde, der zukünftigen Stadtbahn-Station, haben. Die Fahrzeit für die Strecke Friedrichsfelde-Spandau würde hierdurch zwar um etwa zwei Minuten verlängert werden, doch bietet der Verkehr so wesentliche Vorteile, daß die geringe Verzögerung in der Schnelligkeit der Beförderung für die Fahrgäste nur wenig ausmacht. Vor allem wäre es den Passagieren möglich, von jeder Stadtbahn-Station aus, ohne umzusteigen, den weitlichen Vorort zu erreichen, dann aber auch würde die Zahl der Züge zwischen Spandau und Berlin eine wesentliche Vermehrung erfahren und zum mindesten ein 20 Minuten-Verkehr herbeigeführt werden können. Selbstverständlich würde auch der Schnellverkehr, der durch die Vorortstrecke Berlin—(Lehmer Hauptbahnhof)—Rauen geschaffen ist, in vollem Umfange beibehalten und möglicherweise auch durch Einfügung besonderer Züge Lehmer Bahnhof—Spandau verbessert werden.

In der gestrigen Sitzung des Kuratoriums für den städtischen Vieh- und Schlachthof wurde das in Uebereinstimmung mit dem Polizeipräsidium ausgearbeitete Regulativ für die geplante Errichtung einer „Freibank“ auf dem Central-Viehhof eingehend beraten. Das Kuratorium hat beschlossen, dem Magistrat die Errichtung einer Freibank und die Annahme eines entsprechenden Regulativs vorzuschlagen.

Der Stadtfeste Franz Geseuius wurde gestern nachmittag um 4 Uhr unter großer Teilnahme zur letzten Ruhe bestattet. Der Magistrat war durch die Stadträte Häbner und Voigt vertreten, die beide längere Zeit mit dem Verstorbenen amtiert haben.

Der neueste Polizeieingriff. Der Dreher Hermann Schacht, der hier im Januar aus Danzig zugereist gekommen ist, sprach am 13. Februar bei der Firma Neues in der Schönhauser Allee um Arbeit vor. Herr Schacht ist verheiratet, hat seine Familie am Heimatsort wohnen und trägt, als er den für ihn verhängnisvollen Gang antat, seine sämtlichen Legitimationspapiere bei sich. Als er unverrichteter Sache aus der Fabrik wieder heraustrat, hielt ein Kriminalbeamter ihn an und verhaftete ihn unter der Anschuldigung, daß er gebettelt habe. Auf der Polizeiwache gab Neues der Wahrheit entsprechend an, daß er im Gewerkschaftshause wohne, doch wurde sein Begehren, aus der Haft entlassen zu werden, nicht erfüllt. Vielmehr hielt man sich auf der Polizeiwache darüber auf, daß Schacht, wie sich aus den von den Beamten durchgesehenen Legitimationspapieren ergab, im sozialdemokratischen Wahlverein und auch im Metallarbeiter-Verband organisiert ist. Auch der Einband des Zisterns, daß er doch Geld bei sich habe und außerdem für ihn eine Postanweisung auf 20 M. eingetroffen sei, die er auf dem Postamt in der Königsstraße abholen werde und somit keine Ursache für ihn zum Betteln vorliege, fand bei den Polizeibeamten keine Beachtung. Schacht wurde vielmehr nach dem Stadtvogtei-Gefängnis gebracht und mußte dort vom Tage der Verhaftung, also vom 13. Februar bis zum Dienstag dieser Woche in Untersuchungshaft bleiben. Als dann die Verhandlung gegen ihn stattfand, mußte er, da jegliches Beweismaterial für die Anschuldigung fehlte, selbstverständlich vom Richter freigesprochen werden.

Das war ja nicht mehr als in der Ordnung, aber wer enttäuscht den Mann, der auch nicht im geringsten den Eindruck eines Bettlers macht, für die schwere Unbill, die ihm und seiner Familie durch die 18 Tage währende Haft zugefügt worden ist? Hätte eine Anfrage im Bureau der Firma den Polizeibeamten nicht sofort darüber aufklären können, daß sein Verdacht ungerechtfertigt war? Das schematische Verfahren, das die Polizei in diesem Falle einschlug, deutet auf so bedenkliche Mißstände hin, daß im Interesse der öffentlichen Sicherheit eine Reform dringend am Platze wäre.

Die beim Umbau der Stadtbahnsteige beschäftigten Arbeiter, je nach Größe des zu erhöhenden Bahnsteiges 150 bis 200 an der Zahl, sind nunmehr schon so weit eingekerkert, daß die Arbeiten prompt und flott von statten gehen. Es ist auch für den Laien interessant, ihrer „erhebenden“ Thätigkeit zuzusehen. Freilich wird von der Sache nicht viel Aufhebens gemacht, denn nach mitternächtlicher Stunde, wenn der Schwarm der letzten Züge sich verlaufen hat, wird der Bahnsteig gegen Unberufene streng abgesperrt und alsbald rollen auf beiden Geleisen die Arbeitszüge heran, denen die Mannschaften der Monier-Gesellschaft entgeilen. Im Ru haben sich, je unter Führung eines Ingenieurs, einzelne Kolonnen gebildet, und bald wimmelt's an allen Ecken und Kanten, wie ein Ameisenhaufen: tausend fleißige Hände regen sich, und Eile thut wirklich not, denn in der kurz bemessenen, nächtlichen Betriebspause soll alles fix und fertig werden. Die Arbeiten sind deshalb auch bis ins kleinste Detail wohl vorbereitet und alles so eingerichtet, daß keine Minute nutzlos verstreift. Die Arbeitszüge halten immer genau dort, wo das herangekammte Material gerade gebraucht wird. Der Aufschub der Bahnsteige auf Station Zoologischer Garten, welche gestern nach erfolgter, wohnte Präsident Krauß und der Decernent, Regierungs- und Bauamt Platt bei. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wird der Stadtbahnhof Bellevue in Angriff genommen werden, dann folgen schon größere Bahnhöfe, Friedrichstraße, in der Nacht zum Dienstag, und Alexanderplatz in der Nacht zum Sonnabend, den 14. d. M. Dazwischen, am 12., soll die Station Börse erhöht werden. Die größten Schwierigkeiten werden die Bahnsteige des Schlesischen Bahnhofs und der Station Char-Lottenburg bieten, für welche je drei Nächte (zum 17. bis 19. bezw. zum 28. bis 31. d. M.) in Aussicht genommen werden mußten. Der Bahnsteig D zu Charlottenburg wird den Beschluß machen.

Berlin, die Stadt der Straßensperrungen, erfreut sich jetzt einer neuen Ursache, aus der heraus diese eigentümliche Aueuerung patriotischen Hochgefühls in die Erscheinung tritt. Der Polizeipräsident erläßt nämlich folgende Bekanntmachung:

„Aus Anlaß der am 7. d. Mts. abends stattfindenden Automobil-Exkursionen wird nach dem königlichen Schlosse folgende Verkehrsbeschränkung erforderlich: Etwa von 6 1/2 Uhr abends ab werden gesperrt: a) für jeglichen Verkehr: Die Kaiser Wilhelm-Brücke, der Lustgarten, die Schloßfreiheit, Schloßbrücke und der Platz am Zeughaufe; b) nach Bedarf: die Fahrdämme der Burgstraße zwischen Kaiser Wilhelm- und Kurfürsten-Brücke, der letzteren Brücke selbst, des Schloßplatzes, des Platzes am Opernhause, der Südseite der Straße „Unter den Linden“ und des Pariser Platzes sowie des Platzes am Brandenburger Thor und der Charlottenburger Chaussee. Die Aufsichtsbeamten sind von mir angewiesen worden, dem Publikum auf den von der Sperrung nicht betroffenen Bürgersteigen, soweit es die Verkehrsverhältnisse gestatten, den Zutritt zu ermöglichen.“

Anders geht es in Berlin ja auch nicht als daß selbst die patriotische Vorführung eines der Förderung des Verkehrs dienenden Behelfes im Zeichen der Verkehrsabsperrung erfolgt.

Zu dem Raubmordverbrechen an der Witwe Josephson ist mitzuteilen, daß nunmehr auch der Ehemann der Frau Rabon verhaftet und die Frau Rabon selbst des Mordversuches vollständig überführt ist. — Die Berliner Kriminalpolizisten, welche in Neu-Weißensee stationiert sind, haben nämlich ermittelt, daß der Rabon eine goldene Uhr im Werte von etwa 100 M. trägt und Redereien eingeleitet, die ergeben haben, daß die Uhr am Abend des 14. Februar bei einem Uhrmacher an der Königs-Chaussee gekauft ist, also bald nach dem von der Frau R. bei Kirchstr. verübten Diebstahl. Die Uhr ist beschlagnahmt und R. wegen seiner unbestimmten Aussagen, die auch ein vorheriges Wissen von dem Raubmordversuch nicht ausgeschlossen erscheinen lassen, verhaftet worden. Außer der Uhr ist auch ein Sparkastenschloß, in dem über 200 Mark eingeschrieben sind, von der Polizei beschlagnahmt worden. Die Frau R. hat im Weißenseer Amtsgefängnis nach der Aussage einer am Tage der Verhaftung der R. entlassenen Frau, die letztere gebeten, sofort zu ihrem Manne zu gehen und ihm von ihrer Aussage, in welcher sie bekanntlich den Mordversuch leugnete, in Kenntnis zu setzen. Der Frau verprochen sie 20 M. für die Ausrichtung der Vernehmung. Jene jedoch hat dem Wunsch der Verhafteten nicht entsprochen, sondern der Kriminalpolizei Anzeige gemacht, die dadurch einen erneuten Beweis für die Thäterschaft der Frau R. hat.

Der spukende Rentier. Eine Spulgeschichte führte gestern eine ganze Korona von Rechtsanwaltschaften vor die dritte Strafkammer am Landgericht II. In einem Verleumdungsprozeß fungierten zwei Rechtsanwälte als Verteidiger, zwei andre als Vertreter der beleidigten Nebenkläger. Vier weitere Rechtsanwälte waren als Zeugen geladen und eine Anzahl unbeteiligter Anwälte wollte der Verhandlung als Zuhörer beiwohnen, aber dazu kam es nicht, denn noch vor Eintritt in die Verhandlung wurde die Sache vertagt. Angeklagt waren die Rentiers Schmidt und Volze aus Charlottenburg. Der erstgenannte Angeklagte hat die Marie, vor jedermann, dem er seine Mißachtung ausdrücken will, auszuspuhen. Das hat er aber auch dem selbstverleumdenden Stadtverordneten-Vorsitzer von Charlottenburg, dem Rechtsanwalt Duka, gegenüber getan, um diesen seine Mißachtung darüber auszudrücken, daß er — als geborener Jude — sich hat taufen lassen. Volze seinerseits hat einen Herrn Funke beleidigt. Beide Verleumdungen stehen aber im engsten Zusammenhang und können getrennt nicht verhandelt werden. Da nun aber der Angeklagte Volze nicht erschienen war, so beschloß der Gerichtshof die Verurteilung des Termins.

Vom Aushub-Schuh. „Konsumenten-Zettel“ nennt sich ein neues Agitationsmittel, dessen sich der Ausschuh der Berliner Handlungsgesellschaften und Gehilfen-Verbände zur Herbeiführung des Aushub-Ladenschlusses bedient. Die Zettel, die von dem laufenden Publikum auszufüllen und unterzeichnet den Geschäftsinhabern zu übergeben

Sind, haben folgenden Wortlaut: „Als Kunde gestatte ich mir, Ihnen hierdurch höflichst zur Kenntnis zu bringen, daß ich die Bestrebungen des Auktions-Ladenschlusses voll und ganz unterstütze. Ich richte daher das ergebene Ersuchen an Sie, sich den erwähnten Bestrebungen freundlichst anzuschließen zu wollen.“

Ein neuer Schwindel blüht seit einiger Zeit in Berlin und seiner Umgebung. Ein Unbekannter zeigt an, daß sichere Leute von ihm Darlehen haben können, und erbittet sich Meldungen unter irgend einem Zeichen an dieses oder jenes Postamt. Da es immer sehr viele Leute giebt, die Geld brauchen und von ihrer Sicherheit die denkbar beste Vorstellung haben, so sind die Gesuche außerordentlich zahlreich. Hat sich nun jemand gemeldet, dann erscheint bei ihm bald ein junger Mann mit einer großen Altkarte und stellt sich als Vertreter einer Schöneberger oder Moabitischen Darlehnsbank vor. Der Herr Vertreter erkundigt sich wie ein vorsichtiger Kaufmann nach allen Verhältnissen des Geschäftsführers, macht über dessen Lage und die seiner ganzen Familie und Verwandtschaft eifrig Notizen und empfiehlt sich dann, ohne etwas zu verlangen, um die erforderliche Auskunft einzuziehen. Nach einigen Tagen kommt er wieder und freut sich ordentlich, eine gute Nachricht mitbringen zu können. Die Auskunft sei sehr gut ausgefallen, die Sache sei vorzüglich, der Geschäftsführer könne das Geld jeden Tag heben. Dann öffnet der Herr Vertreter seine Mappe, läßt den Geldbedürftigen einen Wechsel und vorstichhalber auch einen Scheck ausstellen, nimmt ihm 250 M. für die Auskunft und den mehr oder weniger hohen Stempelbetrag ab und hinterläßt ihm dafür eine Anweisung auf seine Papiere. Sehr zufrieden, so billig weggekommen zu sein, geht der Darlehnsnehmer nach der Bank, um sich das Geld zu holen und erfährt nun, daß er auch noch um die „Auskunft“ und „Stempelgebühren“ geprellt ist. Der Schwindler ist etwa 22 Jahre alt und 1,73 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, einen Anzug von Schmirde, eine schlanke Gestalt, ein blaßes, unreines Gesicht mit roten Flecken und trägt einen dunklen langen Ueberzieher, einen schwarzen steifen Filzhut und Schnürstiefel.

Ueberfallen wurde am Dienstag um 7 Uhr die Frau eines höheren Beamten in Reinickendorf. Als sie sich auf dem Heimweg in der Hottentotstraße befand, umfaßte plötzlich ein Mann mit seinem linken Arm ihren Hals und verdrängte mit der rechten Hand, sie niederzuwerfen. Die Frau setzte sich zur Wehr und rief um Hilfe. Als man der Unhold sah, daß Leute herankamen, ergriß er die Flucht und entkam. Er war aber als ein 22jähriger Arbeiter der Berlin-Arenenener Eisenbahn mit Namen August Reuendorf erkannt worden und wurde gestern festgenommen.

Zum Burgalterschen Kraak in Potsdam wird heute gemeldet: Ueber das Vermögen des Professors Wilhelm Gladov in Potsdam, der vor acht Tagen wegen Verschulden zum betrügerischen Bankrott des Bankiers Burgalters verurteilt wurde, ist nunmehr auch vom Amtsgericht zu Potsdam das Konkursverfahren eröffnet worden. Zum Konkursverwalter wurde der Kaufmann Karl Walle, Waisenstr. 80, bestellt. Ein Gehalt Gladovs um Entlassung aus der Haft wurde abgelehnt, doch er ist der Hoffnung, daß das gegen ihn schwebende Strafverfahren demnächst eingestellt werde. Da Gladov, wie bereits berichtet, auch auf eigene Rechnung Bankgeschäfte betrieben hat, hat er als Selbstschuldner jetzt auch eine Anzahl Gläubiger.

Freie Volksbühne. 1. und 2. Abteilung. Die zu Sonntag, den 8. März, angeordnete Vorstellung von Bernhard Schaus „Helden“ kann wegen plötzlich eingetretener Veränderung des Darstellers der Hauptrolle nicht stattfinden, sondern muß für diese Abteilungen auf den zweiten Osterfesttag, Montag, den 13. April, verlegt werden.

Alle übrigen in die Mitgliedskarten eingedruckten Vorstellungen sämtlicher Abteilungen behalten ihre Gültigkeit.

Der Vorstand, G. v. G. Winkler.

Im Wintergarten tritt gegenwärtig eine Sängerin auf, die sich von den Variété-Chansonetten gewöhnlichen Schlags merkwürdig abhebt. Annie Dierlein ist eine Wiener Operettensängerin, hat aber aus handgreiflichen Gründen die Bühne mit dem Brettl vertauscht und läßt hier die Kunst, ihre an sich eigentlich nicht bedeutenden Lieder im hohen Stil vorzutragen. In ihrem wohlgeschulten Vortrag zeigt sich eine Ueberlegenheit, ein weiterfahrender Spott, der um so angenehmer berührt, als das Variété in seinen diversen internationalen Gesangsstücken leider vielfach wahre Muster von Stimm- und Talentlosigkeit an den Licht fördert. — Eine junge Amerikanerin „She“ giebt in der Art des Luftballons eine Darstellung der vier Elemente. Vor allem wirkt die Symbolik des Feuers durch ihre großartig-schöne Pracht. Herr Litzke Carlson ist eine Berliner Berühmtheit; verdammt die Reichshauptstadt ihm doch den unsterblichen „Mordorfer“. Auch bei seinem gegenwärtigen Auftreten hat der bekannte Tanzkünstler die Lächer auf seiner Seite. In dem vielseitigen Programm dieses Monats verdient sodann noch das neue Ballet: „Das Fest des Quentus“ ehrenvolle Erwähnung.

Aus den Nachbarorten.

Zu Alt-Mienitz haben unsere Parteigenossen gestern bei der Wahl der dritten Gemeinde-Wählerklasse einen glänzenden Sieg errufen. Unser Kandidat W. Pries wurde mit 225 Stimmen gegen den Wischmasch-Kandidaten gewählt, auf den nur 20 Stimmen fielen.

Die Rixdorfer Stadterordneten-Versammlung beschloß in ihrer außerordentlichen Sitzung am Mittwoch den Ankauf eines Grundstückes in Budow zur Errichtung eines größeren modernen Krankenhauses. Dann wurde in die Beratung des Etats für das Rechnungsjahr 1903 eingetreten. Die Socialdemokraten beantragten beim Titel „Gegebene“ die für die Erhebung von Kirchensteuern e. v. 760 M. zu streichen. Von ihrer Seite sprachen dazu v. H. P., Conrad, Hennig, welche betonten, die Kirchengemeinde möge ihre Steuern selber einziehen. Im übrigen seien viele Bürger, die seit Jahren nicht mehr der Kirche angehört, auch diesmal mit dem Kirchensteuerzettel belastigt worden. Das müsse endlich aufhören. Goype bemerkt noch, es sei ihm zu Ohren gekommen, daß die mit Aufstellung der Listen nach Vorkaufschuß beschäftigten jungen Leute dafür pro Stunde nur etwa 16 Pfennig erhalten hätten. — Bürgermeister folgt giebt zu, ohne Zahlen zu nennen, daß die Anfertiger der Kirchensteuerlisten nur wenig erhielten, weil für den Zweck mit wenig zu verdienen war. Es wären das ja aber junge Leute, die um ihrer Ausbildung willen im städtischen Dienste wären. Redner wendet sich gegen den socialdemokratischen Antrag, der dann auch abgelehnt wird.

Unter „Gehälter der Magistratsmitglieder“ ist in der Summe von 37 600 M. auch das Gehalt für einen neu anzustellenden Stadtrat vorgesehen. Einstimmig wurde das gebilligt und der verstärkte Wahlausschuss mit der Vorbereitung der Wahl betraut. — Beim Punkt „Gehälter der übrigen Gemeindebeamten“ folgt Conrad (Soe.) die Geschäftsverteilung der Volkstreuungsbeamten und fragt an, ob es wahr sei, daß bei dem neulichen laienlichen Besuch in Rixdorf, der bekanntlich von einem Tage zum andern verschoben wurde, die Volkstreuungsbeamten gewissermaßen im Rathaus Wache hielten und auf den Moment passen mußten, wo das Kommen des Kaisers endgültig feststand, um dann schleunigst auszuscheiden und die patriotischen Hausbesitzer und Fabrikanten zum Plaggen zu veranlassen. — Bürgermeister folgt befragte die Richtigkeit des Angegebenen und erklärte dies Verfahren für außerordentlich angebracht. Wenn Rixdorf kaiserlichen Besuch erhalten wieder soll der Glasnostfabrik von Paul u. Wagner, dann wünsche der Magistrat auch, daß die Majestäts freundlich empfangen werde. — Abgelehnt wurde ein socialdemokratischer Antrag, an Entschädigungen für die Gewerbetreibenden 700 statt 600 M. in den Etat einzuplegen, damit der Entschädigungssatz, der jetzt 4 M. beträgt, erhöht werden könne. Bei dieser Gelegenheit ließ Herr Abraham wieder sein Licht leuchten, indem er die Thatfachen auf den Kopf stellend, den Arbeitnehmer-Beisitzer andichtete, sie könnten am Vormittag noch einmal 4 M.

verdienen. Eine Erweiterung auf diese, noch dazu durch Verunglimpfungen der „Arbeiter im Ehrenamt“ getölpelten Ausführungen schließt die Mehrheit in edlem Anstande durch Annahme eines Schlussantrags ab.

Einstimmig erklärte man sich nach einer Debatte über uncourantes Verhalten der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft mit folgendem Beschluß der Etatskommission einverstanden: „Die Verkehrsdeputation soll ersucht werden festzustellen, ob die von der Stadt geschlossenen Verträge von der Großen Berliner Straßenbahn jetzt vollständig erfüllt werden, und falls dies nicht geschieht, bei den zuständigen Behörden den Weidwerdeweg betreten“. — Als Beitrag zur Feier des 25-jährigen Stiftungsfestes der freiwilligen Feuerwehr Rixdorfs sieht der Etatsentwurf 1000 M. vor und die Etatskommission beantragt für denselben Zweck 2000 M. Nachdem mitgeteilt worden war, daß ein Festessen v. vorgesehene sei, wandten sich Conrad (Soe.) und W. H. I. (Soe.) gegen diese Art, die Feuerwehr zu ehren, deren Verdienste von ihnen voll anerkannt wurden. Der Antrag der Etatskommission wurde gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen. — Die weitere Beratung des Etats wurde vertagt.

Ein graufiger Fund in Gestalt einer Kindesleiche von etwa sieben Monaten ist heute morgen auf dem Feldweg in Pantow zwischen der Mühlenstraße und der Esplanade gemacht worden. Neben derselben war die Erde aufgeschaukelt, auch befand sich in der Nähe eine kleine Kruste, was darauf hindeutet, daß die betreffende Person die Absicht hatte, die Leiche zu vergraben, aber daran gehindert worden sein muß. Die hiesige Kriminalpolizei hat ihre Thätigkeit zur Ermittlung der Mutter seit heute morgen aufgenommen und soll bereits einen in dieser Beziehung günstigen Erfolg erlangt haben. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach der Leichenhalle gebracht.

Neu-Weißensee hatte Ende Januar 82 981 Einwohner. Im Februar sind zugezogen 398, weggezogen 413 Personen, so daß Ende Februar die Einwohnerzahl 82 966 beträgt. 163 Familien sind im Laufe des Monats umgezogen.

Aus Sängerkreisen in Neu-Weißensee wird uns geschrieben: Schon lange war es der Wunsch der hiesigen Genossen, die am Ort bestehenden Arbeiter-Gesangsvereine zu vereinigen, um so die Kunst des Gesanges besser zu pflegen und auch die Zerplitterung und Vergewöhnung von Zeit und Geld auf ein Minimum herabzusetzen. Nachdem von vier hier bestehenden Vereinen, drei sich zu dieser Vereinigung bereit erklärten, zog kürzlich einer von diesen seine Fassung zurück, und zwar gerade derjenige, welcher sich aus der früheren Gesangsabteilung des Arbeiter-Bildungsvereins herausgebildet hatte, während der vierte sich überhaupt nicht an den Verhandlungen beteiligte. Zu wünschen wäre, daß letztere sich noch eines Besseren besinnlich. Der nunmehr neugegründete Verein, welcher den Namen „Freie Sängerkreise“ führt, stellt sich der Partei sowohl wie den Gewerkschaften zur Verfügung, wie auch erwartet wird, daß derselbe die Unterstützung der Genossen findet.

Rixdorf. Durch die Anfrage an die hiesigen Gemeindevertreter, welche Genosse Köster in einer von bürgerlicher Seite einberufenen Wählerversammlung richtete, haben wir uns erfahren, daß der Lehrer von der Schönower Schule am 1. April verweist wird. Die Verweisung erfolgte von der Regierung auf Grund unserer Beschwerde. Ob nun in der einstufigen Schule eine Besserung eintritt, bleibt abzuwarten. Ob aber die Rixdorfer Gemeindeglieder einen Vorteil von der Verweisung hat, bleibt abzuwarten. Nach einer Mitteilung des Gemeindevertreters Herrn Baumeister Jänike in der Versammlung scheint jetzt der Bahnhof zwischen Rixdorf und Schlachtensee gesichert zu sein. Die Gemeinde will nämlich die noch fehlenden circa 100 000 M. hergeben, die Rinsen hofft man durch die Umwälzung zu decken. Um den bodenleihen Grundbesitzer keine zu machen, der jetzt seinen Anteil (mit dem er sich zuerst selbst eingeschätzt hatte), zurückgezogen hat, wird man ihm die Waupf für seine Grundstücke so lange vorzuziehen, bis er den auf ihn entfallenden Teil zum Bau des Bahnhofs bezahlt hat. Der diesjährige Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 836 000 M. ab. Der Steuerzuschlag soll wie bisher 92 Proz. betragen; hierzu treten natürlich noch die Kreissteuern.

Eine Gefährdung ihrer Unternehmer-Interessen sieht die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft in der Absicht der Stadt Schöneberg, Hoch- oder Schwebebahnen zu errichten. Wie das „Schöneberg Tageblatt“ erfahren haben will, haben sich die Große Berliner und die mit ihr verbundenen Gesellschaften an den Schöneberger Magistrat mit dem Einspruch gewandt, daß das Projekt der Schöneberger Schwebbahn (wofür seitens der Körperschaften bereits 3000 M. zu den Entwürfen bewilligt sind) dem Vertrage zum Verlaufe würde, den sie mit der Stadt abgeschlossen hat und wonach sie allein zum Bau und Betrieb einer Straßenbahn berechtigt sei. Hoffentlich läßt sich der Magistrat in seiner Absicht nicht beirren und setzt den Gesellschaften energischen Widerstand entgegen, da doch ähnliche Projekte bereits in Berlin und Charlottenburg ebenfalls zur Ausführung gelangt sind.

Gerichts-Zeitung.

Die Alkoholistin und ihr Dienstmädchen. Wegen grober Mißhandlung ihres Dienstmädchens war, wie wir seiner Zeit meldeten, die Frau des Buchdruckereibesetzers Schumacher vom Schöffengericht zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden. Sie war am 8. Juni abends mit ihrem Ehemann in Gesellschaft gegangen und hatte ihr 19-jähriges Dienstmädchen angewiesen, bis zu ihrer gegen 2 Uhr zu erwartenden Rückkehr sich im Kinderzimmer mit einer Handarbeit zu beschäftigen und aufzupassen, daß die Kinder nicht Schaden nähmen. Das Mädchen that, wie ihm geheißen worden, als aber die Herrschaft um 2 1/2 Uhr nachts noch immer nicht heimgekehrt war, überfiel das Mädchen eine kleinere Müdigkeit und sie legte sich in ihr Bett. Als die Angeklagte um 6 Uhr früh von ihrem Vergnügen nach Hause kam und das Mädchen nicht mehr bei den Kindern fand, wurde sie im höchsten Grade erregt. Sie rief das Dienstmädchen an den Haaren aus dem Bett, beschimpfte sie, zog sie an den Haaren durch die Küche und den Korridor und gab ihr einen Stoß, daß sie einige Stufen hinauf auf den Handstuf flog. Das Mädchen lief, nur halb bekleidet und auf Strümpfen gehend, nach dem nächsten Polizeibureau, erstattete dort Anzeige und holte sich unter Begleitung eines Schutzmanns ihre Sachen von der Angeklagten ab. Das Schöffengericht hatte der eidlichen Aussage des Dienstmädchens vollen Glauben beigegeben und die Angeklagte, die wegen ähnlicher Konflikte mit ihren Dienstmädchen schon mehrmals Geldstrafen erlitten hat, zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. — Zur gestrigen Verhandlung vor der Berufungskammer hatten die Rechtsanwältin Rosenthal I und Leop. Reiser zwei Rerzie, darunter den Hausarzt der Angeklagten und den Professor Dr. Stragmann als Sachverständige geladen, da sie der Ansicht waren, daß auf die Angeklagte der § 51 Str. G. B. Anwendung finden müsse. Aus dem übereinstimmenden Gutachten der Sachverständigen ergab sich, daß die elegant gekleidete und recht hübsch aussehende Frau zu den Opfern des — Alkohol-Mißbrauchs zu rechnen ist. Sie ist stark hysterisch und hat sich das Trinken angewöhnt. Wenn sie zu Vergnügen geht, pflegt sie so viele alkoholische Getränke durcheinander zu genießen, daß sie dann bei der Heimkehr durch die geringste Veranlassung in eine blinde Wut versetzt wird, so daß sie alsdann nicht weiß, was sie thut. Da sie auch in der kritischen Nacht alkoholischen Getränken stark zugeprochen hatte, erklärten die Sachverständigen die Angeklagte, die als geisteskrank anzusehen sei, für den Erzech nicht für verantwortlich. Infolgedessen erkannte das Gericht auf Freisprechung der Angeklagten, die nunmehr zunächst eine Heilanstalt aufsuchen wird.

Ein dreifacher Raubanschlag führte gestern den 23-jährigen Handlungsgehilfen Max Kargauer vor das Schöffengericht des Landgerichts I. In der Mittagstunde des 31. Dezember v. J. wurde der Lehrling Rudolf Schleiinger von seinem Prinzipal nach der Reichsbank geschickt, um dort von dem Guthaben der Firma etwas über 1100 Mark abzugeben. Wie der geständige Angeklagte zugab, hatte er sich um diese Zeit in dem Schalterraum der Reichsbank aufgehalten, um dort einen bedeutenden Coup zu machen. Seit längerer

Zeit ohne Stellung, sei er in die bitterste Not geraten und der Verzeihung nahe gewesen. Da habe er beschloßen, die Gelegenheit zu einem bedeutenden Diebstahl zu ergreifen und mit der Beute nach Amerika zu flüchten. Um diesen abenteuerlichen Plan auszuführen, habe er sich nach der Reichsbank begeben. Er habe gesehen, daß der jugendliche und schwach gebaute Lehrling eine größere Summe bezahlte erhielt, die er in eine Ledertasche that, diese dann unter den linken Arm klemmte und sich entfernte. Er sei dem Lehrling gefolgt. In einer benachbarten Straße habe er die That gewagt. Plötzlich habe er mit beiden Händen den Lehrling an den linken Arm gepackt und zugleich die Ledertasche ergriffen, um diese dem Träger mit einem kräftigen Ruck zu entreißen. Wider Erwarten habe der Lehrling die Tasche aber festgehalten und um Hilfe gerufen. Nach einigem Hin- und Herzerren sei ein Schuttmann gekommen, der ihn verhaftet habe. Die Vernehmung habe sich mit der Aussage des Lehrlings Schleiinger. Ein Verdict des Angeklagten, sich insolge einer früher erlittenen Kopfverletzung als geistig minderwertig hinzustellen, scheiterte an dem Gutachten des Professors Dr. Puppe.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten unter Zustimmung von mildernden Umständen schuldig. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis, wovon ein Monat durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde. Außerdem wurden dem Angeklagten die Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren abgesprochen.

Aus München wird uns berichtet: Vor dem oberbairischen Schwurgericht begann heute, Donnerstagsvormittag, die Verhandlung gegen die 54 Jahre alte Vorsteherin des Maximilian-Waisentitels, Elise von Heusler von Cham wegen eines Verbrechens der Vergewaltigung. Die Verhaftung der Dame erregte seiner Zeit in der Münchener Gesellschaft gewaltiges Aufsehen, weil die Angeklagte als eine äußerst fromme Person und eifrige Kirchenbesucherin galt. Dabei war aber Fräulein v. Heusler auch als eine sehr geistige und raschichtige Persönlichkeit bekannt. Als sie sich im Juli v. J. mit der im Stift als Krankenpflegerin thätigen Dienstmagd Wagner überworfen hatte, sagte sie der Anklage zufolge einen derartigen Hohn gegen das Mädchen, daß sie am 20. Juli ihm Salzsäure in den Kaffee that. Die Wagner schwelte in Lebensgefahr und ist jetzt noch krank. Die Stiftsvorsteherin, welche verhaftet wurde, leugnet ihre Schuld. Für die Verhandlung sind zwei Tage angelegt.

Vermischtes.

Das neueste Pistolenmodell in Karlsruhe hat wiederum ein Menschenleben gefordert, da der Student Goldberg im Spital gestorben ist. Wenn es richtig ist, was die „Bad. Korresp.“ berichtet, daß ein Cheurat der Corps „Mermania“ und „Festa“ das Duell beidseitig hat, so müßte nun, wenn es der Behörde endlich ernst ist mit der Ausrottung dieser Barbarei, gegen diese Anstiftung zum Mord mit exemplarischer Strenge vorgegangen werden. Den ersten Anlaß zur Forderung soll das Weidliche auf dem Rasenball gegeben haben.

Explosion auf Unterseeboote. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Portsmouth fand am Mittwoch auf einem in den dortigen Kriegshafen zurückkehrenden Unterseeboote eine Gasolinexplosion statt, durch die das Innere des Schiffes zerstört und vier Mann schwer verletzt wurden. — Ueber die Unterseeboote und ihre Verwendbarkeit scheiner sich die Ansichten abermals zu Ungunsten der neuen Marine-Gattung ändern zu wollen. Wir lesen nämlich in einem Blatte: In der Nacht des 26. Februar sind im Golfe von Neapel erfolgreiche Versuche mit einem Apparat angestellt worden, der das Nahen von Unterseebooten auf große Entfernung signalisiert. Der Apparat besteht aus zwei Teilen, deren einer im Meer ruht, während der andre in einen besonderen Verhörschlag auf Deck mündet. Dieser Teil trägt eine Dampfpeife (Stirne) und ein telephonartiges Rohr. Sobald der vertikale Teil die Nähe eines Fahrzeuges — wahrcheinlich nur eines solchen aus Metall — durch Schwingungen kundgibt, signalisiert die Dampfpeife. Die in Gegenwart einer technischen Kommission des Marineministeriums vorgenommenen Versuche ergaben, daß ein Dampfboot eher signalisiert wurde, als es mit bloßem Auge sichtbar war; ein Dampfpeife wurde auf 20 Kilometer Entfernung signalisiert. Durch das Rohr konnte man deutlich die Bewegung der Scharben und das Durchschneiden des Wassers durch den Schiffsrumpf hören. Ein Fischtorpedo kann auf höchstens 500 Meter gefolgt werden. Die Gefahren der Unterseeboote sind somit vorbei. Jetzt gilt es wahrscheinlich, solche zu konstruieren, die von dem erfundenen Apparat nicht signalisiert werden können!

Drei Fischer vermißt. Montagmorgen gingen in Wyl auf Höhe mehrere Fischer in zwei Booten von der Insel Antium nach der Südspitze der Insel Sylt zum Seemoosfischen ab. Die Boote wurden auf der Fahrt vom Sturm überrascht. Während es einem derselben gelang, die Insel wieder zu erreichen, wurde, wie die „Führer Zeitung“ meldet, das andre Boot mit drei Fischern vom Sturme vertrieben. Es ist ansehend verloren gegangen.

Ein Dampfer gesunken. „Petit Temps“ meldet aus Nantes, daß ein großer Dampfer, welcher am Mittwochmorgen 3 Uhr den Hafen verließ, drei Meilen vom Strande infolge Explosion des Stessels gesunken ist. Man glaubt nicht, daß von der Besatzung sich jemand retten konnte. Der Name des Schiffes ist bisher unbekannt. Drei Leichen wurden bereits ans Land gespült.

Witterungsübericht vom 5. März 1903, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer hohes mm | Wind- richtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. | Stationen | Barometer hohes mm | Wind- richtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. |
|------------|-----------------------|-------------------|------------|--------|-------------|-----------|-----------------------|-------------------|------------|--------|-------------|
| Swinemünde | 760 | SW | bedeckt | 5 | Dabrand | 748 | S | 4 | Schnee | 1 | |
| Danzburg | 758 | SW | bedeckt | 7 | Veteraburg | 758 | SW | 3 | schneig | 5 | |
| Berlin | 762 | SW | bedeckt | 5 | Cott | 758 | SW | 3 | schneig | 5 | |
| Frankf./M. | 763 | SW | bedeckt | 7 | Aberdeen | 762 | SW | 3 | bedeckt | 10 | |
| München | 767 | SW | schneig | 2 | Paris | 769 | SW | bedeckt | 10 | | |
| Wien | 768 | SW | schneig | 4 | | | | | | | |

Wetter: Prognose für Freitag, den 6. März 1903.

Zunächst ziemlich warm, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und lebhaften westlichen Winden, später aufläuternd, aber etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Ehrentodsdorf. Gren.-Reg. Kronprinz (1. Ostpr.) Nr. 1 und Gren.-Reg. König Friedrich Wilhelm I. (2. Ostpr.) Nr. 3. Welches meinen Sie? — Jägertr. (Papagen). Teilen Sie den interessanten Fall einem sachverständigen Vogelhändler mit. — Akertr. J. befand sich zuletzt in Frankfurt a. M. Näheres erfahren Sie durch die Redaktion der „Münchener Volksstimme“ in Frankfurt a. M. — Jägertr. (H.). Ist uns leider unbekannt. — Emma. Giebt es nicht. Derartige Mittel sind nicht zu empfehlen, weil stark giftig. — Lazarus. 1. Von Ihnen übersehen, Antwort erfolgte bereits. Wenden Sie sich zur Sprechstunde in der Gärtnerei und legen Sie Ihren Wunsch vor. 2. W. H. H. 2. V. Einweider Reichs- oder Reichsbank. 16. — R. R. Ein sehr trauriger Fall, aber da bleibt Ihnen nur übrig, einen tüchtigen Roboter aufzusuchen. — K. Das Diplom ist vom 10. November 1888 datiert. Es wird Ihnen nichts weiter übrig bleiben, als den Rest der Ehrener Unverderbt zu erlangen, Ihnen ein Wert nachzuweisen, welches die betreffende unbedeutende und gleichgültige Auslösung enthält. Unsere geitauenden Bemühungen waren vergeblich.

Juristischer Teil.

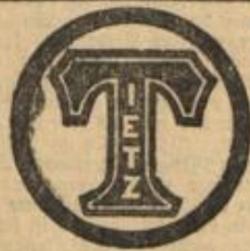
Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

W. N. H. Besondere Anzeigepapiere sind nicht notwendig, ein Maß ist aber zweckmäßig; denselben erhalten Sie durch die Polizeibehörde. — Rinne. Falls kein besonderer Vertrag besteht, leben Eheleute, die erst nach dem 31. Dezember 1899 geheiratet haben, nicht in Gütergemeinschaft. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, vor der Ehe einen Ehevertrag zu schließen, der eine Unternehmung des Vermögens Ihrer Frau (daselbst ist genau aufzuführen) und ferner den Inhalt enthält, den der auf S. 225 Nr. 21 des dem „Rechtserreiter“ beigelegten Hefers durch das Bürgerliche Gesetzbuch bedingten Vertragsunterhalt hat. Das Buch liegt in den öffentlichen Verkaufsstellen aus. — W. B., Münsterbuch. Ja. — G. L. Trauberg. Nach vollendetem 42. Lebensjahre. — K. P. J. Leider zu spät.

Lein. Fragen Sie auf der Versicherungskassette über die Lage der Sache an. Eine bestimmte Frist schreibt das Gesetz nicht vor. In der Regel dauert die Antwort 1-4 Monate. — **G. 2.** Ihr Recht haben Sie nicht verloren, es ist aber zweckmäßig, Ihrem Uebel mitzutheilen, daß Sie Anspruch auf Gehalt bis zum 1. Juli erheben. — **G. 2. 86.** Ist nichts vereinbart, so können Reiseverträge bis am Dritten des Quartals zum nächsten Quartalsende gekündigt werden. — **2. Wettende.** 1. So lange die Invalidität vorhanden ist, ist die Rente zu zahlen, gleichviel ob hauptsächlich ein Erwerb stattfindet oder nicht. 2. Rein. — **3. R. 100.** Der Wucherer, mit dem zuerst Vertrag geschlossen ist, kann auf volle Zahlung des Vereinbarten mit Erfolg klagen. — **G. 6. 1000.** 1. und 2. Ja. 3. und 4. Nein. — **C. 8. 2.** Den Verkauf der Pfandstücke dürfen Sie nur mit Einwilligung des Eigentümers oder nach Erfüllung der Forderungen verkaufen, die auf S. 155 und 147 des in den öffentlichen Versteigerungen ausliegenden „Arbeiterrechts“ dargelegt sind. — **1000.** Verjährung würde nicht vorliegen. Aus dem Zweck des Vertrages ergibt sich aber zweifellos, auch wenn etwa dies nicht mündlich ausgesprochen sein sollte, daß die 1000 Mark Entschädigung nur für den Fall der Aufhebung des Vertrages gezahlt werden sollen. Eine Klage ihrerseits wäre demnach ausgeschlossen. — **Freitischen.** Wilde Mannschaften sind in der Mark Brandenburg jagdfreie Tiere, dürfen aber insbesondere mit Freischüssen an den meisten Orten nach gültigen Polizeiverordnungen nur gefangen werden, wenn der Jagdberechtignte und der Eigentümer seine Einwilligung schriftlich erteilt hat. — **Wassaflo.** Eine Tage erstreckt nicht; 6 bis 20 Mark für die Entbindung, 1 bis 3 Mark für jeden Gang werden als angemessen erachtet. — **Otto S.** Namensbeilegung. Dem arbeitsfähigen, in die Ehe gebrachten, nicht von ihm erzeugten Kinde seiner Frau kann der Ehemann infolge einer auf Antrag der Socialdemokraten in das Bürgerliche Gesetzbuch

gebrachten Vorchrift seinen Namen beilegen. Sie können das dadurch erreichen, daß entweder Sie, Ihre Frau und der Vormund vor dem Standesbeamten erscheinen, der die Geburt bekundet hat. Dort geben Sie zu Protokoll, daß Sie dem Kinde Ihren Namen geben, die anderen erklären ihr Einverständnis hierzu. Oder Sie stellen eine Urkunde etwa folgenden Inhalts aus: „Meine Ehefrau hat vor der Ehe ein nicht von mir erzeugtes Kind Namens . . . geboren. Ich erteile hierdurch dem Kinde meiner Ehefrau meinen Namen, so daß es fortan . . . heißen soll. Berlin, den . . . folgt Ihre Unterschrift. (Dieser Name ist gerichtlich oder notariell zu beglaubigen.) Unter das Schriftbild folgt: Mit der Erstellung des Namens . . . an mein Kind, beziehentlich mein Kinde, bin ich einverstanden. Berlin, den . . . folgen die Unterschriften Ihrer Frau und des Vormunds. Auch diese Unterschriften sind notariell oder gerichtlich zu beglaubigen. Diese Urkunde überreichen Sie dann dem Standesbeamten, in dessen Standesregister die Geburt des Kindes eingetragen ist, mit dem Antrage: Auf Grund dieser Einwilligung den Namen . . . auf der Geburtsurkunde in . . . umzuwandeln. Dieser zweite Weg ist vorzuziehen, wenn das Kind nicht hier geboren ist. Es ist zweckmäßig, die Namensbeilegung vor der Einbürgerung stattfinden zu lassen. — **W. R. 68.** Dem Betreffenden würde eine Altersrente für die Dauer des Bezuges der Invalidenrente nicht zugestimmt werden. — **W. R. 32.** Sie sind nicht zur Uebernahme von Ueberstunden, der Arbeitgeber ist zur Bezahlung derselben verpflichtet. — **Ducago.** Ihre Frau ist nicht zur Zahlung verpflichtet. Mit minderjährigen adgeschlossene Kaufverträge sind mangels vormundtschaftlicher Genehmigung nichtig. — **Frau Schulz.** Die Hundsteuer ist Gemeindesteuer. Soweit ersichtlich, ist Ihnen die Steuer dem Gehalt entsprechend von beiden Gemeinden abverlangt. — **C. 6. 1.** Den Entschädigern steht kein Pflichtteil (das ist die Hälfte der gerichtlichen Portion) zu

2. Wenn beivollten wird, daß nur Scheinrenten vorliegen: ja, sonst: nein. — **Robert W.** Vollzählige Genehmigung. Genur u. dergl. ist nicht erforderlich, wenn der Zukünder auf einen bestimmten genau umgrenzten Kreis von Mitgliedern begrenzt ist. Die von Ihnen geplante Art geht nach Ansicht des Ober-Berwaltungsgerichts nicht, weil nur Scheinrenten eine Vereinsmitgliedschaft vorhanden ist. Anders läge es, wenn die Vorstellung vor nur besonders eingeladenen Personen stattfände. — **W. 2. 42.** Leider nicht. — **G. R. 150.** Sie können weiter leben, müssen aber, um Ihren Anspruch nicht zu verlieren, während je 2 Jahren mindestens 40 Mark zu zahlen. — **W. 2. 15.** 1. und 2. Wenn die Ehe nach dem 31. Dezember 1899 geschlossen ist: nein. Sonst hängt die Beantwortung der Fragen davon ab, wo und wann die Ehe geschlossen ist und ob ein Ehevertrag vorliegt. 3. Das hängt vom Inhalt des Urteils ab: in der Regel haften die Erben solidarisch, also jeder auf das Ganze. — **W. R. 20.** Vorlegung eines Lauscheines ist nicht erforderlich. — **G. R.** Wegen Ihrer Schulden können zwar die Sachen Ihrer Ehefrau gepfändet, müssen aber auf Interventionsklage hin freigegeben werden. Ein Beispiel für eine solche Klage finden Sie S. 433 Nr. 63 und 64 des in den öffentlichen Versteigerungen ausliegenden „Arbeiterrechts“. Auf S. 359 bis 362 des selben Buches ist der Kreis der unpfändbaren Gegenstände des Schuldners dargelegt. — **W. R. 14.** 1. Rein. 2. Die Mutter, das Kind, der Erbarmenverband. 3. Rein. 4. In 5 bis 10 Jahren. 5. Rein. 6. Für Entgegennahme von Strafanzeigen ist die Staatsanwaltschaft zuständig. — **W. R. 1.** Heiratslustige müssen dem Standesbeamten die Geburtscheine und Willkürpapiere beibringen. Ist die Braut nicht volljährig, so bedarf es auch der Zustimmungserklärung ihres Vaters. 2. Anerkennen Sie Ihre Patenschaft bei dem Standesbeamten und beantragen Sie die Namensumschreibung Ihres Kindes.



Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49

Freitag
Sonnabend

2 Tage für Lebensmittel

Besonders preiswerth für
Hoteliers — Pensionate.

ca. 50000 Dosen feinste Braunschweiger Gemüse-Conserven

Aus ersten Fabriken.

| | | | | | |
|--|----------------|---|---------------|------------------------------|----------------|
| Stangen-Spargel extra stark 20/24 Stang. | 1,65 M. 88 Pf. | Gemüse-Schoten I, 1/2 Dose | 95 Pf. | Pa. Bruchspargel Riesen | 1,30 M. 70 Pf. |
| Stangen-Spargel Diner-Spargel 26/80 Stang. | 1,50 M. 80 Pf. | Pfefferlinge I, 1/2 Dose | 85 Pf. | Pa. Bruchspargel extra stark | 1,15 M. — |
| Stangen-Spargel stark 32/36 Stang. | 1,40 M. 75 Pf. | Pariser Carotten kleine natürliche Rüben 1/2 Dose | 60 1/2 35 Pf. | Pa. Bruchspargel stark | 90 Pf. 50 Pf. |
| Stangen-Spargel mittel 40/40 Stang. | 1,20 M. 65 Pf. | Wachsbohnen (Salatbohnen) sehr zart, 1/2 Dose | 38 1/2 25 Pf. | Pa. Bruchspargel mittel | 75 Pf. 43 Pf. |
| Stangen-Spargel Consumspargel | 85 Pf. — | | | Pa. Bruchspargel ohne Köpfe | 60 Pf. — |

Früchte-Conserven

| | | | | | |
|-------------------------------|--------|----------------------------|----------------|------------------------------------|---------------|
| Reineclauden 1/2 Dose | 85 Pf. | Ananas-Erdbeeren 1/2 Dose | 1,25 M. 68 Pf. | Kirschen schwarz m. Stein 1/2 Dose | 70 Pf. 40 Pf. |
| Birnen weiss u. roth 1/2 Dose | 75 Pf. | Birnen (Bergamot) 1/2 Dose | 85 Pf. | Pflaumen 1/2 Frucht 1/2 Dose | 65 Pf. |

Feinste Fruchtmarmelade in Eimern, ca. 5 Pfund 1,10 Mk. | Blaue Pflaumen in Essig u. Zucker, in Eimern; ca. 10 Pfd. 3,60 Mk.

Fischconserven

| | | | | | | | |
|---|--------|----------|--------|---|--------------------------|--------------------------|------|
| Krabben 1/2 Dose | 65 Pf. | 1/4 Dose | 35 Pf. | Anchovis 1/2 D. 1, 1/2 D. 60, 1/4 D. 40 Pf. | Sardinen in Oel 1/2 Dose | 2,25 | |
| Delicatess-Heringe in verschiedenen Saucen 1/2 Dose | 80 Pf. | 1/4 Dose | 50 Pf. | Gabelbissen per Dose | 65 Pf. | Sardinen in Oel 1/2 Dose | 1,20 |
| | | | | Sardellen per Glas | 65 Pf. | | |

Malossol-Caviar trockenes helles Korn und mild gesalzen, 1/2 1/4 1/2 Pfund. Dose Netto eingewogen. 8,40 4,30 2,25

Das gesammte Lager, ca. 5000 Pfund Feinstes Gänsepökelfleisch aus einer ersten Rügenwalder Pökelanstalt.

Rückenstücke p. Pfd. 45 Pf. Keulenstücke p. Pfd. 55 Pf. Originalfässer ca. 50 Pfd. Inhalt 1/2 Rücken 2/3 Keulen p. Pfd. 45 Pf. Originalfässer ca. 100 Pfd. Inhalt do. p. Pfd. 43 Pf.

Ein letzter Transport Italienische Tafel-Aepfel

Serie I. 10 Pfund 1,75 M. | Serie II. 10 Pfund 1,50 M. | Serie III. 10 Pfund 1,25 M.
bei Originalkisten von ca. 50 Pfd. Brutto für netto gerechnet per Pfund 15 Pf. | Originalkisten per Pfund 13 Pf. | Originalkisten per Pfund 10 Pf.

Apfelsinen 12 Stück 25, 35, 45, 60, 75, 90 Pf. | Citronen 12 Stück 35, 45, 60 Pf.
Feigen per Kiste ca. 1 Pfund 45 Pf. | Datteln per Carton 45 Pf. | Krachmandeln und Traubenrosinen per Pfund 75 Pf.

Weine u. Spirituosen

| | | |
|---|--|--|
| Dessertweine b. 1/2 Fl. b. 10 Fl. | Ungarwein b. 1/2 Fl. b. 10 Fl. | Rum-Cognac b. 1/2 Fl. b. 10 Fl. |
| Portwein roth 80 75 Pf. | Süsser Ober-Ungar 75 70 Pf. | Feiner alter Rum } 90 85 Pf. |
| Alter Portwein roth 1,00 90 Pf. | Ruster Ausbruch fett 1,00 90 Pf. | Jamaika-Rum } verschnitt 1,15 1,05 M. |
| Alter Portwein weiss 1,25 1,15 M. | Medicinal-Ausbruch 1,30 1,20 M. | Feinster Jamaika-Rum 1,75 1,60 M. |
| Alter Portwein (Douro), roth 1,80 1,70 M. | Medicinal-Ausbruch fett 1,60 1,50 M. | Deutscher Cognac * * 1,10 1,00 M. |
| Alter Portwein (Douro superior crown) 2,40 2,30 M. | Herber Ober-Ungar 1,65 1,55 M. | Montreux vieux (Specialmarke Tietz) 2,10 2,00 M. |

Tietz Tafelbier

30 Flaschen hell u. dunkel 2,05 Mk. * 45 Flaschen hell u. dunkel 3,00 Mk.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Tietz in Berlin. Für den Inhalt verantwortlich: H. Wiede in Berlin. Druck und Verlag: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.